



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Brasiliens Entwicklung im Kontext der sich
herausbildenden neuen internationalen
Wirtschaftsordnung

Verfasser

Michael Sorger

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Diplomstudium Politikwissenschaft

Betreuerin / Betreuer:

Univ.-Prof. Dr. Helmut Kramer

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung.....	1
II. Hegemonie und Macht in der sich herausbildenden neuen internationalen Wirtschaftsordnung.....	5
II.1. Der Machtbegriff in der Internationalen Politik.....	6
II.2. Der Begriff „Hegemonie“.....	9
II.3. Die schwindende Hegemonie der USA.....	12
II.4. Die Krise der EU.....	15
II.4.1. Europas Sozial- und Wirtschaftssystem in der Krise.....	15
II.4.2. Die heterogene Außenpolitik der EU-Staaten.....	17
II.5. Das Transatlantische Verhältnis.....	19
II.6. Die neuen Allianzen des Südens.....	20
II.6.1. Neue Kräfte in der WTO.....	20
II.6.2. Aus G-8 wird G-20.....	23
II.6.3. Die BRICS-Staaten.....	25
II.7. Asien im Fokus der US-amerikanischen Außenpolitik.....	26
III. Die Geschichte Brasiliens.....	28
III.1. Das vorkoloniale Brasilien.....	28
III.2. Die Entdeckung Brasiliens.....	29
III.3. Erste Handelstätigkeiten und die Entstehung eines einheitlichen Brasiliens.....	30
III.4. Von der portugiesischen Kolonie zum unabhängigen Brasilien.....	33
III.5. Vom Kaiserreich zur Republik.....	36
III.6. Die Erste Republik (1889- 1930).....	38
III.6.1 Die Außenpolitik der Ersten Republik.....	38
III.6.2. Die Wirtschaft in der ersten Republik.....	39
III. 6.3. Das Ende der Ersten Republik.....	41

III. 7. <i>Brasilien zwischen Erster Republik und Militärdiktatur (1930-1964)</i>	42
III. 8. <i>Brasiliens Militärdiktatur (1964-1985)</i>	44
III. 8. 1. <i>Wirtschaftliche Folgen der Militärdiktatur</i>	46
III. 9. <i>Brasilien nach der Militärdiktatur</i>	47
III. 9. 1. <i>Die neue Verfassung von 1988 und Fernando Collor de Mello (1990-1992)</i>	47
III. 9. 2. <i>Fernando Henrique Cardoso (1995-2002)</i>	49
III. 9. 3. <i>Luiz Inácio Lula da Silva</i>	51
III. 9. 4. <i>Dilma Rousseff (2011-)</i>	54
IV. <i>Der wirtschaftliche Aufstieg Brasiliens</i>	56
IV. 1. <i>Die neue Wirtschaftsmacht Brasilien</i>	56
IV. 2. <i>Exportnation Brasilien – Die neue Gewichtung unter den Handelspartnern</i>	57
IV. 3. <i>Importstrukturen und Kapitalinvestitionen</i>	60
IV. 3. 1. <i>Importstrukturen</i>	60
IV. 3. 2. <i>Kapitalimporte</i>	62
IV. 3. 3. <i>Brasiliens Auslandsdirektinvestitionen</i>	63
IV. 4. <i>Mehr als „nur“ Rohstofflieferant?</i>	64
IV. 5. <i>Rivalitäten und Partnerschaften</i>	71
IV. 5. 1. <i>Brasilien, USA und die amerikanische Wirtschaftsintegration</i>	72
IV. 5. 2. <i>Brasilien und Indien</i>	74
IV. 5. 3. <i>Brasilien und China</i>	75
IV. 6. <i>Brasilien und die Europäische Union</i>	77
IV. 6. 1. <i>Die Kooperationsstrategie zwischen EU und Lateinamerika</i>	77
IV. 6. 2. <i>Die Strategische Partnerschaft zwischen EU und Lateinamerika</i> ..	78
IV. 6. 3. <i>Die EU und der Mercosur/ Mercosul</i>	80
IV. 6. 4. <i>Die Strategische Partnerschaft mit Brasilien</i>	81
V. <i>Conclusio</i>	87

<i>VI. Anhang</i>	92
<i>VI. 1. Literaturverzeichnis</i>	92
<i>VI. 2. Abstract (Deutsch)</i>	99
<i>VI. 3. Abstract (English)</i>	100
<i>Curriculum Vitae</i>	101

I. Einleitung

Europa und die USA verlieren sowohl politisch als auch wirtschaftlich an Macht und Einfluss in der Welt. Dieser Entwicklungsprozess ist uns Europäern noch nie so deutlich vor Augen getreten wie während dieser Tage, in der größten Finanz-, Schulden-, Währungs- und Wirtschaftskrise, wie sie es seit 1929 auf unserem Kontinent nicht gab.

Viele Staaten Europas und mit ihnen die gesamte Europäische Union befinden sich in einem wirtschaftlich und damit auch politisch höchst labilen Zustand. In der europäischen Hauptstadt Brüssel herrscht unter vielen Parlamentariern und Eurokraten „Endzeitstimmung“. Während jedes Land mehr und mehr um seine eigene wirtschaftliche Stabilität und Kontinuität besorgt ist, bleiben weder viel Geld, Geist noch Herz für das Friedens- und Wirtschaftsprojekt Europa selbst. Dennoch kämpft Griechenland nach wie vor mit Unterstützung Europas gegen den endgültigen finanziellen Zusammenbruch an. Staaten wie Italien, Spanien oder Portugal könnte jederzeit Ähnliches wiederfahren und in einer global vernetzten Banken- und Finanzwelt ist jeder vom anderen abhängiger denn je.

Die europäischen Staaten müssen sparen. Sie haben damit gerade erst begonnen und gespart wird überall. Der typisch europäische Sozialstaat ist mehr als gefährdet. Die steigende Arbeitslosigkeit in Europa beschleunigt und verschärft diese Entwicklung zusätzlich. Besonders brisant ist die Situation in Spanien, wo neben der im EU-Vergleich höchsten generellen Arbeitslosigkeit mit 22,9 % auch die Jugendarbeitslosigkeit auf einem Rekordhoch steht. Spanische Jugendliche sprechen heute über den Mangel an Berufsaussichten und Zukunftschancen in ihrem Land, wie man es vor wenigen Jahren eher von jungen Menschen in Lateinamerika hörte.

Die im Jahr 2000 beschlossenen und für 2010 gesteckten „Lissabon-Ziele“, zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu werden, liegen für die EU ferner denn je und man scheint ihnen in nächster Zukunft auch nicht näher zu kommen. Denn auch bei Forschung und Jugend wird gespart. Das

Nachfolgeprogramm „Europa 2020“ ist bereits kurz nach dessen Beschluss dem „Sparstift“ zum Opfer gefallen.

Auch wenn die USA derzeit keine Währungskrise haben, sind deren wirtschaftliche und politische Aussichten kaum rosiger. In den USA fand in den beiden letzten Jahrzehnten ein Deindustrialisierungsprozess statt, bei dem große Teile der Produktion in Billiglohnländer abgezogen wurden. Die Konjunktur sollte durch den Konsum aufrechterhalten bleiben. Die Folgen sind uns allen bekannt: Schulden, ungedeckte Hypothekenkredite und eine Finanzkrise, die auch auf Europa übergriff.

Während nun Europa und die USA gegen Schulden und eine schwächelnde Wirtschaft ankämpfen, brauchen sich andere Staaten keine Sorgen um ihr Wirtschaftswachstum zu machen. Die Rede ist hier vor allem von Brasilien, Russland, Indien und China, den sogenannten BRIC-Staaten, die mit Südafrika mittlerweile zu den BRICS-Staaten zusammengewachsen sind. Besonders China hat in den letzten zehn Jahren ein enormes Wirtschaftswachstum erfahren und stieg 2010 zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Welt auf. Damit wurde Japan auf Platz drei verwiesen. Noch sind die USA die größte Wirtschaftsmacht der Welt. Brasilien verdrängte im Dezember 2011 Großbritannien als Nummer sechs dieser Rangliste.

Mit der zunehmenden Macht in der Weltwirtschaft verändert sich auch die politische Selbstwahrnehmung dieser aufstrebenden Staaten. Längst sind Länder wie Brasilien, China oder Indien keine einfachen Rohstofflieferanten des Westens mehr und verlangen von den alten Mächten USA und Europa, dass diese ihnen auf gleicher Augenhöhe begegnen.

Primäres Ziel der vorliegenden Diplomarbeit ist, die sich im Wandel befindende wirtschaftliche und politische Rolle Brasiliens in der Welt näher zu beleuchten. Dabei soll jedoch auch der Veränderungsprozess im globalen Verhältnis zwischen den alten Weltmächten einerseits und den neu aufstrebenden Schwellenländern andererseits in seinen wesentlichsten Grundzügen analysiert werden.

Brasilien erlebt einen enormen Wirtschaftsboom. Dieser ist einerseits auf die wachsenden Exportzahlen zurückzuführen, andererseits aber auch auf die immer größer

werdende Binnennachfrage nach Rohstoffen und Konsumgütern. Brasiliens ehemaliger Präsident Luiz Inácio Lula da Silva fuhr während seiner Amtszeit von 2003 bis 2011 einen politischen Kurs, auf dem er sowohl den globalen „Durst“ nach Rohstoffen und Produkten wie Biotreibstoffen mit Hilfe des Agrobusiness zu stillen versuchte, als auch bemüht war, die sozialen Standards der Ärmsten Brasiliens zu heben. Seine Amtsnachfolgerin Dilma Rousseff scheint diesen eingeschlagenen, für manche widersprüchlich erscheinenden, Weg fortzusetzen.

Auch die Außenpolitik wird weitgehend im Sinne Lulas fortgeführt. Brasilien steht den USA längst nicht mehr so nahe wie es einst unter Lulas Amtsvorgänger, dem neoliberalen Fernando Henrique Cardoso, der Fall war. Stattdessen sucht das größte Land Lateinamerikas verstärkt die Nähe zu anderen Schwellenländern, wie Indien oder China, jedoch auch zu Europa und fordert immer deutlicher einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat.

Folgende Fragestellungen sollen in dieser Arbeit behandelt werden:

- Wie verändert sich das wirtschaftliche und politische Mächteverhältnis zwischen Europa und den USA einerseits und den Schwellen- und BRICS-Staaten andererseits?
- Welche Veränderung hat Brasilien im Laufe seiner Geschichte von der portugiesischen Kolonie bis zum heutigen Tag als Wirtschaftsgigant durchlebt?
- Wie positioniert sich Brasilien heute in der Weltwirtschaft als *global player*?
- Wie haben sich die wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen Brasilien und anderen Wirtschaftsmächten, wie den USA, China oder der Europäischen Union, entwickelt?

Im ersten Teil der Arbeit sollen anfangs die Begriffe „Macht“ und „Hegemonie“ näher untersucht werden, bevor auf die neue Diskussion über den wirtschafts- und außenpolitischen Machtverlust der USA und Europas eingegangen wird. Anschließend werden die neuen Allianzen, die die aufstrebenden Schwellenländer im Rahmen der Welthandelsorganisation und anderer Organisationen und Staatenbündnisse miteinander eingehen, erläutert. Am Ende dieses Kapitels wird das strategische Vorgehen des Westens im Kontext dieser neuen globalen Machtverteilung diskutiert.

Der zweite Teil behandelt die wechselvolle Geschichte Brasiliens von der ehemaligen Kolonie des portugiesischen Weltreichs bis hin zum Brasilien von heute, das an der „Schwelle“ steht, selbst zur Weltmacht zu werden. Mit diesem Abschnitt soll ein besseres Verständnis für das Land an sich hergestellt sowie die Veränderung der Beziehungen zu anderen Staaten, vor allem zu jenen Europas und zu den USA, verständlicher werden.

Im dritten Teil dieser Arbeit gehe ich zuerst auf die wichtigsten Zahlen und Daten des brasilianischen Außenhandels ein, um danach Brasiliens aktuelle Positionierung innerhalb der Weltwirtschaft zu erörtern. In diesem Kontext sollen auch Brasiliens Beziehungen zu anderen Wirtschaftsmächten untersucht werden, wobei dem bilateralen Annäherungsprozess zwischen Brasilien und der Europäischen Union besonderes Augenmerk geschenkt wird. Hierbei sollen einleitend die ersten außenpolitischen Annäherungen zwischen der EU und Lateinamerika erläutert werden. Anschließend wird der Veränderungsprozess von der anfänglichen Entwicklungszusammenarbeit bis hin zur Strategischen Partnerschaft zwischen EU und Brasilien dargelegt. Zum Schluss sollen die neuesten handelspolitischen Entwicklungen zwischen EU und Brasilien untersucht werden.

Die Ergebnisse der Arbeit werden in der Conclusio zusammengefasst.

Diese Diplomarbeit beruht auf einer systematischen Literaturrecherche, die stets mit dem Bemühen einherging, möglichst aktuelle Daten heranzuziehen. Für die Analyse der wirtschaftlichen Problemstellungen wurden offizielle Daten der brasilianischen Regierung und zahlreicher EU-Institutionen herangezogen.

II. Hegemonie und Macht in der sich herausbildenden neuen internationalen Wirtschaftsordnung

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden die „Karten“ unter den Siegermächten neu gemischt und es setzte sich mit der Gründung der Vereinten Nationen und anderer internationaler Institutionen ein politisches System durch, das die Vormachtstellung der Westmächte, allen voran der USA, Großbritanniens und Frankreichs untermauern sollte (vergl. Manz 2008, S. 160 ff). Ziel war es, eine vom Realismus im Sinne Morgenthau „getriebene“, anarchische und von gegenseitiger Abschreckung durch weiteren Machtausbau getragene Entwicklung beziehungsweise Intensivierung des gegenseitigen Misstrauens zu unterbinden. Stattdessen sollte „die kooperative Bearbeitung globaler Probleme auf der Basis allgemeiner Verhaltensprinzipien gegenüber der einseitigen Durchsetzung nationaler Interessen“ (Manz 2008, S. 160) gefördert werden.

Die dafür vorgesehenen Institutionen entsprechen jedoch längst nicht mehr den tatsächlichen globalen Machtverhältnissen von heute (vergl. Manz 2008, S. 160 ff). Der UN-Sicherheitsrat passte sich zuletzt - man mag dieser Änderung kritisch gegenüberstehen oder nicht – 1971 realen Machtverhältnissen an, indem er den ständigen Sitz der Republik China (Taiwan) an die Volksrepublik China übertrug. Die Republik China verlor damit auch ihren Mitgliedsstatus in den Vereinten Nationen (vergl. http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_Chinas). Heute stehen jedoch die ehemaligen Kolonial- und damaligen Siegermächte des Zweiten Weltkriegs Großbritannien, Frankreich sowie die USA, neben China und Russland, einer selbstbewussten Atommacht Indien, einem aufstrebenden Südafrika und einer auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat drängenden Wirtschaftsmacht Brasilien gegenüber. Diese „jungen Mächte“ sind nicht mehr bereit, die veralteten Strukturen der Machtverteilung hinzunehmen und stellen diese mehr und mehr in Frage.

Es sind somit weder die Dominanz des Westens noch der gemeinsame Konsens, der die traditionellen internationalen Institutionen und deren Ideologie getragen hat, weiterhin gegeben (vergl. Borg 2001). An dieser Stelle drängt sich daher die Frage auf, ob die

Hegemonie des Westens tatsächlich zu Ende geht oder ob der Westen, allen voran die USA, seine Führungsrolle in der Welt weiter aufrecht erhalten kann.

Um diesbezüglich die entsprechenden Antworten liefern zu können, ist es jedoch essentiell, zuvor zentrale Begriffe wie „Macht“ und „Hegemonie“ klar zu definieren.

II. 1. Der Machtbegriff in der Internationalen Politik

Der Begriff „Macht“ ist laut Nye ebenso schwer zu umreißen und zu quantifizieren wie das Wort „Liebe“ (vergl. Nye 2011, S. 25 ff). Vergleiche von Macht mit Energie, wie dies der Philosoph Bertrand Russell einst versuchte, sind ebenso wenig glücklich wie jener mit Geld. Denn Macht lässt sich weder quantifizieren wie Energie, noch so universell verwenden beziehungsweise nutzen wie Geld.

Auf der Ebene der Internationalen Politik ist beispielsweise die Formel des hochrangigen CIA-Mitarbeiters Ray Cline, nämlich

$$\text{Wahrgenommene Macht} = (\text{Bevölkerung} + \text{Territorium} + \text{Wirtschaft} + \text{Militär}) \times (\text{Strategie} + \text{Wille})^1$$

nicht viel zielführender gewesen. Cline verwendete diese Formel, um die US-amerikanische Regierung über Machtverhältnisse zwischen den Vereinigten Staaten und der UDSSR zu informieren. Dieser Formel zufolge wären die USA jedoch nur halb so mächtig wie die Sowjetunion gewesen. Ein schwerer Irrtum, wie sich ein paar Jahre später beim Zusammenbruch der Sowjetunion erwies.

Ein neuerer Versuch, Macht auf dieser Ebene messbar zu machen, inkludiert bei der Analyse Ressourcen wie natürliche Reichtümer, Humankapital, Kapital, Technologie und Unternehmertum sowie Schwächen und Stärken eines Landes wie Ideenreichtum, Infrastruktur und anderes. Es wird dabei untersucht, „welchen Einfluss diese Ressourcen auf das militärische Potential und die Kampfkraft eines Landes haben“ (Nye 2011, S. 26).

¹ Nye (2011), S. 26

Untersuchungsgegenstand ist hier somit die militärische Macht. Im 21. Jahrhundert ist diese zwar nach wie vor von großer Relevanz, jedoch wurde genau zu Beginn dieses Jahrhunderts, nämlich am beziehungsweise *ab* dem 11. September 2001, deutlich, dass militärische Stärke gegenüber anderen Formen von Macht oft machtlos ist (vergl. Nye 2011, S. 25 ff).

Im Sinne Max Webers gilt es herauszufinden, „wie groß die Wahrscheinlichkeit ist, dass ein Akteur innerhalb eines gesellschaftlichen Beziehungsgefüges seinen Willen durchsetzen kann“ (Weber, Max, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 1972, Tübingen zit. nach Nye 2011, S. 29). Dabei sind wiederum „Reichweite der Macht“ und „Sphäre“, also „*um welche Art von Entscheidungen es geht*“ (ebenda, Unterstr. i. Original), zu spezifizieren (vergl. ebenda). Bei der Ausübung von Macht sind außerdem Denkweise und Einstellung des Gegenübers von zentraler Bedeutung (vergl. Nye 2011, S. 30). Denn um die Macht zu haben, jemand anderen beispielsweise zu bestrafen, muss dieser auch die entsprechende Aktion als Strafe empfinden (vergl. ebenda).

Macht sollte somit nicht lediglich über Ressourcen definiert werden (vergl. Nye 2011, S. 31 ff). Vielmehr ist auch der verhaltens- beziehungsweise beziehungsbezogene Ansatz zu berücksichtigen. Machtressourcen sind das Mittel zum Zweck, auf ihnen werden Machtbeziehungen aufgebaut (vergl. ebenda).

Nye spricht in diesem Zusammenhang von „drei verschiedenen Aspekten relationaler Macht“ (Nye 2011, S. 35) und stützt sich dabei sowohl auf den Politologen Robert Dahl – der in den 1950er Jahren in Yale lehrte und dessen Buch „*Who Governs?*“ (1961) ein Versuch war, die Einfluss- und Machtstrukturen in New Haven empirisch zu untersuchen – als auch auf seine Kollegen Peter Bachrach und Morton Baratz, die Dahls Konzept in den Sechzigerjahren ergänzten, sowie auf den Soziologen Steven Lukes (vergl. Nye 2011, 35 ff). „[D]as erste ‚Gesicht‘ der Macht“ (Nye 2011, S. 36) besteht nach Dahl darin, dass ein Akteur dazu fähig ist, andere zu einer Handlung zu bringen, die deren ursprünglichen Strategien und Präferenzen widerspricht. Dies kann beispielsweise mit der Drohung des Entzugs einer gewöhnlich gewährten Bonuszahlung bewirkt werden. In diesem Fall ist für beide Seiten die Machtausübung spürbar.

Beim „zweiten Gesicht der Macht“ (Nye 2011, S. 37) stehen die Definitionshoheit sowie die Prioritätensetzung im Fokus. Hier geht es darum, dass ein Akteur die Präferenzen seines Gegenübers dadurch manipuliert, dass er dessen Vorstellungen von Legitimität und Machbarkeit seiner Ideen und Forderungen beeinflusst. Durch die Definitionshoheit im Rahmen des agenda settings kann die Diskussion über unerwünschte Themen vermieden werden (vergl. Nye 2011, S. 35 ff). Die Machtausübung muss in diesem Fall nicht unbedingt erkennbar sein (vergl. Nye 2011, S. 41).

„Das dritte Gesicht der Macht“ (Nye 2011, S. 39), entwickelt vom Soziologen Steven Lukes, besteht darin, den anderen so zu manipulieren, dass sich dieser genau das wünscht, was der Manipulierende will (vergl. Nye 2011, S. 38 f). Hier wird die Machtausübung höchstwahrscheinlich von der manipulierten Person nicht wahrgenommen (vergl. Nye 2011, S. 41).

Kurz zusammengefasst, werden diese drei Gesichter „das öffentliche, das verborgene und das unsichtbare Gesicht der Macht genannt“ (Nye 2011, S. 40). Nye bezeichnet das erste Gesicht als „hard power“ und ordnet diesem Kategorien wie militärische oder wirtschaftliche Macht zu (vergl. Nye 2002, S. 8 f). Das zweite und dritte Gesicht der Macht fasst er unter dem Begriff „soft power“ zusammen. Durch die Vorbildwirkung eines Staates, wie die USA, wird von anderen Staaten versucht, dessen Werte, Wohlstand und Standards zu erreichen, wodurch das Vorbild selbst, in unserem Fall die USA, seine eigenen Ziele leichter realisieren kann (vergl. ebenda). Daher sind die Bedeutung des zweiten und dritten Gesichts nicht zu unterschätzen (vergl. Nye 2011, S. 43 ff). Denn zum einen sind gewisse Ziele wie freier Welthandel oder Demokratie - der US-amerikanische Jurist und Politologe Arnold Wolfers nannte sie „Milieuziele“ (Wolfers, Arnold, 1962, *Discord and Collaboration: Essays on International Politics*, Baltimore zit. nach Nye 2011, S. 43) - ausschließlich mit Hilfe von militärischer Macht, also unter alleiniger Anwendung des „ersten Gesichts“, nur schwer oder gar nicht erreichbar (vergl. Nye 2011, S. 43 f; http://de.wikipedia.org/wiki/Arnold_Wolfers). Vielmehr bedarf es hier der Kombination von militärischen Mitteln mit Aspekten der „soft power“ (vergl. Nye 2011, S. 44). Zum anderen sind das zweite und dritte Gesicht von größter Bedeutung, wenn es um das Nutzen von Netzwerken geht, welche in diesem Jahrhundert eine besonders große Rolle spielen werden (vergl. Nye 2011, S. 44 ff). Hierbei ist sowohl die Positionierung als

Schaltstelle zwischen den Netzwerkteilnehmern von höchster machtpolitischer Bedeutsamkeit als auch der Zusammenschluss zu Netzwerken an sich. Dem Politikwissenschaftler John Ikenberry zufolge basiere die Macht der USA nach 1945 auf einem Netzwerk aus Institutionen, welche die Handlungsfreiheit der Vereinigten Staaten an sich begrenzten. Gleichzeitig hätten die USA jedoch durch den Beitritt anderer Staaten zu diesen Institutionen ihre Macht auf der Ebene der multilateralen Kooperation ausbauen können. Dies ist ein Aspekt, der sich, wie bereits in der Einleitung dieses Kapitels angedeutet, im Wandel befindet (vergl. ebenda).

II. 2. Der Begriff „Hegemonie“

Der Jurist Carl Heinrich Triepel² beschreibt den ursprünglich aus dem Griechischen stammenden Begriff „Hegemonie“, der wörtlich übersetzt „Führung“ heißt, als „Vorherrschaft“ sowie als „Einfluss- und Kontrollgewalt eines Staats in einer Staatengemeinschaft“, jedoch „auch einer Gruppe, eines Standes oder einer Klasse über andere“ (Triepel 1943 zit. nach Der Neue Brockhaus, Zweiter Band 1960, S. 512). Triepel zufolge kann Hegemonie sowohl auf realer Machtüberlegenheit als auch „auf vertraglich vereinbarten Vorrechten beruhen“ (ebenda).

Im Sinne Antonio Gramscis erschöpft sich „Hegemonie“ nicht lediglich in „potenziell gewaltsame[r] Dominanz“ (Borg 2001), sondern Gramsci stützt sich bei seiner Theorie auf den wesentlichen Faktor „Konsens“ (vergl. ebenda). Durch die einvernehmliche Anerkennung der Interessen der dominierenden Seite als jene der Allgemeinheit kann der „aktive[...] Konsens der Regierten“ (Gramsci, Antonio, 1991 ff.: Gefängnishefte, Hamburg (GH) zit. nach Borg 2001) hergestellt werden. Dabei müssen jedoch auch ansatzweise die Interessen der Dominierten mit einbezogen werden. Dem Begriff „`Ideelle[...]` Ressourcen“ (Borg 2001) kommt auch bei Gramsci eine essentielle Rolle zu. Denn Hegemonie bedarf der „Etablierung `kollektiver Vorstellungen von sozialer Ordnung`“ (Cox zit. nach Borg 2001). Um wirklich stabil zu sein, muss sich Hegemonie

² Carl Heinrich Triepel (1868-1946), deutscher Jurist und bedeutender Staats- und Völkerrechtler (vergl. http://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich_Triepel)

„im »Alltagsverstand« [...] der Beherrschten“ (Gramsci, Antonio, 1991 ff.: Gefängnishefte, Hamburg (GH)zit. nach Borg 2001)³ als Normalität etabliert haben (vergl. Borg 2001).

Während sich Gramsci jedoch in seiner Theorie über Hegemonie mit dem Nationalstaat und der Analyse der bürgerlichen Hegemonie sowie mit der Frage, wie diese gebrochen werden könnte, beschäftigte, analysierte Joseph S. Nye Jr. von Haus aus den Hegemoniebegriff auf internationaler Ebene (vergl. Borg 2001; Nye 1990, S. 37 ff). Nye stützt sich bei der Definition dieses vielseitig und unklar verwendeten Begriffs „Hegemonie“ auf Joshua Goldstein, der Hegemonie folgendermaßen beschreibt:

„being able to dictate, or at least dominate, the rules and arrangements by which international relations, political and economic, are conducted Economic hegemony implies the ability to center the world economy around itself. Political hegemony means being able to dominate the world militarily.“⁴

Traditionell wurde Hegemonie in der internationalen Politik stets mit militärischer Dominanz gleichgesetzt (vergl. Nye 1990, S. 41). Wenn man jedoch die bekanntesten Beispiele für militärische Expansion der neueren Geschichte heranzieht, wird deutlich, dass sich diese weltpolitischen Akteure nie durch langfristige Erfolge auszeichneten. Weder Louis XIV oder Napoleon noch Hitler waren in ihren Bestrebungen nach militärischer Hegemonie erfolgreich. Es ist keinem modernen Staat gelungen, eine langfristige Hegemonie durch militärische Dominanz aufzubauen.

Spätere politikwissenschaftliche Ansätze schenken, wenn es um hegemoniale Kontrolle geht, wirtschaftlicher Macht mehr Bedeutung (vergl. ebenda). Während die einen hegemoniale Macht in diesem Zusammenhang durch die vorherrschende Kontrolle über Kapitalressourcen, Rohstoffe, Märkte sowie industrielle Produktion gewährleistet sehen, bevorzugen andere Politologen die verhaltensorientierte Definition von Hegemonie, der zufolge es sich bei einem Hegemon um einen Staat handelt, der die Fähigkeit hat, Regeln

³ „Gramsci definiert als Alltagsverstand `die unkritisch von den verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Milieus aufgenommene Weltauffassung, in der sich die moralische Individualität des Durchschnittsmenschen entfaltet´ (GH 1393). Er ist ein Konglomerat von Vorstellungen, Begriffen etc., welches trotz und wegen seiner inneren Widersprüche die Basis von Normalitätsvorstellungen bildet und damit wesentlich die gesellschaftlich anerkannten 'Grenzen des Möglichen' markiert.“ (Borg 2001)

⁴ Joshua S. Goldstein, Long Cycles: Prosperity and War in the Modern Age (New Haven, Conn.: Yale University Press, 1988), p. 281. zit. nach Nye 1990, S. 39

aufzustellen, die für die weltweite Wirtschaft Geltung haben (vergl. Nye 1990, S. 41 f). Diese Rolle übernahm ab der industriellen Revolution Großbritannien, um ab 1945 von den Vereinigten Staaten abgelöst zu werden (vergl. Nye 1990, S. 42).

Einige Forscher in Wirtschaft und Politik vertreten die These, dass weltweite wirtschaftliche Stabilität immer wieder mit hegemonialen Phasen einhergeht (vergl. ebenda). So waren die Jahre des wirtschaftlichen Wachstums von 1815 bis zum Ersten Weltkrieg durch die Vormachtstellung Großbritanniens und die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis um 1970 durch jene der USA geprägt⁵.

„[...] With a sole hegemonic power, the rules of the game can be established and enforced. Lesser countries have little choice but to go along. Without a hegemonic power, conflict is the order of the day.“⁶

Diese Theorien über „hegemoniale Stabilität und Niedergang“ , so Joseph Nye, werden häufig herangezogen, um ein herannahendes Ende der Hegemonie der USA und eine darauf folgende Instabilität zu prognostizieren (vergl. Nye 1990, S. 42). Goldstein meint in diesem Sinne: „[W]e are moving toward the ‘weak hegemony’ end of the spectrum and . . . this seems to increase the danger of hegemonic war.“⁷ Nye kritisiert jedoch an diesen Theorien, dass „die kausalen Zusammenhänge zwischen militärischer und wirtschaftlicher Macht und Hegemonie“ (Nye 1990, S. 42) dabei nicht berücksichtigt werden und attestiert der „theory of hegemonic stability and transition“ (ebenda) somit wenig Vorhersagekraft (vergl. ebenda).

⁵ Vergl. Michael Moffitt, „Shocks, Deadlocks and Scorched Earth: Reaganomics and the Decline of U.S. Hegemony,” *World Policy Journal* 4 (Fall 1987): 576. zit. nach Nye 1990, S. 42

⁶ ebenda

⁷ Goldstein, *Long Cycles*, p. 357. zit. nach Nye 1990, S. 42

II. 3. Die schwindende Hegemonie der USA

Dennoch scheint die Aussage Goldsteins aktueller denn je. Ob die Vereinigten Staaten von Amerika wirtschaftlich sowie militärisch und somit auch politisch an Macht einbüßen, ist keine Thematik, die erst seit den letzten Jahren diskutiert wird (vergl. Nye 1990, S. 1 ff). Nach der Niederlage der US-Truppen im Vietnam-Krieg, die für die gesamte US-amerikanische Nation das größte Trauma bis zum 11. September 2001 darstellte, kamen mehr und mehr Stimmen auf, die die Macht der USA schwinden sahen. So kündigte die amerikanische *Business Week* in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts bereits an, „that ‘the colossus that emerged after World War II’ was ‘clearly facing a crisis of the decay of power[...]’“ (Business Week, 12 March 1979, p. 37. zit. nach Nye 1990, S. 2). In den 1980er Jahren stellte man in den USA zusätzlich noch eine deutliche Abschwächung der nationalen Wirtschaftsleistung fest, die mit einer fast ebenso deutlichen Abnahme des Anteils an den Weltexporten einherging. Auch der Anteil der USA an den weltweiten Geldreserven schrumpfte von 50 % im Jahr 1950 auf vergleichsweise geringe 9 % im Jahr 1988. Am frappantesten ist jedoch die Tatsache, dass die Vereinigten Staaten zu diesem Zeitpunkt (1980er Jahre) als einst größter Gläubiger der Welt zum weltweit größten Nettoschuldner wurden (vergl. ebenda).

Mit dem plötzlichen Ende der Sowjetunion im Jahr 1991 blieben die USA zwar vorerst als alleinige Supermacht zurück, doch sehen sie sich am Beginn des 21. Jahrhunderts bereits mit neuen Herausforderern konfrontiert. Während sich die große Sowjetunion als in Wahrheit ineffizienter Staatsapparat entpuppte und auch ein Zeitalter japanischer Hegemonie, wie dies sowohl Ezra Vogel 1979 in seinem Buch „Japan as Number One“ als auch Paul Kennedy in seinem Werk „The Rise and Fall of the Great Powers“ 1987 angekündigt hatten, sich nicht bewahrheitete, schreibt der Journalist Gideon Rachman 2011 bezugnehmend auf den Niedergang Amerikas als Weltmacht: „This time it’s for real“ (Rachman 2011).

Die Fakten sprechen für sich. Zwar wächst die US-amerikanische Wirtschaft nach wie vor, jedoch längst nicht wie sich dies die US-Notenbank erwartet hatte (vergl. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,795569,00.html>). Das Wirtschaftswachstum für das Jahr 2011 wurde von 2,7 beziehungsweise 2,9 % auf ca. 1,6

% nach unten korrigiert (vergl. ebenda). Die USA erlebten während der letzten zwanzig Jahre durch den Abzug vieler Industriesparten in Billiglohnländer einen kontinuierlichen Prozess von Deindustrialisierung (vergl. Sileitsch 2011). Das aktuelle Wachstum ist daher nach wie vor in erster Linie auf den privaten Konsum zurückzuführen, der bereits vor 2008 zu ungedeckten Hypothekenkrediten und zur Finanzkrise geführt hat. (vergl. <http://www.zeit.de/wirtschaft/2011-10/bip-usa-zuwachs> sowie Sileitsch 2011). Die träge Entwicklung auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt erhielt zwar am Ende des Jahres 2011 einen positiven Schub, indem die Arbeitslosigkeit mit 8,5 % auf ein Rekordtief seit Februar 2009 fiel, jedoch sind die ca. 8,7 Millionen Arbeitsplätze, die während der Finanzkrise verloren gegangen waren, größtenteils noch immer nicht wiederhergestellt (vergl. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,795569,00.html>, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,807632,00.html>).

Die USA haben mittlerweile 15 Billionen Dollar Schulden (vergl. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,807632,00.html>). Vor allem der Irak-Krieg sowie der noch immer andauernde Einsatz in Afghanistan haben den Vereinigten Staaten enorme Schuldenberge beschert. Das US-Militärbudget betrug im Jahr 2008 607 Milliarden US-Dollar und war damit höher als die Militärbudgets Russlands, Chinas und anderer bedeutender Konkurrenten zusammen (vergl. Rode 2010, S. 90). Der übermilitarisierte Staat hat es sich längst zur gefährlichen Gewohnheit gemacht, den Anspruch an das Pentagon zu stellen, jegliche internationale Herausforderungen lösen zu können (vergl. Nye 2011a). Gleichzeitig werden bedeutende Vorzüge der Diplomatie und der zivilen Kooperation durch deren Unterfinanzierung und Nichtbeachtung untergraben. Dies ist nicht zuletzt auf die Tatsache zurückzuführen, dass diese Formen von soft power weit weniger schnelle und greifbare Erfolge liefern als militärische Abschreckung und Einsätze, die dem Wählervolk medienwirksamer präsentiert werden können. Das Ergebnis in der US-Außenpolitik war daher vor allem unter Präsident Bush Jr. ein kontinuierliches Ignorieren von „smart power“, da es stets an einer Zusammenführung von „soft power“ und „hard power“ beziehungsweise einer entsprechend klaren Strategie fehlte (vergl. ebenda). Vor allem in Afghanistan, jedoch auch im Irak, wurde deutlich, dass ein hochgerüstetes und ebenso technisch entwickeltes Militär keineswegs ausreichen, um als militärische beziehungsweise politische Weltmacht reüssieren zu können. Die Regierung unter Obama versucht unterdessen hier gegenzusteuern, indem

der Posten eines zweiten Deputy at State geschaffen wurde, sowie mittels verstärkter Förderung der staatlichen Entwicklungshilfeagentur USAID und mittels Kooperation mit dem Office of Management and Budget (vergl. Nye 2011a). Diese Bemühungen scheinen jedoch in einer „Sackgasse“ zu enden, da dem State Department genauso wie der Agentur USAID offensichtlich deutliche finanzielle Kürzungen durch den Kongress bevorstehen (vergl. Cassata 2011).

Das hohe Schuldenausmaß zwingt Präsident Obama jedoch auch beim Militär Sparmaßnahmen zu setzen (vergl. Wiener Zeitung, 7./8. Jänner 2012). Während der kommenden zehn Jahre soll die US-Army 487 Milliarden Dollar einsparen. Vor diesem Hintergrund präsentierte Obama Anfang Jänner 2012 die neue Verteidigungsstrategie der USA. Das US-amerikanische Militär wird in Zukunft weniger Soldaten, aber dafür mehr High-Tech einsetzen. Dem Budget für 2012 zufolge werden während der nächsten vier Jahre 27 000 Soldaten sowie 20 000 Marineinfanteristen abgebaut. Auch Rüstungsaufträge werden reduziert oder aufgeschoben. Ziel ist es trotz Sparens die militärische Vormachtstellung der USA aufrechtzuerhalten und neuen globalen Herausforderungen besser begegnen zu können. Ein Szenario von zwei großen Bodenkriegen zur gleichen Zeit ist jedoch nicht mehr vorgesehen. Der Schwerpunkt liegt nicht mehr auf dem *nation building*, sondern vielmehr auf der Fähigkeit, schnell und kurzfristig einsatzbereit zu sein. Im Fokus stehen unter anderem nun Spezialkommandos und unbemannte Drohnen sowie der *cyberwar*. Wenn es nach dem Kongress geht, soll das US-Militär ab 2013 zusätzliche 500 Milliarden Dollar einsparen.

Die Vereinigten Staaten wollen also im Rahmen eines rigiden Sparprogramms ihre Führungsposition durch Entmilitarisierung aufrechterhalten und sich somit von einem schwerfälligen, übermilitarisierten Staat in einen wendigen und flexiblen Akteur verwandeln, der bereit ist, generell jederzeit eingreifen zu können (vergl. ebenda). Wie oben dargestellt, erfährt jedoch auch das State Department, das US-amerikanische Außenministerium, schwere finanzielle Einschnitte. Ein militärischer Abbau unter gleichzeitigem Rückzug der außenpolitischen Kapazitäten scheint jedoch keine geeignete Strategie, um den komplexen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts begegnen zu können. Joseph S. Nye Jr. ist mit Sicherheit nicht der einzige, der hier die Frage stellt:

„[W]hy is Congress playing a dangerous game with America’s global influence“ (Nye 2011a)?

II. 4. Die Krise der EU

Mit der Ausbreitung des römischen Imperiums begann
die Vormachtstellung Europas. In unseren Tagen endet sie.

*Franz Baermann Steiner, Dichter und Ethnologe*⁸

II. 4. 1. Europas Sozial- und Wirtschaftssystem in der Krise

Auch Europa hatte während der letzten Jahrzehnte unter einer starken Abwanderung von Arbeitsplätzen, vor allem im Niedriglohnsektor, zu leiden (vergl. Sileitsch 2011). Um unter anderem hier gegenzusteuern, machten die Staaten Europas Schulden, die die tatsächlichen Schwächen des Kontinents zwar kaschierten und Probleme hinausschoben, jedoch keinesfalls lösten. Der Lissabon-Strategie zufolge, die im Jahr 2000 ins Leben gerufen wurde, hätte die EU innerhalb von zehn Jahren der „dynamischste[...] wissensbasierte[...] Wirtschaftsraum der Welt“⁹ werden sollen. Statt dessen fiel die Europäische Union diesbezüglich im Wettbewerb mit anderen Regionen zurück. Durch das Streichen des Nachfolgeprogramms „Europa 2020“ in Zeiten des Sparens wird Europas mangelnde Wettbewerbsfähigkeit in Forschung und Wirtschaft wohl kaum neuen Auftrieb bekommen, sondern nur der Teufelskreis des wirtschaftlichen Abstiegs weiter verstärkt. Europas Innovationsvorsprung wird mit diesem falschen Sparkurs demnächst verloren gehen. Selbst die bedeutendste Wirtschaftsmacht des Kontinents, Deutschland, wird am Weltmarkt mehr und mehr von Staaten wie Singapur oder Südkorea und nicht zuletzt von China verdrängt. Während Länder wie diese auf enorme

⁸ Zit. nach Maresch 2000, <http://www.rudolf-maresch.de/texte/35.pdf>

⁹ (Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, <http://www.bmwfj.gv.at/Wirtschaftspolitik/Wirtschaftspolitik/Seiten/LissabonStrategie.aspx>)

Personalressourcen und somit auf einen riesigen Pool von potentiellen Talenten zurückgreifen können, ist Europa mit dem schier unlösbaren Problem der zukünftigen Pensionsfinanzierung beschäftigt. Der europäische Sozialstaat, in seiner heutigen Form, scheint immer schwieriger finanzierbar (vergl. ebenda). Europas Wirtschaftsleistung schrumpft und mit ihr seine immer älter werdende Bevölkerung. So stellte die Weltbank erst kürzlich fest, dass die Europäer mehr arbeiten müssten, um ihr hochentwickeltes Sozialsystem aufrechterhalten zu können (vergl. Hierländer 2012).

Die Europäische Union, der weltweit größte Binnenmarkt, befindet sich in ihrer schwersten Krise seit ihrer Gründung (vergl. http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ischer_Binnenmarkt). Die meisten Mitgliedsstaaten sind schwer überschuldet, eine „geordnete[...] Pleite“ (Wiener Zeitung, 21./22. 01. 2012) für Griechenland scheint unmittelbar bevorzustehen (vergl. ebenda). Die europäische Schuldenkrise ist schon längst zu einer Währungskrise geworden und einige Euro-Staaten haben mittlerweile nicht nur stark an wirtschaftlicher Stabilität verloren, sondern auch ihre gute Zahlungsbonität eingebüßt. Am 13. Jänner 2012 wurde die Bonität Frankreichs und acht weiterer Euro-Länder, darunter auch Österreich, durch die US-amerikanische Rating-Agentur *Standard and Poor's* herabgestuft. Besonders hervorzuheben sei hier auch die Situation der ehemaligen Kolonialmacht Portugal. Das ehemalige Weltreich Portugal ist heute auf finanzielle Unterstützung seiner ehemaligen Kolonie Brasilien angewiesen (vergl. Konzett, <http://www.wirtschaftsblatt.at/archiv/nach-brasilien-die-eu-portugals-zweite-chance-482401/index.do>). Während ihres Staatsbesuches in Portugal im Frühling 2011 sicherte Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff dem hochverschuldetem Portugal finanzielle Hilfe zu (vergl. ebenda). Europa selbst lenkt - wie der deutsche Journalist Patrick Welter meint „aus Angst vor [seiner] eigenen Courage“ (Welter, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/schuldenkrise-lehren-aus-amerika-11595321.html>) - seine finanzielle Unterstützung für seine krisengeschüttelten Staaten über den IWF, der bekanntermaßen von den USA dominiert wird. Die Vereinigten Staaten können dadurch ihre Einflussnahme auf die Euro-Staaten erhöhen (vergl. ebenda). Gleichzeitig verweigern die USA momentan selbst eine weitere Aufstockung der Finanzmittel des Internationalen Währungsfonds (vergl. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,810051,00.html>). In Zeiten knapper Kassen und eines anlaufenden Präsidentschaftswahlkampfes wird die US-Regierung ihre Meinung auch

nicht allzu schnell ändern. Ähnlich ist auch die aktuelle Haltung Brasiliens und Kanadas. Die EU-Kommission setzt ihre Hoffnungen jedoch auf das nächste G20-Finanzministertreffen im Februar 2012, um die G20-Staaten für eine finanzielle Unterstützung des IWF zu gewinnen. Staaten wie China oder Japan zeigen sich offen, sich verstärkt am Internationalen Währungsfond zu beteiligen. Insgesamt soll der IWF aufgrund der aktuellen Krise in Europa um 600 Milliarden US-Dollar aufgestockt werden (vergl. ebenda).

II. 4. 2. Die heterogene Außenpolitik der EU-Staaten

Auch im Bezug auf ein gemeinsames Auftreten nach außen ist Europa ein schwacher Akteur. Zwar wurde 1992 mit dem Vertrag von Maastricht die *Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik* (GASP) eingeführt, doch bedarf es für bedeutende gemeinsame Beschlüsse in deren Rahmen der Einstimmigkeit der Mitgliedsstaaten im Rat der Europäischen Union oder im Europäischen Rat (vergl. http://de.wikipedia.org/wiki/Gemeinsame_Au%C3%9Fen-_und_Sicherheitspolitik). Diese Einstimmigkeit ist jedoch in einem Europa, in dem Nationalstaaten jeweils ihre eigenen außenpolitischen Strategien und Präferenzen haben und auch verfolgen, und in dem Staaten wie Frankreich und Großbritannien um keinen Preis auf ihre Stellung als Atommächte verzichten würden, nur schwer herzustellen.

Die durch den Vertrag von Lissabon eingeführten Ämter des Ratspräsidenten und des Hohen Repräsentanten, der sich nun explizit nicht „europäischer Außenminister“ nennen darf, sollten der Europäischen Union ein Gesicht und mehr Gewicht in der internationalen Politik verleihen. Um sich durch diese neuen Ämter jedoch nicht selbst „abzuschaffen“, besetzten die europäischen Staats- und Regierungschefs diese Posten mit zwei politisch als sehr schwach eingeschätzten Personen, nämlich Herman Van Rompuy und Lady Catherine Ashton. Dass sich der Vertrag von Lissabon nicht europäische „Verfassung“ nennen darf, ist ein zusätzliches Detail, das den fehlenden Willen zu einer weiteren Integration und einer damit einhergehenden einheitlichen Außenpolitik der Europäischen Union bezeugt.

Was die europäischen Streitkräfte betrifft, sind diese absolut beachtenswert (vergl. Rode 2010, S. 95). Dennoch muss an dieser Stelle festgestellt werden, dass die durchaus hohen Personalstände die Tatsache kaschieren, dass die europäischen Militärapparate insgesamt höchst heterogen und zu großen Teilen veraltet sind. Der Wandlungsprozess von einer Ausrüstung, die sich am Ost-West-Konflikt orientierte, hin zu modernen Interventionsstreitkräften, wie er gerade vom US-Militär durchgeführt wird, ist teuer und in einer Zeit von finanziellen Krisen nicht prioritär. Vielmehr setzte Europa in den letzten beiden Jahrzehnten auf „weiche Macht“ in Form von Diplomatie und war außerdem in Bezug auf eine Beteiligung am Irak-Krieg stark gespalten (vergl. ebenda).

1999 gab es bereits Bemühungen in Form des *Helsinki Headline Goals*, homogene europäische Einsatzfähigkeiten zu forcieren (vergl. Rode 2010, S. 97). Ziel der EU-Mitgliedsstaaten war es, „im Rahmen der ESVP 60 000 Soldaten binnen 60 Tagen einsatzfähig zu haben. Im folgenden Jahrzehnt tat sich eine Schere zwischen politischen Ambitionen und Fähigkeiten auf. Erst 2007 erreichten sogenannte *Battle Groups* eine formale Einsatzfähigkeit“ (ebenda). Zwar konnten 20 zivile sowie militärische Missionen nach Afrika, Asien und auf den Balkan bis zum Jahr 2009 geschickt werden, was jedoch die eigenen europäischen Interventionsstreitkräfte betrifft, wurde aus diesen nicht mehr als ein „Papiertiger“ (vergl. ebenda). Eine wirkungsvolle ESVP war somit eher Wunschdenken als Realität (vergl. Rode 2010, S. 97 f). Auch wenn die Europäische Union militärisch durchaus das entsprechende Potential zur ernst zu nehmenden Militärmacht hätte, fehlen sowohl der politische Wille als auch ein entsprechender Einsatz finanzieller Mittel (vergl. Rode 2010, S. 98). Somit bleibt vorerst die NATO, ganz im Sinne der US-amerikanischen Hegemonialpolitik, auch für Europa zentraler Dreh- und Angelpunkt militärischer Kooperation (vergl. ebenda sowie Schmidt 2004, S. 219 f).

II. 5. Das Transatlantische Verhältnis

Sowohl die USA als auch Europa haben mit der Tatsache zu kämpfen, dass ihr wirtschaftlicher wie auch militärischer Einfluss in der Welt schwindet. Dies ist, wie oben bereits ausgeführt, einerseits auf hausgemachte strukturelle Mängel in den eigenen Wirtschaftssystemen zurückzuführen, andererseits auf globale Veränderungen, auf die sowohl die Vereinigten Staaten von Amerika als auch die Europäische Union nur schlecht vorbereitet zu sein scheinen (vergl. Sileitsch 2011). Während neue aufstrebende Staaten, wie Brasilien, Indien und China, sich ihres wirtschaftlichen und militärischen Potentials immer bewusster werden und bemüht sind, dieses weiter auszubauen, sind die beiden Westmächte Europa und USA weit davon entfernt ihre diesbezüglichen Fähigkeiten voll auszuschöpfen. Hierfür wäre jedoch eine „transatlantische Arbeitsteilung“ (Rode 2010, S. 32) im Sinne einer konzertierten Weltpolitik zwischen Europa und den USA unverzichtbar (vergl. Rode 2010, S. 32 ff). Ein transatlantischer „Hahnenkampf“, wie er unter der Bush Jr.-Administration stattgefunden hat, welcher zusätzlich die europäischen Staaten in Irak-Kriegsbefürworter und -gegner teilte, ist für die sich neu formierenden Mächte wie Iran oder China eine ideale Ausgangslage, um ihre eigenen Positionen zu festigen und die Westmächte gegeneinander auszuspielen.

Während die USA auf den Einsatz von harter Macht setzten, gaben die Staaten Europas vorwiegend der „weichen Macht“ den Vorzug. Im Sinne Nyes wird es jedoch notwendig sein, beide Formen von Macht intelligent einzusetzen.¹⁰ Damit Europa und die USA ihre Führungsrollen in der Weltpolitik weiterhin aufrechterhalten können, ist es unumgänglich, die aufstrebenden BRICS-Staaten in das noch vom Westen dominierte Global Governance-System zu integrieren. Dies dürfte wohl eine der größten Herausforderungen dieses Jahrzehnts werden. Denn wohl wissend, dass es sich hier um einen Versuch des Machterhalts von Seiten des Westens handelt, werden die jungen aufstrebenden Mächte bemüht sein, den transatlantischen Multilateralismus zu unterminieren. Um hier die entsprechende Akzeptanz zu schaffen, braucht es „dauerhafte politische Anreize und die stille Wirkung weicher kluger Macht“ (Rode 2010, S. 34 f). Ein transatlantischer Multilateralismus muss jedoch erst real gelebt werden. Dazu

¹⁰ vergl. Nye 2011, S. 43 f

bedarf es aber einer aktiveren Europäischen Union sowie einer intensiveren Koordination und Kooperation zwischen EU und USA (vergl. Rode 2010, S. 32 ff).

II. 6. Die neuen Allianzen des Südens

II. 6. 1. Neue Kräfte in der WTO

Während die USA und Europa nach der Ära Bush Jr. sich erst schrittweise wieder einander annähern und sich dabei ehest einig werden sollten, wie sie ihre Kräfte und jeweiligen „Atouts“ bündeln und gezielt einsetzen können, um ihre Stellung in der Weltpolitik aufrechterhalten zu können, schmieden die Entwicklungs- und vor allem die aufstrebenden Schwellenländer bereits eine Vielzahl von Allianzen (vergl. ebenda; Manz 2007, S. 25 ff). Diese Entwicklung wird besonders innerhalb der Welthandelsorganisation deutlich (vergl. Manz 2007, S. 25 ff). Hier artikulierten die Entwicklungsländer auf der WTO-Ministerkonferenz im Jahr 1999 in Seattle erstmals die Forderung, Märkte von besonderem Exportinteresse weiter zu öffnen sowie selbst als WTO-Mitgliedstaaten stärker in das Welthandelssystem integriert zu werden (vergl. Manz 2007, S. 27). Mit der in Doha 2001 beschlossenen „Entwicklungsagenda“ sollten die nachteiligen Effekte der bisherigen Handelsabkommen behoben werden. Die dadurch geweckten Erwartungen unter den Entwicklungsländern sind seitdem bestimmend für ihre Verhandlungspositionen (vergl. ebenda). Um diese jedoch auch durchsetzen zu können, bedarf es entsprechender Allianzen. Die bedeutendste Interessenkoalition bildet hierbei die Gruppe der 20 – G20¹¹, welche in Cancún erstmals im Rahmen der Welthandelsorganisation auftrat (vergl. Manz 2007, S. 29). Die G20, welche von Brasilien sowie Indien angeführt wird, umfasst unter anderem bedeutende Schwellenländer wie Ägypten, Argentinien, China und Südafrika. Im Zentrum der Agenda der G20 stehen

¹¹ „Als G20 wurde die Gruppe bezeichnet, weil sie mit einem von 20 Ländern unterzeichneten, zu den Positionen der USA und der Europäischen Union alternativen Vorschlag für die Agrarvereinbarungen erstmals an die Öffentlichkeit trat. Die Gruppe erhielt noch während der Cancún-Konferenz weiteren Zulauf, verlor andererseits aber auch einige Mitglieder, auf die von den Industrieländern Druck ausgeübt wurde. Inzwischen gehören ihr mehr als 20 Länder an, weshalb sie in Abgrenzung zur G20 der Finanzminister auch G20+ genannt wird.“ (Manz 2007, S. 29)

gemeinsame Positionen bezüglich der Agrarverhandlungen, die inhaltlich offensiv formuliert werden. Die wesentlichsten Punkte sind dabei die Forderungen, die Agrarsubventionen der US-amerikanischen sowie europäischen Landwirtschaftspolitik abzubauen und deren Agrarimportzölle zu reduzieren. Handelsliberalisierungen sollten außerdem mit den entwicklungspolitischen Bedürfnissen der einzelnen Länder kompatibel sein (vergl. ebenda). Da die entwickelten Industrienationen weiterhin nicht bereit waren, den Entwicklungsländern entgegenzukommen, formierten sich diese auf der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong 2005 zur „Großen Koalition des Südens“ (Manz 2007, S. 30), der G110, und verlangten auf einer gemeinsamen Pressekonferenz, dass die entwicklungspolitischen Ziele der Doha-Runde realisiert sowie entwicklungspolitische Aspekte offiziell in Welthandelsrunden aufgenommen werden sollen (vergl. Manz 2007, S. 29 f). Diese neuen Koalitionen von Entwicklungs- und Schwellenländern und das selbstbewusste Auftreten derselben belegen, dass die alten, vom Westen dominierten Machtverhältnisse am Beginn des 21. Jahrhunderts stark infrage gestellt werden (vergl. Manz 2007, S. 30). Dies ist nicht zuletzt auf das enorme Wirtschaftswachstum unter Schwellenländern wie Brasilien, China oder Indien zurückzuführen, das die wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse in der Welt neu verteilt. Immerhin wurden 2007 15% der globalen Handelsströme allein von Brasilien, Indien und vor allem von China gestellt (vergl. ebenda).

Charakteristisch für diese neuen Allianzen ist, dass es sich hierbei um „pragmatisch-thematische Interessenbündnisse“ (Manz 2007, S. 31) handelt (vergl. ebenda). Im Vergleich zu früher gehen die Vertreter der Entwicklungs- und Schwellenländer im 21. Jahrhundert informierter und mit klaren Forderungen und Bedingungen in WTO-Verhandlungsrunden. Sie lassen sich nicht mehr Regeln ungefragt oktroyieren, sondern sind gewillt, diese selbst mitzugestalten. Ein wesentlicher Vorteil ist, dass durch die Allianzen einerseits ein reger Informationsaustausch möglich wird und andererseits auch humane, finanzielle sowie technische Ressourcen gebündelt werden können. Wenn es um die Bereitstellung solcher Ressourcen geht, sind vor allem Schwellenländer wie Indien und Brasilien von großer Bedeutung. Denn diese verfügen über ein verhältnismäßig großes diplomatisches Corps

und sind eher imstande, die notwendigen Fachleute zur Beratung anzuwerben. Auch die Rolle von westlichen Nichtregierungsorganisationen zur Unterstützung dieser neuen Allianzen ist nicht zu unterschätzen. Denn die NGOs stehen in engem Kontakt mit den Südkoalitionen und können mit den dadurch gewonnenen Informationen die westlichen Regierungen unter Druck setzen (vergl. ebenda).

Das immer offensiver werdende Vorgehen der Entwicklungs- und Schwellenländer innerhalb der WTO geht mit einer defensiver werdenden Haltung der USA und EU einher (vergl. Manz 2007, S. 32). Durch die Kräfteverlagerung im globalen Wirtschaftssystem „verschanzen“ sich diese im wirtschaftlichen Protektionismus und sind wohl kaum gewillt, ihre Agrarsubventionen und Importzölle aufzuheben.

Aufgrund dieser neueren Verhandlungsschwernisse für die westlichen Industrienationen auf multilateraler Ebene verlagern diese den Fokus ihrer Handelsvereinbarungen mit Entwicklungs- und Schwellenländern verstärkt auf die bilaterale Ebene.¹² Die multilaterale Zusammenarbeit im internationalen Handelssystem befindet sich in einer offensichtlichen Krise (vergl. ebenda). Ursächlich dafür ist auch die gestiegene Anzahl an WTO-Mitgliedsstaaten auf mittlerweile 157 (vergl. Manz 2007, S. 32 f sowie http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Mitglieder_der_WTO). Die unterschiedlichen Interessen dieser Staaten, die überwiegend Entwicklungsökonomien sind, führen zur Annahme, dass auch die Südallianzen auf Dauer nicht bestehen werden können (vergl. Manz 2007, S. 32 f). Vielmehr würden bei einer eventuellen Übereinkunft im Rahmen der Doha-Runde mächtige Schwellenländer wie Brasilien, Indien oder China als Gewinner hervorgehen, während ärmere Staaten im Nachteil wären (vergl. Manz 2007, S. 33). Denn Brasilien und Indien vertreten zwar innerhalb der „Five Interested Parties“¹³ die Entwicklungsländer, jedoch ist dies keine Garantie dafür, dass ein hierbei eventuell zustande kommender Kompromiss die übrigen Entwicklungsländer ausreichend berücksichtigen würde (vergl. ebenda sowie

¹² Vergl. auch Choplin/Strickner/Trouvé 2011, S. 16; siehe auch Kapitel IV. 6. 3 und IV. 6. 4.

¹³ Ursprünglich „Quadrilaterals“ oder „Quad“ genannt und zusammengesetzt aus Kanada, EU, Japan und den USA sollte diese Gruppe Verhandlungsergebnisse in schwierigen Themen liefern. Auf Druck der Entwicklungsländer wurden auch Brasilien und Indien (sowie Australien als Vertreter der Cairns-Gruppe) beigezogen. Seit 2005 besteht die Gruppe nun aus Australien, Brasilien, EU, Indien, Japan und den USA und versucht Verhandlungsdurchbrüche vor allem auf dem Gebiet der Landwirtschaft zu erreichen. Je nach Zusammensetzung wird sie „The Four/Five Interested Parties“ (FIPS), „the new Quad“, „Quint“ oder „G-6“ genannt. (vergl. http://www.wto.org/english/thewto_e/whatis_e/tif_e/org3_e.htm)

http://www.wto.org/english/thewto_e/whatis_e/tif_e/org3_e.htm). Die Doha-Runde, die im Juli 2006 offiziell unterbrochen wurde, ist bis zum heutigen Tag zu keiner Einigung gekommen (vergl. http://www.wto.org/english/thewto_e/whatis_e/tif_e/org3_e.htm).

II. 6. 2. Aus G-8 wird G-20

1971 verabschiedeten sich die USA per „Nixon- Schock“¹⁴ von ihrer alleinigen Hegemonialstellung in der Weltwirtschaft, wodurch ein Gipfelregime zu deren Steuerung notwendig wurde (vergl. Manz 2007, S. 33 sowie Rode 2010, S. 79 f). Dies war die „Geburtsstunde“ der G-7, bei der es sich von Anfang an um eine liberaldemokratische und marktwirtschaftliche Wertegemeinschaft handelte, bestehend aus Deutschland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Italien, Japan, Kanada sowie den USA (vergl. Rode 2010, S. 80 sowie <http://de.wikipedia.org/wiki/G8>). Zur G-8 wurde diese Gruppe mit dem Beitritt Russlands im Jahr 1998, wobei es sich dabei mehr um eine politische und weniger um eine wirtschaftliche Entscheidung handelte (vergl. Rode 2010, S. 80). 1999 kam es dann zur Konstruktion der G-20 (Finanzen) (vergl. Rode 2010, S. 82). Diese bestand aus den Vereinigten Staaten, der Europäischen Union, der Weltbank, dem IWF, der Türkei, Südkorea, Südafrika, Saudi Arabien, Russland, Mexiko, Japan, Italien, Indonesien, Indien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, China, Kanada, Brasilien, Australien und Argentinien. Jedes Land entsandte seinen Finanzminister sowie seinen Notenbankpräsidenten. Ziel war es, wesentliche Schwellenländer zu integrieren und in finanzpolitischen Belangen Konsens herzustellen (vergl. ebenda). Vor allem Finanzkrisen konnten somit besser gemeistert werden als lediglich im Rahmen der G-8-Finanzministertreffen (vergl. Rode 2010, S. 82 f). Im übrigen wurden G-8-Nichtmitgliedsländer jedoch lediglich ohne Systematik abwechselnd den Themenschwerpunkten entsprechend zu den G-8-Gipfeln eingeladen (vergl. Rode 2010, S. 81 sowie Manz 2008, S. 166). Eine Erweiterung des Gipfelregimes sollte ursprünglich erst schrittweise und langsam erfolgen (vergl. Rode 2010, S. 81 f). Auf dem G-8-Gipfel in Heiligendamm 2007 stand man einer Erweiterung noch eher skeptisch gegenüber (vergl.

¹⁴ „Nixon verhängte ohne Konsultationen mit den Partnerstaaten unilateral eine Importabgabe von 10 % und schloss das Goldfenster als Garantie, US-Dollar in Gold tauschen zu können. Letzteres führte bis 1976 zu flexiblen Wechselkursen zwischen den westlichen Währungen.“ (Rode 2010, S. 79)

Manz 2008, S. 166). Vielmehr war damals vorgesehen, die fünf bedeutendsten Schwellenländer (China, Indien, Brasilien, Mexiko sowie Südafrika) als gleichberechtigte und dauerhafte Partner, zur G-5 zusammengefasst, in einem neuen Modell von Global Governance neben sich zu tolerieren (vergl. ebenda).

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 war jedoch der Auslöser für die rasche Aufnahme neuer Vollmitglieder (vergl. Rode 2010, S. 82). Durch die krisenbedingte ökonomische Situation in der Welt wurde die Integration Brasiliens, Indiens und Chinas unvermeidlich. So wurde das erste offizielle G-20-Gipfeltreffen im November 2010 in Südkorea abgehalten (vergl. ebenda). Damit wurde schneller als geplant der fortschreitenden Globalisierung und vor allem dem Machtzuwachs in Wirtschaft und Politik der aufstrebenden Schwellenländer entsprochen (vergl. Rode 2010, S. 81 ff). Ein Staat wie China, in dem eine kommunistische Diktatur herrscht, entspricht selbst jedoch kaum der westlichen Gipfelkultur (vergl. Rode 2010, S. 83). Dennoch war die Integration wohl der einzig mögliche Weg, das vom Westen eingeführte und geprägte multilaterale Führungsmodell auch für die Zukunft aufrechterhalten zu können (vergl. Rode 2010, S. 88). Der letzte G-20-Gipfel fand im November 2011 in Cannes statt und stand ganz im Zeichen der Euro-Krise (vergl. Kaiser/ Simons, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,795974,00.html>). Zwar beschloss man in dessen Rahmen, dem IWF mehr Kompetenzen zu verleihen, dennoch waren die meisten Beschlüsse eher vage formuliert (vergl. ebenda). So „wollen alle G-20-Staaten den weltweiten Abschwung mit einem Aktionsplan bekämpfen. [...] Alle Länder verpflichten sich, je nach Lage ihren Beitrag zur Stärkung der Wirtschaft zu leisten“ (ebenda). Bis jetzt konnte man der aktuellen Krise noch nicht Herr werden.

Wie kooperativ sich die neu aufgestiegenen Mächte innerhalb des Gipfelprozesses tatsächlich geben werden, wird sich weisen (vergl. Rode 2010, S. 88). Möglich wäre jedoch, dass der Integrationsprozess auch ihr Vorgehen innerhalb der Welthandelsorganisation entschärft (vergl. ebenda). „Vermutlich dürften die Aufsteiger aber pragmatisch beide Karten, die `gute´ wie `böse´, je nach Lage und Forum ziehen. Doch dem Westen bliebe schlimmstenfalls ja noch die G-8 als Rückfallposition einer zweitbesten minilateralen Kooperation“ (ebenda).

II. 6. 3. Die BRICS - Staaten

Unter den aufstrebenden Mächten sind vor allem Brasilien, Indien und nicht zuletzt China besonders hervorzuheben. Diese Staaten haben vor allem seit der Jahrtausendwende ein enormes Wirtschaftswachstum vollbracht, welches, wie eben bereits ersichtlich wurde, nicht nur die Macht in der globalen Wirtschaft neu verteilt hat, sondern auch geopolitische Konsequenzen mit sich bringt.

Zwar gibt es beispielsweise durchaus starke Spannungen zwischen Indien und China, was Grenzfragen oder den Kampf um die Vormachtstellung in Asien betrifft, doch ist man gleichzeitig bereit, seine Kräfte zu bündeln und gemeinsam und selbstbewusst dem Westen entgegenzutreten (vergl. Jaffrelot, <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2011/05/13/a0047.text.name,ask7IONKY.n,0>). Gemeinsam mit Brasilien, Russland und mittlerweile auch Südafrika haben sie sich zu den BRICS-Staaten formiert und in ihrer Abschlusserklärung des ersten (damals noch BRIC-) Gipfels im Juni 2009 in Jekaterinburg „beschworen sie bereits eine neue multipolare Weltordnung“ (ebenda). Beim zweiten Gipfeltreffen in Brasiliens Hauptstadt Brasilia im April 2010 einigte man sich auf gemeinsame Punkte zu bestimmten geopolitischen Problemen, zum Beispiel wie mit dem Iran verfahren werden sollte. Dabei wurden die Sanktionen von Seiten des Westens als kontraproduktiv kritisiert. Auf dem dritten Gipfel im chinesischen Sanya im April 2011 sollte, wie auch bereits in der Doha-Runde sowie auf dem Klimagipfel in Kopenhagen im Jahr 2009, diesmal mit Südafrikas Aufnahme demonstriert werden, dass der nunmehr „BRICS“ genannten Staatengruppe die Interessen der Schwellenländer ein großes Anliegen sind. Ökonomisch hätte sich Südafrika nicht als Mitglied qualifiziert. Auf diesem dritten Gipfel verurteilten die BRICS-Staaten die militärische Intervention des Westens in Libyen und forderten offensiv einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für Brasilien und Indien. Des weiteren verlangten sie mehr Mitsprache was die Besetzung von Schlüsselstellen bei Weltbank und IWF betrifft (vergl. ebenda). Denn auch der Internationale Währungsfond erlebt eine Machtverschiebung zugunsten aufstrebender Schwellenländer, allen voran Chinas, Indiens und Brasiliens (vergl. Rode 2010, S. 71 ff sowie S. 79 ff). Während die Beteiligung der USA am IWF stetig gesunken ist - diese waren nach dessen Gründung im Jahr 1944 mit 36 Prozent, jedoch 2012 nur noch mit 16,75 Prozent daran beteiligt - zeigt vor allem China große Ambitionen, seine

Beteiligung und damit einhergehend seine Macht im IWF auszubauen (vergl. Rode 2010, S. 72 sowie <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,810051,00.html>; http://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler_W%C3%A4hrungsfonds).

II. 7. Asien im Fokus der US-amerikanischen Außenpolitik

The future of politics will be decided in Asia,
not Afghanistan or Iraq, and the United States
will be right at the center of the action.

*Hillary Clinton*¹⁵

Überhaupt ist es vor allem China, das den Vereinigten Staaten, der Schutzmacht vieler Länder in Asien und im pazifischen Raum, Kopfzerbrechen bereitet. Ein Blick auf die letzten *Foreign Policy*- und *Foreign Affairs*-Ausgaben macht deutlich, wie sehr der Aufstieg Chinas in den Fokus der US-amerikanischen Außenpolitik gerückt ist. Vor allem Chinas wachsende militärische Macht ist den USA mehr als ein Dorn im Auge. Nicht zuletzt aus diesem Grund erklärte die Außenministerin der USA, Hillary Clinton, in ihrem im November 2011 im US-amerikanischen Magazin *Foreign-Policy* erschienenen Artikel den Anbruch von „America’s Pacific Century“ (Clinton 2011).

Diese neue Ausrichtung der US-Außenpolitik ist durchaus nachvollziehbar. Asien befindet sich in jeder Hinsicht in einem enormen Umbruch. Die Region boomt demographisch sowie wirtschaftlich und „gärt“ gleichzeitig, politisch und militärisch. Zwei der BRICS, Indien und China, sind bedeutende Akteure im asiatisch-pazifischen Raum und die USA haben größtes Interesse daran, einem übermäßigen Machtausbau dieser neuen Rivalen entschlossen zu begegnen (vergl. ebenda). Denn China rüstet auf und legt dabei den

¹⁵ Foreign Policy November 2011,
http://www.foreignpolicy.com/articles/2011/10/11/americas_pacific_century

Schwerpunkt auf seine Luftwaffe sowie die Marine (vergl. Erling 2011). 2011 stieg das offizielle chinesische Militärbudget um 12,7 Prozent, also auf 65 Milliarden Euro. Über etwaige Absichten Chinas werden die Vereinigten Staaten im Dunkeln gelassen (vergl. ebenda). Die USA sind gewillt, gemeinsam mit ihren Verbündeten, wie Japan, Thailand, Südkorea, den Philippinen und Australien, hier ein Gegengewicht zu bilden und dieses weiter auszubauen (vergl. Clinton 2011). Ein weiteres Ziel der USA ist es, vom wirtschaftlichen Boom im asiatisch-pazifischen Raum zu profitieren und somit der eigenen schwächelnden Wirtschaft neue Impulse zu geben. Hillary Clinton argumentiert, dass die USA und Asien einander brauchen und dass beide Seiten voneinander profitieren können. Durch den gezielten und intelligenten Einsatz von zivilem Engagement, militärischer Präsenz und finanziellen Investitionen in Asien könnten die USA einerseits die Region dabei unterstützen, ihr Entwicklungspotential voll auszuschöpfen und andererseits die eigene Führungsrolle in der Welt aufrechterhalten (vergl. ebenda).

Bei dieser von Außenministerin Clinton durchaus nachvollziehbar dargelegten Strategie wird jedoch eine andere aufstrebende Region in der Welt, die den USA nicht nur geographisch, sondern auch kulturell viel näher ist, völlig außer Acht gelassen (vergl. Khanna 2011). Die Rede ist hier von Lateinamerika und vor allem seinem größten und am schnellsten wachsenden Staat Brasilien (vergl. ebenda).

III. Die Geschichte Brasiliens

Nur wer seine Vergangenheit ins Auge faßt, sieht seinen wahren Sinn

Stefan Zweig¹⁶

III. 1. Das vorkoloniale Brasilien

Die Erforschung des vorkolonialen Brasiliens und seiner indigenen Bevölkerung ist mangels Schriften oder Bauwerken, wie sie beispielsweise die Inka in Peru hinterließen, um ein Vielfaches schwieriger (vergl. Pietschmann 2000, S. 21). Daher wurde die indigene Bevölkerung der frühkolonialen und späterer Perioden in Sprachfamilien gegliedert. Jedoch bedeuten in diesem Fall Sprachverwandtschaften nicht automatisch enge Beziehungen zwischen den einzelnen Völkern (vergl. ebenda).

Insgesamt wurden in Brasilien acht Sprachfamilien unter der indigenen Bevölkerung festgestellt, die sich in viele weitere von einander politisch und sozial unabhängige Untergruppen zersplitterten (vergl. Pietschmann 2000, S. 22). Nur wenige können hier erwähnt werden: Im Norden des Landes traf man Untergruppen der auch in der Karibik ansässigen Völkerschaften der Familien der Arawak und der Kariben (vergl. Pietschmann 2000, S. 21). Südlich der Amazonasmündung bis hin zum heutigen Grenzraum zwischen Brasilien und Uruguay waren Völker der Sprachfamilie der Tupí-Guaraní anzutreffen. Diese hatten unter den indigenen Völkern auch den ersten Kontakt mit den Europäern (vergl. ebenda).

Die im Küstenraum angesiedelten Ethnien schlossen sich nie in große politische Gefüge zusammen (vergl. Pietschmann 2000, S. 22). Die miteinander verwandten Sippenverbände, in denen sie sich organisierten, bestanden maximal aus mehreren hundert Personen. Mehrere Familien lebten meistens zusammen in aus Baumstämmen konstruierten und mit Blättern gedeckten größeren Häusern. Aus der Landwirtschaft

¹⁶ Brasilien. Ein Land der Zukunft (1997), S. 82

bezogen sie unter anderem ihr Grundnahrungsmittel Maniokmehl. Da die angewandten landwirtschaftlichen Methoden immer wieder die Böden auslaugten, wurden die Siedlungen nach einer gewissen Zeit wieder verlegt. Während Männer Jäger- und Sammlertätigkeiten, aber auch Rodungsarbeiten durchführten, kümmerten sich die Frauen um die Ackerböden und die Verarbeitung der Ernte sowie um die Nahrungszubereitung. Für die portugiesischen Kolonialherrn erwies sich diese Form der Arbeitsaufteilung als durchaus vorteilhaft (vergl. ebenda).

Die Frage nach Einwohnerzahlen in dieser Periode lässt sich nur schwer beantworten. Die aktuellsten Zahlen sprechen von achteinhalb Millionen Menschen, die zwischen der venezolanischen Küste und dem Süden Patagoniens lebten (vergl. Pietschmann 2000, S. 25). Außer Frage steht jedoch, dass die Anzahl der Indios sowohl durch aus Europa mitgebrachte Krankheiten als auch durch die Ausbeutung durch die Europäer dramatisch dezimiert wurde (vergl. ebenda).

III. 2. Die Entdeckung Brasiliens

Portugal konnte bereits Jahrhunderte vor der Entdeckung Brasiliens, nämlich im 13. Jahrhundert, eine hochentwickelte königliche Marine vorweisen und das Königtum führte schon damals die Tradition ein, im Fernhandel unternehmerisch tätig zu sein (vergl. Pietschmann 2000, S. 11 sowie S. 18). Dieses Phänomen wurde in der Wissenschaft als „monarchischer Kapitalismus“ (Pietschmann 2000 S. 18) bezeichnet (vergl. ebenda). In diesem Sinne suchte Portugal seit dem Ende der 1470er Jahre den Seeweg nach Asien und zu den dort gehandelten Gewürzen und zog zu diesem Zweck das Wissen europäischer Gelehrter heran (vergl. Pietschmann 2000, S. 19).

Dass jedoch Pedro Álvares Cabral, der angeblich in See stach, um der Route Vasco da Gamas nach Indien zu folgen, am 22. April des Jahres 1500 die Küste des heutigen Brasiliens aufgrund eines Zufalls - die Rede ist von „widrigen Winden“ (Zweig 1997, S. 20) - erreichte, wird heute in der Wissenschaft mehr als angezweifelt (vergl. ebenda sowie Zweig 1997, S. 22). Vielmehr wird angenommen, dass der Kurs gegen Westen, den Cabral

genommen hat, auf einen Befehl des portugiesischen Königs zurückzuführen ist (vergl. Zweig 1997, S. 20 f).

Daraus lässt sich schließen, dass das offizielle Portugal wahrscheinlich nicht erst durch Cabral von diesem „Neuland“ erfuhr (vergl. Zweig 1997, S. 21). Näheres lässt sich aber in diesem Zusammenhang nicht belegen, da die entsprechenden Archive samt ihren Dokumenten beim großen Erdbeben in Lissabon vernichtet wurden (vergl. ebenda). Dafür spricht jedenfalls, dass Portugal mittels Vertrags von Tordesillas am 7. Juni 1494 die von Norden nach Süden verlaufende Demarkationslinie, welche ursprünglich hundert Seemeilen im Westen der Kapverdischen Inseln lag und das portugiesische vom spanischen Hoheitsgebiet trennte, um weitere 270 Seemeilen weiter nach Westen verschieben ließ (vergl. Pietschmann 2000 S. 20; Zweig 1997, S. 21 f). Mit diesem neuen Grenzverlauf war eine Okkupation der brasilianischen Küste keine sechs Jahre später interessanterweise rechtlich unproblematisch (vergl. ebenda).

III. 3. Erste Handelstätigkeiten und die Entstehung eines einheitlichen Brasiliens

Aufgrund des aufkommenden und bald erfolgreichen Gewürzhandels der Portugiesen in Indien hatte Portugal anfangs kein großes Interesse daran, die Kolonisation in der neuen Welt voranzutreiben (vergl. Pietschmann 2000, S. 29 f). Die portugiesische Krone begnügte sich vorerst mit der Vergabe von Lizenzen zur Gewinnung von Brasilholz (vergl. Pietschmann 2000, S. 30). 1503 wurde die erste beständige portugiesische Faktorei, die „*Feitoria de Cabo Frio*“ (ebenda), an der Küste Brasiliens gegründet. Aufgrund der steigenden Nachfrage nach Farbholz in der Textilindustrie Nordwesteuropas legten seit dem selben Jahr auch französische Handelsschiffe vor der Küste Brasiliens an, dies jedoch ohne eine königliche Lizenz aus Portugal. Neben den Franzosen kamen jedoch auch spanische Kaufleute wegen des begehrten Brasilholzes nach Brasilien, wodurch sich seine Küste „zu einem `international´ frequentierten Gebiet entwickelte“ (ebenda). Das

portugiesische Königtum, das auf die alleinige Kontrolle des Gebiets bestand, konnte naheliegenderweise wenig Gefallen an dieser Entwicklung finden (vergl. ebenda).

Hier wird deutlich, dass Brasilien von Anbeginn seiner Existenz mit dem Handel beziehungsweise dem Fernhandel groß geworden ist. Auch seinen Namen hat es höchstwahrscheinlich dem Handel mit dem begehrten Farbholz zu verdanken (vergl. Pietschmann 2000, S. 31). Denn Wörter wie „Brasil, brasile, brasilli“ (ebenda) oder andere Varianten lassen sich schon in italienischen Handelsdokumenten aus dem 12. und 13. Jahrhundert finden und bezeichnen entweder ein orientalisches rotfarbiges Holz oder eine sesamartige im Jemen heimische Pflanze (vergl. ebenda). Ungefähr seit 1520 wird der Name *Brasil* beziehungsweise *Brasilien* für das „Land des wahren Kreuzes“ (Pietschmann 2000, S. 30), wie Cabral den neuen Landstrich ursprünglich nannte, vorwiegend und endgültig verwendet (vergl. Pietschmann 2000, S. 30 f). Dies belegt auch eine deutsche Flugschrift aus der gleichen Zeit, die den Titel „Neue Zeitung aus Presillig-Land“ (Pietschmann 2000, S. 30) trägt (vergl. ebenda).

Die Rivalitäten bezüglich Machtexpansion und Handel zwischen den europäischen Mächten beschränkten sich längst nicht mehr auf den europäischen Kontinent, sodass man ohne weiteres von „Auseinandersetzungen von nahezu globaler Dimension“ (Pietschmann 2000, S. 33) sprechen kann (vergl. ebenda). Nach 1510 stieg die Zahl der französischen und spanischen Handelsschiffe, die Brasilien ansteuerten, an (vergl. Pietschmann 2000, S.32). Die französische Krone ließ sich vom diplomatischen Protest seitens Portugals nicht beeindrucken und eine von Portugal entsandte Expedition zur Verteidigung der Küste Brasiliens brachte nur kurzfristigen Erfolg, denn nach 1520 stieg die Zahl der französischen Schiffe wieder an. Dies lässt sich nicht zuletzt auf Frankreichs Position zurückführen, dessen König Franz I explizit die „Teilung der Welt zwischen Kastilien und Portugal“ (ebenda) nicht anerkannte (vergl. ebenda). Unter diesen Umständen war der portugiesische König Johann III gezwungen, die Kolonialisierung Brasiliens stärker voranzutreiben, was sich jedoch als eine große Herausforderung für das kleine Portugal gestalten sollte (vergl. Pietschmann 2000, S. 34). Denn während bereits viele der Portugiesen – Portugal hatte damals nur eine gute Million Einwohner - im Atlantik und Indischen Ozean unternehmerisch tätig waren, galt ein wilder Landstrich, der zu diesem Zeitpunkt nur mit Farbholz locken konnte, noch als ziemlich unattraktiv,

um sich dort dauerhaft niederzulassen. Dennoch war Brasilien von höchster strategischer Relevanz, da die Portugiesen auf ihren Fahrten nach Asien das Land als Relaisstationen nützten (vergl. ebenda).

Nach einem ersten zaghaften und von weiteren Konflikten mit Frankreich begleiteten Kolonisationsversuch wurde Brasiliens Küste schließlich 1534 von König Johann (Joao) III in 15 je 50 Meilen lange Kapitanien aufgeteilt, die linear Richtung Westen in das Innere des Landes verliefen und unter einem Dutzend sogenannter *Donatários* verteilt wurden (vergl. Pietschmann 2000, S. 35 f; Jacob 1974, S.167). Die *Donatarios* übernahmen die Verpflichtung, ihre jeweilige Kapitanie zu besiedeln und zu verteidigen, während sie gleichzeitig den militärischen sowie zivilen Oberbefehl über ihre Region hatten (vergl. Pietschmann 2000, S. 36). Außerdem hatten sie das Privileg, Boden unter Siedlern zu verteilen und bestimmte Abgaben einzutreiben. Gewisse finanzielle Erträge gingen jedoch auch an das portugiesische Königtum (vergl. ebenda).

Bis auf zwei Kapitanien, in denen der Zuckeranbau florierte, wurden diese jedoch nicht wie vereinbart von den *Donatarios* belebt und bewirtschaftet, weshalb diese nicht nur Plünderern, sondern auch fremden Seemächten als leichte Beute offenstanden (vergl. Zweig 1997, S. 30 f). Verzweifelte Hilferufe aus der fernen Kolonie an König Joao III blieben letztendlich nicht ungehört, weshalb dieser Tomé de Sousa am ersten Februar 1549 als Gouverneur nach Brasilien sandte, um eine Hauptstadt, im besten Fall in Bahia, zu gründen, mit dem Ziel, ganz Brasilien uniform verwalten zu können (vergl. Zweig 1997, S. 31).

Doch auch unter einem Generalgouverneur war die portugiesische Kolonie nicht vor Unterwerfungsbestrebungen seitens Spaniens, Frankreichs und Hollands gefeit. Zwischen 1578 und 1640 wird Portugal der spanischen Krone einverleibt (vergl. Zweig 1997, S. 54). Es geschah in dieser Epoche, dass das Interesse der Holländer am *Zuikerland*, wie sie Brasilien bezeichneten, immer größer wurde (vergl. Zweig 1997, S. 55). Und so war mit der Gründung der Kompanie „das Índias Ocidentais“ insgeheim kein anderer Plan verbunden, als jener, Brasilien für Holland einzunehmen (vergl. ebenda). Dieser wohl organisierte Plan sollte auch aufgehen, weshalb im Norden des Landes während dreiundzwanzig Jahren die Holländer eine selbständige Verwaltung

aufrechterhalten konnten (vergl. Zweig 1997, S. 56). Am Rande sei hier erwähnt, dass die Holländer unter Moritz von Nassau als Gouverneur, anders als die Portugiesen oder die Spanier, nicht nur die koloniale Organisation, was Einwanderung und Verwaltung betrifft, besser unter Kontrolle hatten, sondern auch Wissenschaft und technischen Fortschritt sowie Toleranz in Religion und Kunst mit in die neue Welt brachten (vergl. Zweig 1997, S. 56 f).

Im Jahr 1640 ist Portugal als selbständiger Staat unter der Krone Dom Joaos IV wieder erstarkt und bevor die Verhandlungen zwischen Portugal und Holland über eine Rückgabe des besetzten Landes in Übersee beziehungsweise über einen eventuellen Teilverbleib bei Holland beendet waren und die portugiesische Unterstützungsflotte in Brasilien angekommen war, wurden die Brasilianer bereits selbst aktiv, sodass am 6. Jänner 1654 die letzte holländische Festung fiel (vergl. Zweig 1997, S. 58). Diese Auseinandersetzung mit dem von außen kommenden Feind erzeugte zum ersten Mal in der Geschichte Brasiliens ein brasilianisches Nationalbewusstsein, das im Laufe der Zeit noch stärker Gestalt annehmen und sich entwickeln wird (vergl. Zweig 1997, S. 59).

1750 wurden die Grenzen Brasiliens gegenüber dem spanischen Kolonialreich im Vertrag von Madrid besiegelt, die zum Missfallen Spaniens aufgrund des kolonialen Vordringens in das Hinterland nicht mehr der Demarkationslinie gemäß des Vertrages von Tordesillas entsprachen und als solche von Spanien anerkannt werden mussten, da das Ausmaß und der Umfang von Kolonialisierung schwerer wogen als ein solcher Vertrag (vergl. Zweig 1997, S. 65).

III. 4. Von der portugiesischen Kolonie zum unabhängigen Brasilien

Brasilien wird mehr und mehr von seinen Einwohnern als das wahre Vaterland entdeckt (vergl. König 2009, S 188). Während durch brasilianische Literatur oder beispielsweise durch die Errichtung Botanischer Gärten in brasilianischen Städten, welche zur Ausstellung der landestypischen Flora dienten, im ausklingenden 18. Jahrhundert das Zugehörigkeitsgefühl zum eigenen Land Brasilien immer größer wurde, erzeugten die

wirtschaftliche Abhängigkeit vom Mutterland und die fortgesetzte Ausbeutung durch dasselbe immer stärkere Aversionen gegen Portugal und seine Vormachtstellung (vergl. König 2009, S. 188 ff). Denn um die Konkurrenz des wirtschaftlich aufstrebenden Brasilien, in dem bereits zweieinhalb Millionen Menschen lebten, nicht zum Problem der eigenen Wirtschaft werden zu lassen, verbietet Portugal in Brasilien, der Heimat der Baumwolle, die Textilfabrikation genauso wie das Herstellen von Seife, das Keltern von heimischem Wein, den Reisanbau sowie den Zeitungs- und Buchdruck (vergl. Zweig 1997, S. 65 f).

Diese Politik der Unterdrückung seitens Portugals führte vor allem im späteren 18. Jahrhundert schließlich zu Protesten und auch zu Verschwörungen mit Separationsbestrebungen, die jedoch alle nur auf regionaler Ebene stattfanden und so auch niedergeschlagen wurden (vergl. König 2009, S. 190 ff). Den Verschwörern drohte ein Schauprozess, der die Verbannung nach Afrika und sogar die Verurteilung zum Tode zur Folge haben konnte (vergl. König 2009, S. 191).

Eine tatsächliche Loslösung Brasiliens von der portugiesischen Krone sollte erst im Jahr 1822 erfolgen (vergl. König 2009, S. 367). Doch im Vergleich zu den spanischen Kolonien Amerikas entwickelte sich Brasilien auf andere und friedlichere Weise zu einem selbständigen Staat (vergl. ebenda). Da Portugal nicht bereit war, sich an der Kontinentalsperre gegen England zu beteiligen, flüchteten Portugals Prinzregent Johann sowie sein Hofstaat mit der Unterstützung Englands, das Teile seiner Kriegsflotte zur Verfügung stellte, vor den napoleonischen Truppen nach Brasilien (vergl. König 2009, S. 367 f). Damit war Johann, der am 22. Jänner 1808 in Salvador da Bahia zu Land ging, der erste europäische Monarch, der den amerikanischen Kontinent betrat (vergl. König 2009, S. 368).

Der erste Schritt Johanns auf brasilianischem Boden war auch der erste Schritt Brasiliens in die Unabhängigkeit. Da Portugal während der Besetzung durch Napoleons Truppen nicht mehr als Handelsknotenpunkt zur Verfügung stand, war Prinz Johann gezwungen, das Handels- und Wirtschaftsmonopol Portugals aufzuheben und die brasilianischen Häfen zu öffnen. Auch Manufakturen durften nun in Brasilien errichtet werden (vergl. ebenda).

Rio de Janeiro sollte nicht nur die Residenz des Königs werden, sondern unter anderem auch Sitz des Staatsrates (*Conselho de Estado*) sowie der obersten Berufungsinstanz, der *Casa da Suplicacao* (vergl. König 2009, S. 369). Außerdem wurde, neben der königlichen Druckerei, dem Nationalmuseum und der Nationalbibliothek, auch die Nationalbank in Rio de Janeiro errichtet. Doch während Brasilien nun mehr und mehr auf gleicher Augenhöhe mit Portugal stand, begab sich das Land gegenüber seiner Schutzmacht England erneut in wirtschaftliche Abhängigkeit. So genossen in Brasilien englische Staatsbürger gesetzliche Immunität und Waren aus England wurden mit vergünstigten Importtarifen belegt. Gleichzeitig beinhaltete der Handelsvertrag, auf dem diese Vereinbarungen basierten, keinerlei Vergünstigungen für Brasiliens Exporte nach Großbritannien. England hatte somit gegenüber seinen Handelskonkurrenten eine Vormachtstellung in Brasilien eingenommen (vergl. ebenda).

Brasiliens Entwicklung zum selbständigen Staat erfuhr 1815 einen weiteren bedeutenden Schub (vergl. König 2009, S. 369). Am 16. Dezember desselben Jahres wurde Brasilien von Johann zum Königreich erklärt, wodurch das Land gleichwertiger Teil der „Vereinigten Königreiche von Portugal, Brasilien und Algarve“ (König 2009, S. 370) wurde (vergl. ebenda). 1821 beugte sich jedoch Johann, mittlerweile König Johann VI, der Forderung des portugiesischen Ständeparlaments, den Cortes, nach Portugal zurückzukehren (vergl. König 2009, S. 370 sowie S. 372). Sein Sohn Pedro, der zu diesem Zeitpunkt 23 Jahre alt war, blieb jedoch in Brasilien als Prinzregent zurück.

Die portugiesischen Cortes trachteten danach, die ursprünglichen kolonialen Verhältnisse zwischen Portugal und Brasilien wieder einzuführen und verlangten, dass der Prinzregent ebenfalls nach Portugal zurückkehre (vergl. ebenda). Brasiliens Eliten reagierten mit Widerstand und ernsthaften Unabhängigkeitsbestrebungen (vergl. König 2009, S. 372 f). Dom Pedro, der unter dem Einfluss der brasilianischen Oberschicht stand, weigerte sich Brasilien zu verlassen und rief, nicht zuletzt um Brasilien für die Dynastie der Braganca zu erhalten, am 7. September 1822 mit den Worten „Independência ou morte“ (König 2009, S. 374) einseitig Brasiliens Unabhängigkeit aus, wodurch die über dreihundertjährige Kolonialgeschichte Brasiliens ein Ende nahm (vergl. König 2009, S. 373 f).

Aufgrund der enormen Größe des Landes und um sich von König Johann VI zu unterscheiden, wurde Dom Pedro am 1. Dezember desselben Jahres als Brasilianischer Kaiser Pedro I gekrönt (vergl. König 2009, S. 374). Die durchaus mächtige Position des Kaisers, dem durch die Verfassung ein Vetorecht in der Gesetzgebung gegenüber dem Parlament und das Recht, selbiges aufzulösen, zukam, wurde von Brasiliens Elite toleriert, da man sich daraus politische Stabilität und Wirtschaftswachstum erhoffte (vergl. König 2009, S. 375).

Die Person des Kaisers und die Monarchie sollten das große Kaiserreich in der Tat während 67 Jahren, nämlich bis 1889, als einheitserhaltende und stabilisierende Faktoren aufrechterhalten (vergl. König 2009, S. 375 f). Es muss jedoch festgestellt werden, dass die Unabhängigkeit Brasiliens vom Mutterland Portugal keinerlei Auswirkungen auf die soziale Schichtung des Landes hatte (vergl. König 2009, S. 376). Vor allem die Sklaverei, unter der 1,2 Millionen Afrikaner, ein Drittel der Einwohner Brasiliens, zu leiden hatten, sollte auch noch in den nächsten Jahrzehnten das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem Brasiliens gewährleisten.

Außerdem war mit Freiheit nicht gleichzeitig Gleichheit verbunden. Nach wie vor lebte in Brasilien eine kleine weiße Elite, vor allem Großgrundbesitzer und Händler, neben Massen an landlosen Arbeitern. Die einzige gesellschaftspolitische Änderung, die mit der Unabhängigkeit von Portugal einherging, war jene, dass nun Brasiliens Oberschicht endlich statt der Portugiesen selbst die hohen Posten in Politik und Verwaltung einnehmen konnte (vergl. ebenda).

III. 5. Vom Kaiserreich zur Republik

Vor allem während der fünfzigjährigen Regentschaft des Sohns von Dom Pedro I, Dom Pedro II, konnte sich Brasilien nicht nur innerlich konsolidieren, sondern es wurde gleichzeitig auch immer reicher und verschaffte sich Respekt auf dem internationalen Parkett (vergl. Zweig 1997, S. 76). Das bereits oben angeschnittene Problem der Sklaverei

und der damit einhergehende Konflikt zwischen Sklavenhändlern, Großgrundbesitzern, Industriellen und anderen Befürwortern einerseits und den Gegnern der Sklaverei, zu denen auch Dom Pedro II gehörte, andererseits hing jedoch konstant wie ein Damoklesschwert über Brasiliens Gesellschaft und Wirtschaft (vergl. Zweig 1997, S. 76 ff). Dem Kaiser, einem aufgeklärten und liberalen Intellektuellen, der jeden, der mit dem Sklavenhandel Geld verdiente, mit Verachtung bestrafte, war der Sklavenhandel ein Greuel und noch vielmehr die Tatsache, der Herrscher des letzten Weltreiches zu sein, in dem die Sklaverei nach wie vor geduldet wurde.

Einem Land, in dem die gesamte Landwirtschaft und Industrie auf der Sklaverei beruhten, drohte jedoch tatsächlich der wirtschaftliche Kollaps, wenn diese mit einem Federstrich abgeschafft werden würde. Dennoch wurde der langersehnte Wunsch Dom Pedros II und jener der Abolitionisten am 13. Mai 1888 in die Realität umgesetzt. Per Gesetzesbeschluss mussten alle Sklaven Brasiliens unverzüglich freigelassen werden. Tatsächlich wurde Brasilien von einer Krise heimgesucht, die noch schwerer war als manche befürchteten. Mit der einsetzenden Landflucht wussten viele Plantagenbesitzer nicht mehr, wie sie ihre Felder bewirtschaften sollten. Außerdem erhielten die ehemaligen Eigentümer der Sklaven keine oder keine ausreichende Entschädigung für das verlorene „Kapital“.

Durch diese Unzufriedenheit und die damit einhergehenden Unruhen bekamen die republikanischen Strömungen innerhalb Brasiliens neuen Aufwind. Ein Staatsstreich durch wenige Militärs wird vom bereits alten, kranken und langgedienten Kaiser ohne männlichen Thronfolger und ohne große Bereitschaft Widerstand zu leisten zur Kenntnis genommen. Mangels entsprechender Reaktion seitens des Kaiserhauses geht das Kaiserreich, so unblutig wie es auch aufgekommen war, zu Ende. Am 17. November 1889 kehrt Dom Pedro II Brasilien endgültig den Rücken (vergl. ebenda). Aus dem alten Kaiserreich war die föderalistische Republik der „Estados Unidos do Brasil“ (Zweig 1997, S. 81) geworden (vergl. ebenda sowie Zoller 2000, S. 215).

III. 6. Die Erste Republik (1889-1930)

Brasilien erhielt durch seine neue Verfassung eine eindeutig weniger zentralisierte Struktur als während des Kaiserreichs (vergl. Zoller 2000, S. 216). Der neue Name Brasiliens, „Republica dos Estados Unidos do Brasil“ (ebenda), lässt es bereits erahnen: Denn diese neue Verfassung orientierte sich in erster Linie an jener der Vereinigten Staaten von Amerika. Brasiliens Provinzen wurden zu Teilstaaten, zwanzig an der Zahl, denen weit mehr Kompetenzen, zum Beispiel Steuern und ein eigenes Militär, zukamen als zuvor. Neben der Judikative, dem Obersten Gerichtshof, der Legislative, bestehend aus Abgeordnetenhaus sowie Senat und dem Präsidenten mit Exekutivgewalt, fand eine vierte Gewalt, wie sie der Kaiser in Form des *poder moderador*, also einer „ausgleichende[n] Macht“ (ebenda) besaß, in der neuen Verfassung keine Berücksichtigung. Diese „Aufgabe“ wurde - übrigens genauso wenig verfassungsrechtlich vorgesehen - immer wieder durch das Militär übernommen (vergl. ebenda).

Die wirtschaftlich und politisch aufstrebenden Staaten der jungen Republik waren Sao Paulo, der durch Kaffeeplantagen reich wurde, und Minas Gerais, der durch Viehwirtschaft große Bedeutung erlangte (vergl. Zoller 2000, S. 220). Die Politik Brasiliens wurde zwischen dem jeweiligen Präsidenten und den Gouverneuren der bedeutendsten Bundesstaaten abgesprochen, wodurch sich beide Seiten ihre Machtpositionen absicherten (vergl. ebenda).

III. 6. 1. Die Außenpolitik der ersten Republik

In der Außenpolitik der jungen Republik wurde der Fokus auf die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika gelegt (vergl. Zoller 2000, S. 221). Während die Außenpolitik Brasiliens gegenüber den USA und Europas Großmächten im 19. Jahrhundert defensiv war, war jene gegenüber den Nachbarstaaten in der La-Plata-Region eher offensiv (vergl. Zoller 2000, S. 221 f). Unter Baron von Rio Branco, dem brasilianischen Außenminister von 1902 bis 1912, wurden alle Grenzstreitigkeiten, außer jener mit Britisch Guyana, im Sinne Brasiliens gelöst sowie der Schwerpunkt der Außenbeziehungen, den Außenhandelsverhältnissen entsprechend, von Europa auf die

USA verlegt (vergl. Zoller 2000, S. 222). Immerhin, die Vereinigten Staaten waren bereits seit 1865 der größte Importeur von brasilianischem Kaffee (vergl. ebenda).

Außerdem betrachtete sich Brasilien als Pendant zu den USA innerhalb Südamerikas, weshalb der *Itamaraty*, das brasilianische Außenministerium, bestrebt war, in dieser Region eine hegemoniale Position, wie sie die Vereinigten Staaten in der Karibik und in Mittelamerika innehatten, einzunehmen (vergl. Zoller 2000, S. 222). Aufgrund der Tatsache, dass die Vereinigten Staaten zur Weltmacht aufgestiegen waren, versuchte Brasilien durch intensive wirtschaftliche und politische Beziehungen zu den USA das eigene politische Gewicht zu erhöhen (vergl. Zoller 2000, S. 221 sowie 223 f). Den USA kam diese Politik insofern entgegen, da sie sich mit ihrer „*big-stick*-Politik“ (Zoller 2000, S. 224, Unterstr. i. Original) als selbsternannte Weltpolizei nicht sehr beliebt unter den übrigen Staaten Lateinamerikas machten (vergl. Zoller 2000, S. 223 f). Gleichzeitig versuchte Brasilien gemeinsam mit Chile und Argentinien in Form des ABC-Staatenbundes die Dominanz der Vereinigten Staaten in ganz Lateinamerika abzuschwächen (vergl. ebenda).

III. 6. 2. Die Wirtschaft in der ersten Republik

Während der ersten Republik wuchs Brasiliens Wirtschaft unregelmäßig aber stetig (vergl. Zoller 2000, S. 224). Vor allem der Bundesstaat Sao Paulo und die dort ansässige Kaffeeproduktion sowie die beginnende Industrialisierung, allen voran der Stadt Sao Paulo, waren hierbei ausschlaggebend (vergl. ebenda). Die Schwachpunkte der brasilianischen Binnenwirtschaft waren jedoch, dass diese unter den teils extremen Außenhandelschwankungen litt, sowie die Inflation, wodurch die Rückzahlung der Auslandsschulden immer schwerer wurde (vergl. Zoller 2000, S. 224 ff). Nicht nur einmal sollte Brasiliens Währung und Wirtschaft durch teure Umschuldungen vor dem Zusammenbruch gerettet werden (vergl. Zoller 2000, S. 226).

Bestimmend für Brasiliens Wirtschaft während der Ersten Republik war weiterhin die Produktion von Kaffee und dessen Export (vergl. Zoller 2000, S. 227). Die immer weiter steigende Kaffeeproduktion war nicht zuletzt auf Brasiliens Stabilisierungspolitik

zurückzuführen (vergl. Zoller 2000, S. 228). Um den Kaffeepreis auf einem bestimmten Niveau zu halten, nahmen Bundestaaten, die durch den Kaffee groß geworden waren, wie beispielsweise Sao Paulo oder Rio de Janeiro, teilweise auch die Zentralregierung mit Hilfe von Auslandskrediten den überschüssigen Kaffee vom Markt (vergl. Zoller 2000, S. 227). Zwischen 1927 und 1929 konnten nur mehr zwei Drittel des brasilianischen Kaffees am Weltmarkt abgesetzt werden (vergl. Zoller 2000, S. 228). Somit brach die Stabilisierungspolitik während der Weltwirtschaftskrise von 1929 in sich zusammen (vergl. Zoller 2000, S. 228).

Die Rohstoffproduktion Brasiliens orientierte sich immer wieder am Weltmarkt (vergl. Zoller 2000, S. 229). War im 16. Jahrhundert noch Brasilholz das wichtigste Exportgut, so wurden es später Zucker, Gold, dann Kaffee und neben diesem, vor allem am Beginn des 20. Jahrhunderts sowie während des Zweiten Weltkrieges, Kautschuk (vergl. Zoller 2000, S. 228 f). Durch die schrittweise Urbanisierung und Industrialisierung sowie die Weiterentwicklung der Infrastruktur orientierte sich die brasilianische Wirtschaft im Laufe des 20. Jahrhunderts jedoch immer mehr am Binnenmarkt (vergl. Zoller 2000, S. 229). Bildete im Jahr 1900 der Export noch einen Anteil von 18,6% am Bruttoinlandprodukt, waren es 1998 nicht einmal mehr sieben Prozent (vergl. Zoller 2000, S. 230). 1950 waren noch 60% der wirtschaftenden Bevölkerung im Agrarsektor tätig, 1970 nur mehr 44% (vergl. ebenda).

Für die Weiterentwicklung von Brasiliens Infrastruktur und Wirtschaft spielten ausländische Investoren eine wesentliche Rolle (vergl. Zoller 2000, S. 232). In Brasilien betragen die Auslandsinvestitionen im Jahr 1913 schätzungsweise 2,5 Milliarden US-Dollar (vergl. Zoller 2000, S. 233). Dies waren 30% der Auslandsinvestitionen in ganz Lateinamerika. Die Investitionsströme entsprachen immer mehr den Außenhandelsbeziehungen. Während 1913 aus den Vereinigten Staaten 50 Millionen US-Dollar, jedoch aus Großbritannien 1,16 Milliarden US-Dollar an Investitionen flossen, waren es 1929 bereits 476 Millionen US-Dollar aus den USA und 1,4 Milliarden US-Dollar aus Großbritannien (vergl. ebenda).

Dennoch war es auch das Jahr 1929 und die mit diesem einhergehende Weltwirtschaftskrise, die die Erste Republik zu Fall brachten (vergl. Zoller 2000, S. 240).

Ein Kreditstopp aus den Vereinigten Staaten, der Exportzusammenbruch sowie der Kaffeepreisverfall und eine überbewertete Währung zwangen die Politik schließlich zur Neuorientierung. Manche Wirtschaftswissenschaftler, wie jene der CEPAL-Schule, betrachteten die Weltwirtschaftskrise als Wendepunkt für Brasilien, „an dem sich die Phase des Exports von Primärgütern dem Ende zuneigte“ (ebenda). Der CEPAL-Schule zufolge diente der Industrialisierungsprozess innerhalb Lateinamerikas bis 1930 vor allem der Exportausweitung, nach 1930 jedoch der Importsubstitution und dem Ausbau des Binnenmarktes (vergl. ebenda).

III. 6. 3. Das Ende der Ersten Republik

Die wirtschaftlichen Probleme sorgten auch innenpolitisch für Unruhe (vergl. Zoller 2000, S. 241 f). Obwohl der von Präsident Washington Luís auserwählte und unterstützte Nachfolger, der *paulista* (also aus Sao Paulo stammende) Júlio Prestes, die Wahlen am 1. März 1930 gewonnen hatte, erfolgte am 3. Oktober desselben Jahres seitens der Anhänger des Gegenkandidaten, Getúlio Vargas, ein Aufstand. Vargas war von jungen Intellektuellen favorisiert und unterstützt worden, die wiederum Verbindungen zur *tenente*-Bewegung¹⁷ hatten (vergl. ebenda). Außerdem führte Vargas auch die *Aliança Liberal*, eine Koalition von Unzufriedenen, an (vergl. ebenda; Jacob 1974, S. 223). Drei Wochen später wurde Präsident Washington Luís vom Oberkommando abgesetzt (vergl. Zoller 2000, S. 242). Durch die Unterstützung von jungen Offizieren und regionalen Oligarchen wurde Vargas im November 1930 Präsident. Dieses Amt sollte er insgesamt für 19 Jahre innehaben (vergl. ebenda).

¹⁷ Bei der *tenente*-Bewegung, die 1922 mit einer Revolte der Festung Copacabana in Rio aufkam, handelte es sich um revolutionäre, vorwiegend junge, Militärs, die vor allem gegen die dezentrale Politik der Regierung und die damit einhergehenden Folgen wie regionale ungleiche wirtschaftliche Entwicklungsstandards innerhalb Brasiliens auftraten (vergl. Zoller 2000, S. 238 ff). Die dadurch deutlich gewordene Spaltung innerhalb des Militärs blieb auch noch in den folgenden Jahrzehnten aufrecht (vergl. ebenda).

III. 7. Brasilien zwischen Erster Republik und Militärdiktatur (1930-1964)

Getúlio Vargas geht in Brasiliens Geschichte als „Diktator sui generis“ (Jacob 1974, S. 223) ein (vergl. Jacob 1974, S. 223 ff). 1934 ließ sich Vargas zwar zum Präsidenten wählen, jedoch verlängerte er seine Amtszeit verfassungswidrigerweise 1937 durch die Unterstützung des Militärs mit einem Staatsstreich, indem er den Kongress auflöste und Streiks verbot. Der „*Estado Novo*“ (Jacob 1974, S. 224) war geboren, ein Staat in dem sich Vargas acht Jahre ohne Parlament und mit Hilfe von Zensur in Medien und Kunst und mittels Dekreten an der Macht hielt.

Obwohl Getúlio Vargas anfangs mit den Achsenmächten sympathisierte, beteiligte sich Brasilien ab August 1942 am Krieg gegen das Deutsche Reich und Italien, womit sich Brasilien dem Druck seitens der Vereinigten Staaten beugte. Brasilien und Mexiko waren die einzigen lateinamerikanischen Staaten, die sich aktiv mit Streitkräften am Zweiten Weltkrieg beteiligten.

Nachdem 1945 Brasiliens Truppen zurückgekehrt waren, musste Vargas, vom Militär gezwungen, sein Amt niederlegen. Die Wahlen desselben Jahres gewann sein Herausforderer und ehemaliger Kriegsminister, General Gaspar Dutra. 1946 bekam Brasilien eine neue Verfassung, welche sich an jener des Jahres 1891 orientierte. Die mit dem Krieg erwirtschafteten Devisen wurden in die Industrialisierung des Landes investiert. Dieser Devisenvorrat war jedoch schnell aufgebraucht, womit die Inflation neuerlich einsetzte.

1947 brach Präsident Dutra die Beziehungen zur Sowjetunion ab, hingegen pflegte er jene zu Truman beziehungsweise den Vereinigten Staaten. Jedoch sollte seine Ära nach den Wahlen von 1950, aus denen erneut Getúlio Vargas als Sieger hervorging, bereits wieder zu Ende sein. Diese neuerliche Amtszeit jedoch sollte für Vargas nicht sehr erfolgreich verlaufen und dramatisch enden. Neben dem Zusammenbruch der Kaffeexporte und einer hohen Inflation gab es auch Korruptionsfälle unter seinen Regierungsmitgliedern. Die Verstaatlichung der Erdölindustrie sorgte ebenfalls nicht nur für Zustimmung unter der Bevölkerung. 1954 nahm sich Vargas schließlich das Leben, nachdem man ihn verdächtigte hatte, ein Attentat auf seinen schärfsten Gegner, den

Journalisten Carlos Lacerda, in Auftrag gegeben zu haben, was aber nie bewiesen werden konnte (vergl. Jacob 1974, S. 223 ff).

Nachdem Vizepräsident Café Filho das Präsidentenamt für ein gutes Jahr innegehabt hatte, gingen aus den Wahlen im Oktober 1955 Juscelino Kubitschek (PSD) als Präsident und Joao Goulart (PTB¹⁸) als Vizepräsident hervor (vergl. Jacob 1974, S. 229). Die Rechte innerhalb des Militärs bemühte sich, Kubitschek als Präsidenten zu verhindern, was aufgrund eines Gegenstaatstreuchs seitens General Teixeira Lott erfolglos blieb.

Anders als Vargas, zog Kubitschek ausländisches Kapital ins Land, besonders um Energiewirtschaft, Industrie und den Straßenbau voranzutreiben. Während das Industriedreieck bestehend aus Rio de Janeiro, Sao Paulo und Belo Horizonte mehr und mehr ausgebaut wurde, vernachlässigte Kubitschek jedoch den unterentwickelten Nordosten sowie die Sozialpolitik. Unerwähnt sollte auch nicht bleiben, dass die neue Hauptstadt Brasilia unter seiner Amtszeit gegründet wurde (vergl. ebenda).

Unter Kubitscheks Nachfolger Jânio Quadros, er war Kandidat der Opposition, kam der Weiterbau des „Projekts Brasilia“ unter seiner strengen Sparpolitik ins Stocken (vergl. Jacob 1974, S. 229 f). Quadros verfolgte außenpolitisch einen neutralen Kurs, indem er Brasiliens Unabhängigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten sowie der Sowjetunion deutlich machte (vergl. Jacob 1974, S. 230). Seitens Brasiliens bestand zwar die Bereitschaft, eine Zusammenarbeit mit der sogenannten „Allianz für den Fortschritt“¹⁹ einzugehen, Quadros verlangte jedoch „seriöse Angebote“ (Jacob 1974, S. 230) von US-Amerika (vergl. ebenda). Gleichzeitig pflegte er die Beziehungen zu kommunistischen Regimen, wie China oder Rumänien, und verlieh Che Guevara den höchsten brasilianischen Orden, den *Cruzeiro do Sul* (vergl. Jacob 1974, S. 230 f).

¹⁸ PSD: Partido Social-Democrático; PTB: Partido Trabalhista Brasileiro; bei beiden handelt es sich um getulistische Parteien (vergl. Jacob 1974, S. 252 sowie 229)

¹⁹ Allianz für den Fortschritt: engl. „Alliance for Progress“ wurde auf Initiative Präsident Kennedys als ein auf zehn Jahre angelegtes und im wesentlichen von den USA finanziertes Entwicklungsprogramm für Lateinamerika auf einem Sondertreffen des Interamerikanischen Wirtschafts- und Sozialrats 1961 gegründet. Ziel der Allianz war nach der von allen Mitgliedsländern der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) außer Kuba unterzeichneten Charta von Punta del Este die Beschleunigung der sozialen und ökonomischen Entwicklung und Integration des Subkontinents. Politisch als Reaktion auf die kubanische Revolution gedacht, führte die Allianz in den sechziger Jahren zu einer verstärkten ökonomischen Abhängigkeit Lateinamerikas von den USA [ö]% (http://www.wirtschaftslexikon24.net/d/allianz-fuer-den-fortschritt/allianz-fuer-den-fortschritt.htm)

Mit dieser Politik versuchte Quadros innerhalb der Linkskreise Anhänger zu gewinnen, was ihm jedoch nicht wirklich gelang (vergl. Jacob 1974, S. 231). Unerwarteterweise trat Quadros nach einem guten halben Jahr im Amt zurück, nachdem er sich scheinbar dem Druck konservativer Kreise hatte beugen müssen (vergl. Jacob 1974, S. 230 f).

Auch wenn große Teile der Militärführung und des Kongresses den linken Vizepräsidenten Joao Goulart als verfassungsmäßigen Nachfolger ablehnten, setzte sich dieser schließlich, nicht zuletzt durch die Hilfe linker militärischer Kreise, durch (vergl. Jacob 1974, S. 231). Nach Kubitschek und Quadros war Goulart bereits der dritte Präsident Brasiliens innerhalb des Jahres 1961. Unter Goulart schlitterte Brasilien schließlich in eine schwere Krise (vergl. Jacob 1974, S. 232). Die Lebenshaltungskosten stiegen, der Cruzeiro sank und die Exporte gingen zurück, soziale Unruhen nahmen zu (vergl. ebenda). Goulart ließ die Situation jedoch bewusst eskalieren (vergl. Jacob 1974, S. 232 f). Sein Ziel war es, „eine Gewerkschaftsrepublik mit uneingeschränkten Vollmachten für den Präsidenten“ (Jacob 1974, S. 233) zu installieren. Die Kapitalflucht stieg an. Manche US-amerikanische Unternehmen wurden enteignet. Mitte März des Jahres 1964 begann sich Widerstand gegen Goularts Linksregierung zu organisieren (vergl. ebenda). Am 31. März desselben Jahres wurde Präsident Goulart durch einen unblutigen Putsch vom Militär abgesetzt (vergl. König 2009, S. 678). Die Phase der brasilianischen Militärdiktatur hatte damit ihren Anfang genommen (vergl. König 2009, S. 678 ff).

III. 8. Brasiliens Militärdiktatur (1964-1985)

„Generalstabschef Humberto Castelo Branco übernahm die Macht“ (König 2009, S. 679). Die Militärs installierten mit Hilfe von „Institutionellen Akten“ (ebenda), mit denen sie die Verfassung nach ihren Interessen und machtpolitischen Vorstellungen modifizierten, ein autoritäres Regime, das vor allem ab 1968 zu einer brutalen, repressiven Militärdiktatur wurde. 1965 wurden die damals existierenden Parteien verboten und durch die Regierungspartei „Allianz der Nationalen Erneuerung“ (*Aliança Renovadora*

Nacional, ARENA) und die „offizielle“ (ebenda)Oppositionspartei „Brasilianische Demokratische Bewegung“ (*Movimento Democrático Brasileiro*, MDB) ersetzt. Egal wie die Wahlen ausgingen, das Parlament wurde stets zu zwei Dritteln mit ARENA-Abgeordneten und zu einem Drittel mit MDB-Abgeordneten besetzt. Die Präsidentschaftswahlen und jene des Vizepräsidenten sowie der Gouverneure waren fortan indirekt (vergl. ebenda). Nachdem der MDB-Abgeordnete Moreira Alves die brasilianische Armee und Polizei öffentlich beschuldigt hatte, politische Gefangene zu foltern, und sich keine Mehrheit im Parlament gefunden hatte, Moreira Alves Immunität aufzuheben, wurde 1968 schließlich der Kongress für fast ein Jahr entlassen, (vergl. König 2009, S. 679 f). Mit demselben Institutionellen Akt Nr. 5 wurden gleichzeitig auch die Persönlichkeitsrechte abgeschafft (vergl. König 2009, S. 680). Brasilien mutierte während der Militärdiktatur zu einem „Terrorstaat“, in dem das Regime politische Gegner verschwinden ließ, folterte und tötete (vergl. König 2009, S. 680 sowie 686). Die Opposition, die in den Untergrund flüchten musste, antwortete teilweise auch mit Terror, wie mit Entführungen von Diplomaten, um politische Gefangene freizupressen (vergl. König 2009, S. 681). Zu den bedeutendsten Guerillabewegungen zählten unter anderem die „Nationale Befreiungsaktion“ (*Accao Libertadora Nacional*, ALN)oder die „Revolutionäre Avantgarde des Volkes“ (*Vanguardia Popular Revolucionária*, VPR) (vergl. ebenda). Auch einige Bischöfe und Priester scheuten die Gefahr nicht, Herrschaft der Militärs sowie deren Politik zu kritisieren (vergl. König 2009, S. 681 f).

Brasiliens Militärdiktatur diente schließlich als Vorbild für andere lateinamerikanische Militärs (vergl. König 2009, S. 682). Dies ist nicht zuletzt auf den *milagre econômico*, das brasilianische Wirtschaftswunder zwischen 1969 und 1974, zurückzuführen. In dieser Phase wuchs Brasiliens Volkswirtschaft um mehr als 10% pro Jahr. Die Inflation verringerte sich von 80% auf 20%. Exportierte Brasilien 1968 noch Güter im Wert von 2,7 Milliarden US-Dollar, waren es 1973 bereits 6,2 Milliarden US-Dollar. Auch ausländische Investoren brachten wieder mehr Geld nach Brasilien und förderten allen voran die chemische Industrie, den Maschinen- und Fahrzeugbau sowie die Elektrotechnik und die Metallverarbeitung. Diese Wirtschaftssparten wurden vom brasilianischen Militärregime besonders forciert (vergl. ebenda). Während der 1970er Jahre lag der Fokus innerhalb der brasilianischen Industrialisierungspolitik auf Importsubstitution im Bereich der Kapitalgüterindustrie sowie auf dem intensiven Nutzen von Nuklearenergie und anderer

Technologien (vergl. König 2009, S. 682 f). Der Substitution des Konsumgüterimports wurde in dieser Phase weit weniger Aufmerksamkeit geschenkt (vergl. ebenda). Zu verdanken war dieser Wirtschaftsboom jedoch einer hohen Auslandsverschuldung, geringen Löhnen, die mit der Einschränkung der Rechte der Gewerkschaften sowie strengen Lohnkontrollen einhergingen, wie auch der Förderung von internationalen und nationalen Großunternehmen (vergl. König 2009, S. 683).

Ab dem Jahr 1974 flaute die Wirtschaft Brasiliens teils wegen der ersten Ölkrise, aber auch wegen der hohen Auslandsschulden ab, weshalb das Militärregime immer mehr unter Druck geriet und sich schließlich Schritt für Schritt der Demokratie annäherte (vergl. ebenda). 1979 kehrte das Land zu einem Mehrparteiensystem zurück, wobei ein vom Militär erhoffter Zerfall der Opposition ausblieb (vergl. König 2009, S. 683 f). 1982 kam es zu ersten einigermaßen freien Wahlen bei denen ARENA - mittlerweile *Partido Democrático Social* (PDS) - trotz Wahlfälschungen ihre Mehrheit verlor (vergl. König 2009, S. 684). Eine direkte Präsidentschaftswahl wurde trotz Großdemonstrationen jedoch nicht zugelassen, stattdessen gab es ein Wahlmännersystem (vergl. ebenda). Nachdem der Sieger der Wahlen vom Jänner 1985, Tancredo Neves von der ehemaligen offiziellen Oppositionspartei MDB - mittlerweile *Partido do Movimento Democrático Brasileiro* (PMDB) -, vor Antritt des Präsidentenamtes verstorben war, folgte Vizepräsident José Sarney vom PDS als Nachfolger (vergl. König 2009, S. 683 f). Der Wechsel zur Zivilregierung unter der Kontrolle des Militärs stand daher „auf wackligen Beinen“, denn Sarney hatte weder ein persönliches Mandat noch starken politischen Rückhalt (vergl. König 2009, S. 684). Daher war seine gesamte Amtszeit bis 1988 politisch instabil (vergl. ebenda).

III. 8. 1. Wirtschaftliche Folgen der Militärdiktatur

Während der Militärdiktatur hat sich Brasiliens Wirtschaft stark verändert. Nahm Brasilien im Jahr 1964 noch Platz 48 in der Welt ein, wenn es um das Sozialproduktvolumen ging, so lag es diesbezüglich im Jahr 1985 auf Platz acht und war somit eine der stärksten Volkswirtschaften der Welt geworden (vergl. König 2009, S. 684). Die brasilianische Landwirtschaft trug 1950 ca. 24 % und die Industrie nicht ganz 25

% zum Bruttoinlandsprodukt Brasiliens bei (vergl. König 2009, S. 685); in den 1980er Jahren hatte die Landwirtschaft nur noch einen Anteil von 10 %, wogegen der Industriesektor seinen Anteil am Bruttoinlandsprodukt auf über 40 % erhöht hatte.

Dieser wirtschaftliche Entwicklungsschub ging jedoch mit einer extremen Auslandsverschuldung einher. So wuchs die Gesamtverschuldung zwischen 1970 und 1985 von 5,1 Milliarden US-Dollar auf 105,5 Milliarden US-Dollar an. Außerdem fand bei dieser Wirtschaftspolitik der Militärs eine entsprechende Sozialpolitik im Sinne von Armutsbekämpfung keine Berücksichtigung. Denn während die kleine Oberschicht Brasiliens immer mehr am nationalen Einkommen teilhatte, schwand der Anteil der ärmeren Hälfte des Landes in der Zeit von 1960 bis 1980 von 17,7 % auf 13,4%. Waren zwischen 1961 und 1963 bereits 38 % der Brasilianer unterernährt, so betrug dieser Wert zwischen 1974 und 1975 67 % und betrug 1984 immer noch 65% (vergl. ebenda).

Hinzu kommt, dass die Militärdiktatur die brasilianische Gesellschaft nicht zuletzt durch ihre Verbrechen an politischen Gegnern, wie Entführungen, Folter und Mord, stark polarisierte und diese „innerbrasilianischen Gräben“ zusätzlich durch die Durchsetzung von Selbstamnestiegesetzen, nachdem das Land bereits zur Demokratie zurückgekehrt war, weiter vertiefte (vergl. König 2009, S. 685 f).

III. 9. Brasilien nach der Militärdiktatur

III. 9. 1. Die neue Verfassung von 1988 und Fernando Collor de Mello (1990-1992)

Neben der politischen Instabilität war Sarneys Amtszeit auch von erfolglosen Währungs- und Wirtschaftsstabilisierungsversuchen geprägt (vergl. König 2009, S. 684; Zoller 2000, S. 300 f). Eine wesentliche Errungenschaft dieser Zeit war jedoch die neue Verfassung Brasiliens von 1988 (vergl. Zoller 2000, S. 301). Diese schränkte die Regierung in ihrer Macht ein und baute jene des Parlaments und der Justiz aus. Besonders hervorgehoben sei auch die Umweltschutzverfassung, die Naturräume, wie das Amazonasgebiet oder Mata Atlántica, unter staatliche Aufsicht stellte und die 215 indigenen Völker sowie

deren Lebensraum und Kultur schützen sollte. Gleichzeitig regelte die neue Verfassung akribisch alle Lebensbereiche, wodurch sie ironischerweise lebensfern und wenig praktikabel wurde (vergl. ebenda). Außerdem handelte es sich insofern um eine „schwache“ Verfassung mit provisorischem Charakter, als dass sie nur für fünf Jahre gültig war und für ihre Revision eine einfache Stimmenmehrheit im Nationalkongress genügte (vergl. Zoller 2000, S. 301).

Bei den ersten freien und direkten Präsidentschaftswahlen seit Beginn der Militärdiktatur, welche 1989 stattfanden, gewann knapp Fernando Collor de Mello, der Kandidat der Mitte-Rechts-Koalition bestehend aus dem *Partido do Movimento Democrático Brasileiro* (PMDB) sowie dem *Partido Democrático Social*(PDS) und dem *Partido da Frente Liberal*(PFL), gegen den ehemaligen Metallarbeiter Luiz Inácio „Lula“ da Silva vom *Partido dos Trabalhadores* (PT) (vergl. Schmalz/Ebenau 2011, S. 52 f; Zoller 2000, S. 302; <http://www.pt.org.br/>). Collor de Mello verfolgte während seiner Amtszeit von 1990 bis 1992 einen neoliberalen Kurs, der mit einem Privatisierungsschub sowie einer schnellen Außenöffnung, der sogenannten „Collorstroika“ (Vizentini 2003, S. 88 zit. nach Schmalz/ Ebenau 2011, S. 53), einherging (vergl. Schmalz/ Ebenau 2011, S.53). Durch das massive Senken der Außenzölle war die brasilianische Wirtschaft verstärkt der Konkurrenz aus dem Ausland ausgesetzt. Während der *Collorstroika* stand Brasilien den USA außenpolitisch sehr nahe. Brasilien zeigte sich innerhalb der Uruguay-Runde des GATT kooperativer als zuvor und stand einer Gründung der WTO nicht länger im Wege.

Das brasilianische Großbürgertum wehrte sich teilweise gegen die radikale Marktöffnung und Collor de Mello fand auch innerhalb der Mittelschicht keinen Rückhalt mehr, nachdem Spareinlagen im Wert von ca. 2500 Euro aufgrund eines ohnehin erfolglosen Inflationsbekämpfungsprogramms von der Regierung eingefroren worden waren (vergl. ebenda). Schließlich entwickelte sich somit eine Bewegung, der es gelang, ein Amtsenthebungsverfahren gegen Collor de Mello, dem außerdem Korruption vorgeworfen wurde, durchzusetzen (vergl. Schmalz/ Ebenau 2011, S. 54). Im Frühjahr des Jahres 1992 übernahm daher Vizepräsident Itamar Franco das Amt, welcher der vorherrschenden neoliberalen Politik kurzzeitig eine Absage erteilte.

III. 9. 2. Fernando Henrique Cardoso (1995-2002)

Der damalige Finanzminister Cardoso schlug aber spätestens ab dem Jahr 1994 wieder einen neoliberalen Regierungskurs ein. Durch die Einführung des Real als neue Währung Brasiliens im selben Jahr lag nicht nur die Inflation auf einem historisch niedrigem Niveau, sondern es konnte durch dessen Überbewertung mittels Dollarkoppelung auch die Kaufkraft der unteren und mittleren Bevölkerungsschichten erheblich gesteigert werden. Dadurch waren innerhalb kürzester Zeit statt 41,7 % der Brasilianer „nur“ noch 33,9 % von absoluter Armut betroffen. Diese währungspolitischen Maßnahmen wirkten sich unmittelbar auf das Präsidentschaftswahlergebnis des Oktober 1994 aus, bei dem Cardoso gegenüber Lula als eindeutiger Sieger hervorging (vergl. ebenda). Der Name der von Cardoso - einer der wichtigsten Vertreter der Dependencia-Theorien²⁰ - 1988 gegründeten Partei *Partido da Social Democracia Brasileira* (PSDB) soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass Cardoso Kandidat einer Mitte-Rechts-Koalition bestehend aus PSDB, PMDB, PTB, PPB und PFL war (vergl. Zoller 2000, S. 308 f; <https://www2.psdb.org.br/>). Seine erste Amtszeit war vor allem durch Privatisierungen von Staatsbetrieben wie der brasilianischen Telefongesellschaft *Telebrás* geprägt, durch deren Devisenerlöse Cardosos Stabilisierungspolitik fortgesetzt werden konnte (vergl. Zoller 2000, S. 309 f).

1997 wurde der Atomwaffensperrvertrag von Brasilien unterzeichnet (Zoller 2000, S. 310). Damit sollte Brasiliens Bestreben, einen ständigen Sitz innerhalb des UN-Sicherheitsrats zu erhalten, deutlich gemacht werden (vergl. ebenda). Brasilien war bereits öfter Mitglied im Sicherheitsrat als alle anderen Länder, die sich für einen nichtständigen Sitz bewarben (vergl. Barrios 1999, S. 114). Dies ist unter anderem auf seine besondere Bedeutung im Dialog zwischen der nördlichen und südlichen Hemisphäre zurückzuführen (vergl. ebenda).

Im Rahmen des MERCOSUL kam es unter Cardoso zu einer Intensivierung der Handelsbeziehungen zu Argentinien (vergl. Zoller 2000, S. 310). Dieses wirtschaftliche Zusammenrücken kam jedoch durch die Abwertung des Real im Jahr 1999 und den weiterhin an den Dollar gekoppelten argentinischen Peso ins Stocken (vergl. ebenda).

²⁰ Siehe auch Cardoso, Fernando Henrique / Faletto, Enzo, 1976, *Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main

Cardoso öffnete das Land jedoch auch gegenüber anderen Handelspartnern (vergl. Schmalz/ Ebenau 2011, S. 55 f). Erstmals seit 1962 hatte Brasilien aufgrund des *Plano Real* zwischen 1995 und 2000 eine negative Handelsbilanz aufzuweisen. Betrug die Importzölle 1988 im Durchschnitt 41%, waren es 1998 nur noch an die 16,7 % (vergl. ebenda). Außerdem wurden unter Cardoso Verhandlungen über die panamerikanische Freihandelszone *Área de Libre Comercio des las Américas* (ALCA), bei denen vor allem US-Kapitalinteressen im Vordergrund standen, fortgesetzt sowie jene über das EU-MERCOSUL-Assoziierungsabkommen im Jahr 1999 aufgenommen (vergl. Schmalz/ Ebenau 2011, S. 56).

1998 schien der brasilianische Real noch stabil zu sein (vergl. Zoller 2000, 313). Immerhin war die Inflation von 1995 bis 1998 von hohen 15 % auf geringe zwei Prozent geschrumpft. Doch der Schein trog. Der nach Schätzungen bis zu 40 % überbewertete Real musste während der Krise von 1997 beziehungsweise 1998 mit Hilfe von Milliarden an Dollars in Form von Währungsreserven vor dem Zusammenbruch gerettet werden. Ein solcher „Einsturz“ der Währung sollte zumindest vor der Präsidentschaftswahl am 4. Oktober 1998, bei der Cardoso erneut antrat, vermieden werden. Während Cardosos zweiter Amtszeit konnte der Kurs des Real nicht viel länger gestützt werden. Auch eine Finanzspritze des Internationalen Währungsfonds in Höhe von 41,5 Milliarden US-Dollar im November 1998 konnte nicht verhindern, dass der Real zwei Monate später mehr als 40 % seines Außenwertes verlor. Cardosos Beliebtheitswerten unter der brasilianischen Bevölkerung erging es ähnlich (vergl. ebenda). Die Regierungskoalition blieb dennoch bis Beginn des Jahres 2002 stabil (vergl. Schmalz / Ebenau 2011, S. 57). Immerhin stellte die Koalition sechs Jahre lang drei Viertel der Abgeordneten des Repräsentantenhauses, weshalb sogar eine Verfassungsänderung, um Cardoso für eine zweite Amtszeit wiederwählen zu können, ohne Schwierigkeiten realisiert werden konnte (vergl. ebenda).

Zu den Gewinnern der Ära Cardoso zählten zweifelsohne jene, die über ausreichend Kapital verfügten und entsprechende Möglichkeiten hatten, die internationalen Finanzmärkte für sich zu nutzen (vergl. Schmalz / Ebenau 2011, S. 56 f). Die Bildungspolitik konnte Erfolge im Ausbau der öffentlichen Grundschulausbildung verbuchen. Außerdem konnte die Kindersterblichkeit gesenkt werden (vergl. ebenda). Auch viele privatisierte Betriebe, zum Beispiel der im Bergbau tätige Konzern Vale sowie

der Flugzeugproduzent Embraer, schafften eine erfolgreiche Weltmarktetablierung (vergl. Schmalz/ Ebenau 2011, S. 57). Dennoch stiegen die Arbeitslosigkeit sowie die Kriminalität unter Cardoso stark an (vergl. Schmalz/ Ebenau 2011, S. 56). Ideologisch wären Cardoso und seine Regierung mit der Politik Blairs oder Schröders, den bekanntesten Sozialdemokraten „des Dritten Wegs“ (Schmalz/ Ebenau 2011, S. 57), vergleichbar (vergl. ebenda).

III. 9. 3. Luiz Inácio Lula da Silva

Bei den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2002 gelang es Lula schließlich doch mit 61,3% ins Amt gewählt zu werden (vergl. Schmalz/ Ebenau 2011, S. 59). Dieses eindeutige Votum war einerseits auf das Fehlen einer vertrauenserweckenden bürgerlichen Alternative zurückzuführen, andererseits auf die klassenübergreifende Allianz von Verlierern des Neoliberalismus, die Lula mit seinem Wahlprogramm bildete. Jene, die nicht von der neoliberalen Politik Cardosos profitierten, waren sowohl in der Arbeiterschaft als auch in der Mittelklasse sowie in der binnenmarktorientierten Industrie zu finden (vergl. ebenda).

In Lulas erster Amtsperiode waren er und sein Kabinett, das teilweise Mitglieder aus dem Großbürgertum, zum Beispiel aus dem Agrobusiness, enthielt, aufgrund von internationalen Verträgen aus Cardosos Regierungszeit zu einer Fortsetzung der neoliberalen Wirtschaftspolitik verpflichtet (vergl. Schmalz/ Ebenau 2011, S. 60). Zusätzlich konnten die traditionellen brasilianischen Eliten durch diese Regierungszusammensetzung ihren Einfluss aufrechterhalten.

Ein weiterer Schwachpunkt war, dass Lulas Regierungskoalition, bestehend aus PT, PL (*Partido Liberal*) sowie den Kommunisten, keine Mehrheit im Parlament hatte, weshalb immer wieder Kompromisse mit Oppositionsparteien notwendig waren und letztendlich der PMDB in die Koalition aufgenommen wurde (vergl. ebenda).

Mit Lulas Regierungsantritt im Jahr 2003 gingen jedoch zwei wesentliche Kursänderungen einher (vergl. Schmalz/ Ebenau 2011, S. 61). Brasilien orientierte sich außenpolitisch deutlich um, indem es beispielsweise den Irak-Krieg 2003 eindeutig

ablehnte. Der Itamaraty, Brasiliens Außenministerium, setzte vor allem eine Neuorientierung in der Außenwirtschaft durch und vertiefte die Beziehungen zu anderen Schwellenländern wie Indien oder China.

Noch größere Reformen sind unter Lulas Regierung in der Sozialpolitik erkennbar (vergl. ebenda). Dies bezeugt schon die Gründung des neuen Ministeriums für Soziale Entwicklung und den Kampf gegen Hunger (*Ministério do Desenvolvimento Social e Combate à Fome*) (vergl. Haddad 2009, S. 187). Die einzelnen Sozialmaßnahmen der Regierung Cardoso wurden intensiviert und ausgeweitet (vergl. Schmalz/ Ebenau 2011, S. 61). Eines der bekanntesten und wichtigsten Programme Lulas ist die *Bolsa Familia*, welche einkommensschwachen Familien direkte finanzielle Unterstützung gewährt, wenn sich diese bereit erklären, ihren Kindern eine grundlegende Gesundheitsversorgung sowie eine kontinuierliche Schulbildung zu gewährleisten (vergl. Haddad 2009, S. 187). Im Jahr 2005 wurden über 21 Prozent des Bundesbudgets für Wohlfahrtsprogramme verwendet. Im Vergleich dazu wurden 1987 lediglich geringe drei Prozent des Budgets dafür ausgegeben (vergl. ebenda). Neben einer Formalisierung der Arbeitsverhältnisse realisierte da Silvas Regierung außerdem eine Anhebung der realen Mindestlöhne um ein Drittel (vergl. Schmalz/ Ebenau 2011, S. 61). Trotz dieser neuen vor allem außen- und sozialpolitischen Einflüsse „blieben die Grundzüge der zentralen wirtschaftspolitischen Ausrichtung erhalten“ (Schmalz/ Ebenau 2011, S. 62). So waren beispielsweise die Zentralbank, das Finanzministerium oder das Landwirtschaftsministerium fest in der Hand von Vertretern der Interessen des Finanzsektors, exportorientierter Unternehmer oder anderer neoliberaler Kräfte (vergl. ebenda).

2006 wurde Lula da Silva erneut mit großer Mehrheit zum Präsidenten gewählt (vergl. Rocha 2010). Nicht zuletzt war es dem Programm *Bolsa Familia* zu verdanken, dass da Silva so großen Rückhalt von Seiten der Ärmsten bekam. Der soziale Mix unter Lulas Wahlklientel war diesmal noch extremer als bei seiner ersten Wahl im Jahr 2002. Denn selbst die Mehrheit der Oberschicht wählte da Silva (vergl. ebenda). Unter Lulas Amtszeit kam daher ein Bündnis zustande, das - laut dem brasilianischen Politologen Armando Boito jr. - „auf zunächst paradox erscheinende Weise die beiden Extreme der brasilianischen Gesellschaft miteinander verband“ (Boito jr., Armando, 2006, *As relações*

de classe na nova fase do neoliberalismo no Brasil, in: Gerardo Caetano, Sujetos sociales y nuevas formas de protesta en la historia reciente de América Latina, Consejo latinoamericano de ciencias sociales, Buenos Aires zit. nach Rocha 2010).

Doch dieses Bündnis brachte Lula da Silva auch einiges an Kritik ein (vergl. Rocha 2010). So entsprach Lula den Rückzahlungsforderungen des IWF mehr als Brasilien dazu verpflichtet war²¹, was jedoch mit einer starken Inlandsverschuldung einherging. Denn Brasiliens Staatsobligationen werfen weltweit die höchsten Zinssätze ab, weshalb 2009 ganze 5,4 % des Bruttoinlandsprodukts an die Anleihenbesitzer flossen, was wiederum dreizehnmal mehr ist als die staatlichen Ausgaben für Sozialprogramme (vergl. ebenda).

Auch was den Kampf gegen Armut betrifft, muss festgestellt werden, dass zwar die Lohnunterschiede abgenommen haben, jedoch konnten auch unter Lula jene, die Kapital beispielsweise in Form von Boden oder Aktien innehatten, ihre finanzielle Lage damit deutlich stärker verbessern als jene, die ihren Lebensunterhalt durch Arbeit ohne Kapitaleinsatz bestritten (vergl. Rossi 2010). Insgesamt sei der Rückgang der sozialen Ungleichheit eher auf das brasilianische Wirtschaftswachstum zurückzuführen als auf die Sozialleistungen, so Pierre Salama in seinem Artikel „Lula a-t-il vraiment fait reculer la pauvreté?“ (vergl. Salama, Pierre, 2009, Lula a-t-il vraiment fait reculer la pauvreté?, in: Alternatives Internationales, Dezember 2009, Paris zit. nach Rocha 2010).

Unerwähnt soll an dieser Stelle auch nicht die Umweltpolitik Lulas bleiben, die vor allem in seiner zweiten Amtszeit Kritiker auf den Plan gerufen hat (vergl. Schmalz/ Ebenau 2011, S. 65). Politischer Höhepunkt dieser kontroversen Thematik war zweifelsohne, als Marina Silva, Umweltministerin im Kabinett *da Silva*, im Jahr 2008 zurücktrat. Lula legalisierte das gentechnisch veränderte Soja und förderte die Monokulturen des Agrobusiness auf Kosten des Regenwaldes sowie der Interessen der Kleinbauern und Landlosen²² bezüglich einer Landreform (vergl. ebenda). Um die Landreform schwelt nach wie vor ein teils höchst gewaltvoller Konflikt, der Brasilien bereits während des gesamten 20. Jahrhunderts spaltete und bis zum heutigen Tag weder von den Beteiligten noch von

²¹ Primärhaushaltsüberschuss für 2003: 4,25 %, statt verlangten 3,75 % (vergl. Rocha 2010)

²² 2002 lebten ca. 4,6 Millionen landlose Bauernfamilien in Brasilien (vergl. Schmalz/ Ebenau 2011, S. 65). Seitdem hat sich auch unter Lula die Zahl der Landlosen kaum verringert (vergl. <http://www.neues-deutschland.de/artikel/196452.ein-riesiger-kolonialer-bauernhof.html>; <http://sntdden.wordpress.com/2009/10/12/land-reform-under-lula-one-step-forward-one-step-back-2/>).

der Politik durch Kompromisse, geschweige denn durch Lösungen, beigelegt werden konnte.

Bei all der Kritik ist jedoch nochmals die Tatsache herauszustreichen, dass sich dennoch während Lula da Silvas Regierungszeit der Lebensstandard der Brasilianer verbessert hat (vergl. Rossi 2010). Die Anzahl der arbeitenden Menschen sowie deren Löhne sind gestiegen und Kredite sind für die meisten Brasilianerinnen und Brasilianer leichter zugänglich geworden. Für die Ärmsten zählen genau dieser Fortschritt und die Deckung der grundlegendsten Bedürfnisse, wie genügend zu essen zu haben, einen Esstisch oder neuen Kühlschrank erwerben zu können. Ob proportional gesehen ihr eigener oder der Lebensstandard der Reichen stärker gestiegen ist, ist für die Armen, von denen es in Brasilien nach wie vor zu viele gibt, von geringerem Interesse (vergl. ebenda).

III. 9. 4. Dilma Rousseff (2011-)

Auf diesem Erfolg konnte Lulas Wunschnachfolgerin Dilma Rousseff bei den Wahlen im Herbst 2010 aufbauen und schaffte bei der Stichwahl gegen José Serra, von Cardosos PSDB, mit 55,4 % den Einzug in den Palácio do Planalto, den Präsidentenpalast, in Brasília (vergl. Rossi 2010; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,726369,00.html>; Pignotti 2011). Seit 1. Jänner 2011 ist Brasiliens erste Präsidentin im Amt (vergl. Pignotti 2011).

Doch auch wenn nun jemand anderer das Amt inne hat, sind Luiz Inácio Lula da Silva selbst, seine Macht und seine Schwächen nach wie vor greifbar. So war Rousseffs Kabinett, das sie wegen Korruptionsfällen bereits umbilden musste, von Lula zusammengestellt worden. Gleichzeitig muss sich Rousseff in einer politisch sehr ähnlichen Machtkonstellation wie ihr Vorgänger beweisen. So ist auch sie gezwungen mit dem PMDB zusammenzuarbeiten, um nicht die Mehrheit im Parlament zu verlieren (vergl. ebenda). Trotz dieser uneinigen Koalition konnte Rousseff bis jetzt interne Meinungsverschiedenheiten durchaus effizient und im Sinne des Budgets und der Wirtschaftsstabilität bereinigen (vergl. <http://www.bbc.co.uk/news/world-latin-america-16288184>). Im Dezember 2011 setzte die Präsidentin im Kongress ein Gesetz durch, das

der Regierung mehr Spielraum bezüglich der Bundesbudgetvergabe gewährte (vergl. ebenda). Auch ein Gesetz, das die Schutzzonen des Regenwaldes halbiert, wurde unter ihrer Amtszeit im Sinne des Agrobusiness Realität (vergl. ebenda; Frenzel 2011). Dilma Rousseff geht nicht nur, was das Agrobusiness betrifft den gleichen Weg wie ihr Vorgänger Lula da Silva, sondern ist generell ein Garant für innenpolitische sowie außenpolitische Kontinuität im Sinne Lulas (vergl. Dilger2011). Dennoch bewies Rousseff bereits um einiges mehr diplomatisches Geschick als da Silva (vergl. <http://www.bbc.co.uk/news/world-latin-america-16288184>). Indem sie nämlich Fernando Henrique Cardoso öffentlich ihren Respekt zollte, konnte Rousseff nicht nur politische Spannungen abschwächen, sondern auch Millionen von Brasilianern, die nicht ihre Regierung gewählt hatten, für sich gewinnen. Auch Obamas Staatsbesuch im März 2011, dem 2012 ein Gegenbesuch Rousseffs folgen wird, sollte den Entfremdungsprozess, der gegen Ende der Präsidentschaft da Silvas zwischen den USA und Brasilien aufgekommen war, wieder einstellen (vergl. ebenda).

Luiz Inácio Lula da Silva ist jedoch längst nicht vom politischen Parkett verschwunden (vergl. Pignotti 2011). Lula hat nicht nur den Ehrenvorsitz des PT inne, sondern hat auch die gesamte Partei und deren Wahlkampfstrategien unter seiner Kontrolle. Er hält Reden vor Gewerkschaftlern und stattete in über zwanzig Ländern Staatsoberhäuptern wie Castro oder Chávez sowie Ministerpräsident Zapatero und anderen Besuche ab. Brasilianische Medien verdächtigen Lula bereits, damit beschäftigt zu sein, seine dritte Amtszeit in die Wege zu leiten. Es wird sich weisen, ob Dilma Rousseff tatsächlich nur Platzhalterin von Luiz Inácio Lula da Silva ist, oder ob sie doch ihren eigenen politischen Weg gehen wird (vergl. ebenda).

IV. Der wirtschaftliche Aufstieg Brasiliens

IV. 1. Die neue Wirtschaftsmacht Brasilien

Brasiliens Wirtschaft wuchs unter der Amtszeit von Präsident Luiz Inácio Lula da Silva deutlich, von 2003 bis 2007 um 3,8 Prozent im Durchschnitt (vergl. Fatheuer 2011 sowie Fritz 2010, S. 343). Während der 1990er Jahre betrug das durchschnittliche Wirtschaftswachstum dagegen nur vergleichsweise geringe 1,7 Prozent (vergl. Fritz 2010, S. 343). Dieses Wachstum ging mit einem souveränen und raschen Überwinden der Wirtschaftskrise von 2008/09 und einer engagierten Sozialpolitik einher und sorgte somit einerseits für große Beliebtheit des Präsidenten in weiten Teilen der brasilianischen Bevölkerung und andererseits für entsprechende internationale Anerkennung (vergl. Fatheuer 2011). Dass die Wirtschaftskrise in Brasilien nicht die gleichen Dimensionen wie in Europa erreichte, ist nicht zuletzt auf die Tatsache zurückzuführen, dass Brasiliens Wirtschaft von einer starken Binnennachfrage getragen wird und die Exporte insgesamt nur noch 13 Prozent des brasilianischen Bruttoinlandsproduktes ausmachen (vergl. <http://devisen-handeln.org/forex-news/finanzmarkt/brasilien-in-der-wirtschaftskrise>).

Instabile politische Verhältnisse unterdrückten lange die Entwicklung des enormen Wirtschaftspotentials Brasiliens (vergl. Rode 2010, S. 135). Hinzu kamen die in Lateinamerika allgemein verbreiteten Probleme wie Korruption, Kriminalität, ein mächtiger Schwarzmarkt, eine nicht ausreichend entwickelte Infrastruktur, eine langsame und aufgeblähte Bürokratie, hohe Schulden sowie Kapitalflucht. Während der ehemalige Vorreiter Argentinien in den letzten zehn Jahren zusehends seine wirtschaftliche Macht einbüßte, konnte Brasilien diese eben genannten Herausforderungen zwar nicht vollständig überwinden, jedoch durchaus unter Kontrolle bringen und somit seine wirtschaftliche Position deutlich verbessern. Brasilien, der einstige Großschuldner, welcher chronisch unter Hyperinflation litt, entwickelte sich zum Gläubiger, der seine Währung stabilisieren konnte.

Der wirtschaftliche Erfolgskurs Brasiliens ist selbstverständlich nicht mit jenem Chinas zu vergleichen. Brasiliens Weltexportanteile stiegen seit 1975 weit weniger beständig als

jene Chinas und auch Indiens. Die ausländischen Direktinvestitionen und das Bruttoinlandsprodukt sowie die Devisenreserven Brasiliens weisen deutliche Schwankungen auf (vergl. ebenda). Dennoch scheint Brasiliens wirtschaftlicher Aufstieg unaufhaltsam. Im Dezember 2011 überholte das größte Land Lateinamerikas die Nummer Sechs in der Weltwirtschaft, nämlich Großbritannien (vergl. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,805987,00.html>). Der brasilianische Finanzminister Guido Mantega ist außerdem durchaus zuversichtlich, dass Brasilien die Prognosen des Internationalen Währungsfonds - Frankreich, die fünftgrößte Volkswirtschaft, 2015 zu überholen – auch noch übertreffen wird. Auch Deutschlands Wirtschaftsmacht wird längst nicht mehr als unerreichbar betrachtet (vergl. ebenda).

IV. 2. Exportnation Brasilien –

Die neue Gewichtung unter den Handelspartnern

Brasiliens Exportwirtschaft wuchs zwischen 1988 und 2007 im Durchschnitt um mehr als 7 Prozent jährlich und konnte somit die Erlöse aus dem Waren- und Dienstleistungsexport mehr als verfünffachen (vergl. Sangmeister/ Schönstedt 2010, S. 383). Hinzu kommt, dass Brasiliens wirtschaftliche Abhängigkeit von Europa und Nordamerika längst nicht mehr so stark ist wie noch in den Achtzigerjahren des 20. Jahrhunderts (vergl. Sangmeister/ Schönstedt 2010, S. 384). Denn Brasilien konnte seine Exportdestinationen stark diversifizieren, indem es neue Märkte, allen voran in Lateinamerika selbst und in Asien, für sich gewann (vergl. ebenda). Bis 2008 war trotzdem die Europäische Union Brasiliens wichtigster Handelspartner (vergl. ebenda sowie http://www.mdic.gov.br/arquivos/dwnl_1275504684.pdf). 2008 waren knapp ein Viertel der Warenexporte Brasiliens für die EU bestimmt, während ein Fünftel der brasilianischen Gesamtimporte aus der Europäischen Union stammten (vergl. Sangmeister/ Schönstedt 2010, S. 384). Im Jahr 2009 wurde jedoch Asien zum wichtigsten Exportmarkt für Brasilien, was nicht zuletzt auf den enormen Rohstoffhunger Chinas zurückzuführen ist

(vergl. http://www.mdic.gov.br/arquivos/dwnl_1275504684.pdf sowie http://www.mdic.gov.br/arquivos/dwnl_1275505327.pdf). Während Asiens Anteil an Brasiliens Exporten von 18,9 Prozent im Jahr 2008 auf 25,8 Prozent im Jahr 2009 anstieg, fiel jener der Europäischen Union im selben Zeitraum von 23,4 auf 22,2 Prozent (vergl. ebenda). Diese rasante Entwicklung hat sich 2010 noch weiter verschärft (vergl. http://www.mdic.gov.br/arquivos/dwnl_1298052907.pdf; siehe Tab. 1).

Tab.1 Hauptabsatzmärkte für Brasiliens Exporte (Prozentanteile, 2010)



Fonte / Fuente / Source: SECEX/MDIC

23

Unter den Nationalstaaten waren jedoch bis 2008 allen voran die Vereinigten Staaten, dann Argentinien und an dritter Stelle China die wichtigsten Abnehmerländer für Produkte aus Brasilien (vergl. ebenda sowie <http://www.mdic.gov.br/arquivos/>

²³ http://www.mdic.gov.br/arquivos/dwnl_1298052907.pdf

dwnl_1275504684.pdf). 2009 hat sich jedoch auch hier das Blatt gewendet und die USA wurden als größter Abnehmer brasilianischer Exporte von China abgelöst, Argentinien wurde auf den dritten Platz verwiesen (vergl.

http://www.mdic.gov.br/arquivos/dwnl_1275504684.pdf sowie http://www.mdic.gov.br/arquivos/dwnl_1275505327.pdf). Dieser Trend wurde im Jahr 2010 fortgesetzt (vergl. http://www.mdic.gov.br/arquivos/dwnl_1298052907.pdf; siehe Tab. 2).

Tab. 2 Brasiliens wichtigste Exportdestinationen (US\$ Millionen, 2010)

Principais Países Compradores			
<i>Principales Países Compradores / Major Countries for Brazilian Exports</i>			
US\$ Milhões / US\$ Millones / US\$ Millions – 2010			
	Valor <i>Value</i>	Δ% <i>2010/09</i>	Part % <i>% Share</i>
1 – China	30.786	46,6	15,3
2 – Estados Unidos / United States	19.462	23,7	9,6
3 – Argentina	18.523	44,9	9,2
4 – Países Baixos / Países Bajos / Netherlands	10.228	25,5	5,1
5 – Alemanha / Alemania / Germany	8.138	31,8	4,0
6 – Japão / Japón / Japan	7.141	67,2	3,5
7 – Reino Unido / United Kingdom	4.635	24,4	2,3
8 – Chile / Chile	4.258	60,3	2,1
9 – Itália / Italia / Italy	4.235	40,4	2,1
10 – Rússia / Russia	4.152	44,7	2,1
11 – Espanha / España / Spain	3.894	46,2	1,9
12 – Venezuela	3.854	6,8	1,9
13 – Coreia do Sul / Corea del Sur / South Korea	3.760	41,5	1,9
14 – México / Mexico	3.715	38,9	1,8
15 – França / France	3.576	23,1	1,8

Fonte / Fuente / Source: SECEX/MDIC

24

²⁴ ebenda

IV. 3. Importstrukturen und Kapitalinvestitionen

IV. 3. 1. Importstrukturen

Aus den USA, China und Argentinien kommt auch der Großteil der brasilianischen Importe (vergl. Sangmeister/ Schönstedt 2010, S. 384 sowie http://www.mdic.gov.br/arquivos/dwnl_1298052907.pdf; siehe Tab. 3).

Tab. 3 Die wichtigsten Länder für Brasiliens Importe (US\$ Millionen, 2010)

Principais Países Fornecedores ao Brasil <i>Principales Países Fornecedores de Brasil / Major Suppliers Countries to Brazil</i> US\$ Milhões / US\$ Millones / US\$ Millions – 2010			
	Valor Value	Δ% 2010/09	Part % % Share
1 – Estados Unidos / United States	27.249	35,0	15,0
2 – China	25.593	60,9	14,1
3 – Argentina	14.426	27,9	7,9
4 – Alemanha / Alemanha / Germany	12.552	27,2	6,9
5 – Coreia do Sul / Coreia del Sur / South Korea	8.422	74,8	4,6
6 – Japão / Japón / Japan	6.982	30,1	3,8
7 – Nigéria / Nigeria	5.920	24,4	3,3
8 – Itália / Italia / Italy	4.838	32,0	2,7
9 – França / Francia / France	4.800	32,7	2,6
11 – Índia / India	4.242	93,6	2,3
10 – Chile	4.091	53,0	2,3
12 – México / Mexico	3.858	38,6	2,1
13 – Reino Unido / United Kingdom	3.155	31,0	1,7
14 – Taiwan	3.104	28,7	1,7
15 – Suíça / Switzerland	2.876	39,4	1,6

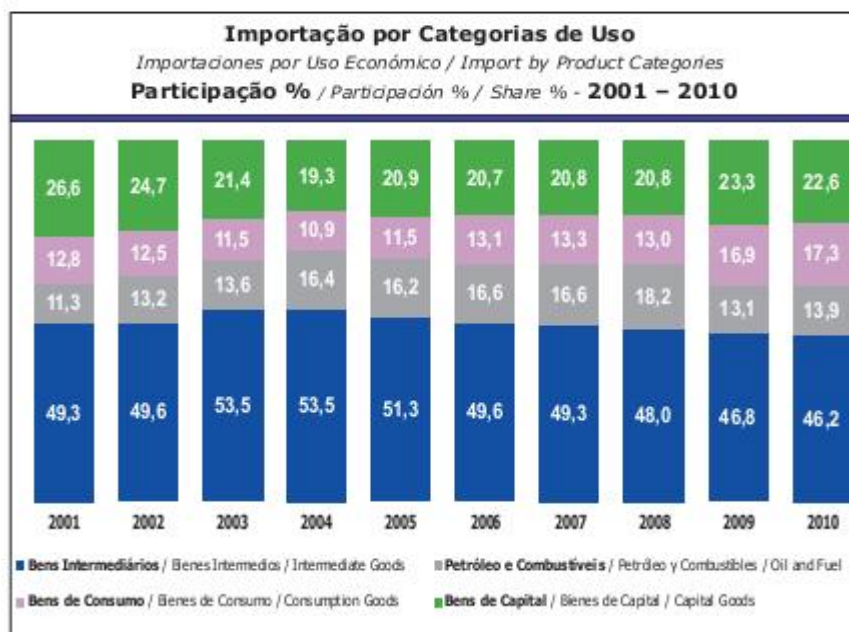
Fonte / Fuente / Source: SECEX/MDIC

25

²⁵ Ebenda

Die wichtigsten Güter, die Brasilien importiert, sind Erdöl und Treibstoffe, mechanische, elektrische sowie elektronische Geräte, Kraftfahrzeuge und deren Teile, Metalle, Plastik, optische sowie Präzisionsgeräte, Pharmazeutika und Dünger (vergl. http://www.mdic.gov.br/arquivos/dwnl_1298052907.pdf). Des weiteren auch Gummi, Getreide, Kupfer und jeweils deren Produkte, Flugzeuge und deren Teile, sowie synthetische Garne und Stoffe. Die Verteilung unter den Importen von halbfertigen Erzeugnissen, Erdöl und Kraftstoffen, Konsumgütern sowie Kapitalgütern war während der letzten 10 Jahre insgesamt konstant (vergl. ebenda; siehe Tab. 4).

**Tab. 4 Verteilung der brasilianischen Importe nach Produktkategorie
(Prozentanteile, 2001-2010)**



Fonte / Fuente / Source: SECEX/MDIC

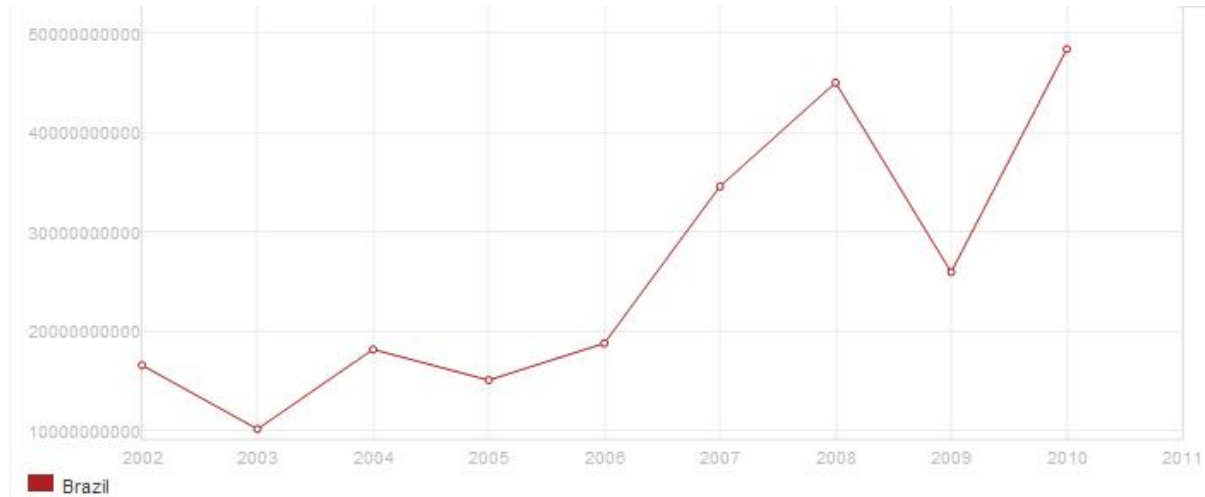
26

²⁶ http://www.mdic.gov.br/arquivos/dwnl_1298052907.pdf

IV. 3. 2. Kapitalimporte

Durch die Liberalisierungen unter dem ehemaligen Finanzminister beziehungsweise Präsidenten Brasiliens Fernando Henrique Cardoso stiegen die ausländischen Kapitalinvestitionen in Brasilien deutlich an (vergl. <http://www.nationsencyclopedia.com/Americas/Brazil-FOREIGN-INVESTMENT.html>). Eine der wichtigsten Maßnahmen in diesem Rahmen war eine Verfassungsänderung, durch die nicht mehr zwischen ausländischem und brasilianischem Kapital unterschieden werden durfte (vergl. ebenda). Des Weiteren wurden viele staatliche Betriebe, wie beispielsweise Vale oder Embraer, privatisiert. Unter der Ära da Silva riss der Zustrom von ausländischem Kapital nicht ab, was nicht zuletzt auf die hohen Realzinssätze, die konstant um die 10 Prozent liegen, zurückzuführen ist (vergl. Fritz 2010, S. 341 sowie <http://en.mercopress.com/2011/12/16/fdi-in-brazil-jumped-four-times-since-2005-totalling-661bn-us-main-investor>). Zwischen 2005 und 2010 vervierfachten sich die Auslandskapitalinvestitionen von 162,8 Milliarden US-Dollar auf 660,5 Milliarden US-Dollar (vergl. <http://en.mercopress.com/2011/12/16/fdi-in-brazil-jumped-four-times-since-2005-totalling-661bn-us-main-investor>). Die meisten Direktinvestitionen stammen nach wie vor aus den USA mit 104,7 Milliarden, gefolgt von Spanien mit 85,3 Milliarden und an dritter Stelle Belgien, mit 50,4 Milliarden US-Dollar. China hat zwar die USA als wichtigsten Handelspartner Brasiliens verdrängt. Was die Direktinvestitionen betrifft, liegt China mit gerade einmal 8 Milliarden Dollar jedoch nur auf Platz 16 und somit hinter Ländern wie Kanada und Mexiko. Von den Direktinvestitionen zwischen 2005 und 2010 flossen 98 Milliarden US-Dollar, beziehungsweise 16,9 Prozent, in den brasilianischen Finanzsektor und 52,2 Milliarden, also 9 Prozent, in die Getränkeindustrie. 49,5 Milliarden gingen in den Öl- und Gassektor und weitere 40,6 Milliarden in die Telekommunikationsbranche (vergl. ebenda). Von 2000 bis 2007 war Brasilien das drittwichtigste Zielland für Auslandsdirektinvestitionen in Entwicklungs- und Transformationsländer (vergl. Sangmeister/ Schönstedt 2010, S. 392).

**Abb. 1. Ausländische Direktinvestitionen, Nettokapitalzuflüsse
(Zahlungsbilanz, US\$, 2002-2011)**



27

IV. 3.3. Brasiliens Auslandsdirektinvestitionen

Von 2005 bis 2007 betragen die Auslandsdirektinvestitionen brasilianischer Unternehmen 37,8 Milliarden US-Dollar (vergl. Sangmeister/ Schönstedt 2010, S. 393). Dies ist verglichen mit kleineren Volkswirtschaften nicht auffallend viel. So investierten Unternehmen der achtmal kleineren Volkswirtschaft Chile bereits 8,9 Milliarden US-Dollar ins Ausland (vergl. ebenda). Dennoch sind einige große brasilianische Unternehmen, wie der weltweit größte Eisenerzproduzent Vale do Rio Doce, - nicht zuletzt dank der starken brasilianischen Währung Real - ausreichend liquide, um sich im Ausland nach Investitionsmöglichkeiten umzusehen (vergl. Domm2011). Haben sich brasilianische Unternehmen während der Krisenjahre 2008 und 2009 aufgrund der niedrigen Aktienpreise vor allem innerhalb Lateinamerikas eingekauft, so profitieren sie nun vom krisengeschüttelten Europa (vergl. ebenda sowie Farzad 2011). Vor allem Portugal sieht sich gezwungen, Staatsbetriebe zu verkaufen, um einem drohenden Staatsbankrott zu entgehen, und Unternehmen aus der ehemaligen Kolonie Brasilien

²⁷ <http://data.worldbank.org/indicator/BX.KLT.DINV.CD.WD/countries/BR?display=graph>

zeigen sich höchst interessiert (vergl. Farzad 2011). Auch der ehemalige Präsident da Silva forderte brasilianische Unternehmen dazu auf, in Portugal zu investieren. So wurde bereits der Zementhersteller Cimentos de Portugal von brasilianischen Firmen aufgekauft. Die staatliche Fluglinie TAP Portugal könnte folgen (vergl. ebenda). Portugal kann die Devisen seiner ehemaligen Kolonie dringend brauchen.

IV. 4. Mehr als „nur“ Rohstofflieferant?

Was die Gewichtung der Exportgüter betrifft, hat sich Brasilien während des 20. Jahrhunderts stark weiterentwickelt (vergl. Sangmeister/ Schönstedt 2010, S. 387 ff). Am Anfang des letzten Jahrhunderts stammten 97 Prozent von Brasiliens Exporterlösen von lediglich zwölf verschiedenen Rohstoffen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen (vergl. Sangmeister/ Schönstedt 2010, S. 388). Über die Hälfte davon war auf den Kaffeexport zurückzuführen (vergl. ebenda). „[N]och Mitte der Sechzigerjahre des 20. Jahrhunderts hatten unverarbeitete Agrarprodukte und Rohstoffe einen Anteil von etwa 90% der Deviseneinnahmen aus dem Außenhandel“ (ebenda).

Inzwischen ist Brasiliens Industrie jedoch stark gewachsen. Die wichtigsten Güter, die in der brasilianischen Industrie verarbeitet werden, sind Nahrungsmittel, Stahl, Eisen, Textilien und Zement (vergl. <http://brasil-web.de/Brasilien/Informationen/Industrie.html>). Hergestellt werden außerdem Fahrzeuge, Bekleidung, Papier, Chemikalien, elektronische Ausrüstungen und Schiffe (vergl. ebenda).

Bis ins 21. Jahrhundert hat Brasilien seine „Exportpalette“ (Sangmeister/ Schönstedt 2010, S. 387) somit stark diversifizieren können (vergl. ebenda). Unter Brasiliens wichtigsten Exportgütern sind neben den klassischen Rohstoffen, wie Metallen und Erdöl, sowie Agrarprodukten, wie Soja, Zucker, Ethanol und Fleisch, unter anderem auch Transportmaterialien, Chemikalien, metallurgische Produkte, Papier, elektrische Apparate sowie Lederwaren zu finden (vergl. http://www.mdic.gov.br/arquivos/dwnl_1298052907.pdf).

Während Brasilien innerhalb Lateinamerikas in erster Linie industriell gefertigte Produkte exportiert und aus dieser Region Rohstoffe sowie Energie importiert, liefert das Land in die Industriestaaten überwiegend Rohstoffe sowie Agrarprodukte (vergl. Sangmeister/Schönstedt 2010, S. 385).

Tab. 5 Brasiliens wichtigste Exportgüter (US\$ Millionen, 2010)

Principais Produtos Exportados			
<i>Principales Productos Exportados / Main Products Exported</i>			
US\$ Milhões / US\$ Millones / US\$ Millions – 2010			
	Valor	Δ%	Part %
	<i>Value</i>	<i>2010/09</i>	<i>% Share</i>
1 – Minérios / Minerias / Ores	30.839	113,4	15,3
2 – Petróleo e combustíveis / Petróleo y combustibles / Oil and fuel	22.890	53,1	11,3
3 – Material de transporte / Transport material	21.748	34,6	10,8
4 – Complexo soja / Soja y derivados / Soybeans & prods	17.115	-0,8	8,5
5 – Açúcar e etanol / Azúcar y etanol / Sugar & ethanol	13.776	41,8	6,8
6 – Químicos / Chemicals	13.477	23,9	6,7
7 – Carnes / Meats	13.292	15,9	6,6
8 – Produtos metalúrgicos / Productos metalúrgicos / Metallurgic products	12.948	16,6	6,4
9 – Máqs. e equipamentos / Máqs. y aparatos / Machines & equipments	8.187	30,9	4,1
10 – Papel e celulose / Papel y celulosa / Paper & pulp	6.769	35,4	3,4
11 – Café / Coffee	5.739	35,0	2,9
12 – Equipamentos elétricos / Aparatos eléctricos / Electrical equipment	4.815	-3,0	2,4
13 – Calçados e couro / Calzados y cuero / Footwear & leather	3.513	27,1	1,7
14 – Fumo e Sucedâneos / Tabaco y Derivados / Tobacco and its Products	2.762	-9,3	1,4
15 – Metais e Pedras Preciosas	2.270	30,7	1,1

Fonte / Fuente / Source: SECEX/MDIC

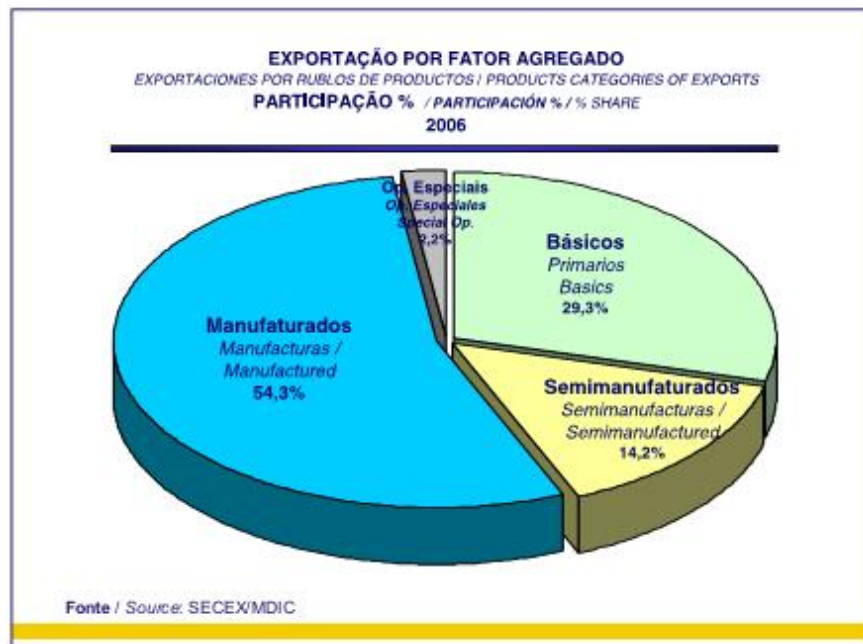
28

Insgesamt geht der Trend bei brasilianischen Exportgütern wieder eindeutig Richtung Primärgüter (vergl. http://www.mdic.gov.br/arquivos/dwnl_1275504361.pdf sowie http://www.mdic.gov.br/arquivos/dwnl_1298052907.pdf). Bildeten industriell hergestellte Produkte und industrielle Halbfertigwaren 2006 noch an die 70 Prozent der brasilianischen Exporte, so waren es im Jahr 2010 nur noch um die 55 Prozent. In der

²⁸ http://www.mdic.gov.br/arquivos/dwnl_1298052907.pdf

gleichen Zeitspanne stieg der Exportanteil von Primärgütern stetig von knapp 30 Prozent auf fast 45 Prozent an (vergl. ebenda; siehe Abb. 2 & 3).

**Abb. 2 Verteilung der brasilianischen Exporte nach Produktkategorie
(Prozentanteile, 2006)**



29

²⁹ http://www.mdic.gov.br/arquivos/dwnl_1275504361.pdf

**Abb. 3 Verteilung der brasilianischen Exporte nach Produktkategorie
(Prozentanteile, 2010)**



Fonte / Fuente / Source: SECEX/MDIC

30

Reinhard Rode kritisiert das nach wie vor bestehende und in letzter Zeit wieder erstarkende Übergewicht des Rohstoffsektors innerhalb der brasilianischen Wirtschaft (vergl. Rode 2010, S. 135 ff). Momentan zählt Brasilien zu den größten Produzenten sowie Exporteuren von Soja, Fleisch, Zucker, Kaffee, Eisenerz sowie von Biotreibstoffen. Die führenden Konzerne Brasiliens, die mehr und mehr über Brasiliens Grenzen hinaus agieren, sind auch überwiegend im Rohstoff- sowie Lebensmittelsektor vertreten. Dieses Ungleichgewicht wird durch Förderungen von Seiten der Regierung noch weiter verstärkt, wodurch „protektionistische Fehlallokationen“ (Rode 2010, S. 137) entstehen könnten, so Rode (vergl. Rode 2010, S. 135 ff).

Dieser Kritik ist jedoch die internationale Arbeitsteilung, die sich zwischen den BRIC-Staaten entwickelt hat, entgegenzuhalten, welche erstmals von Goldman Sachs-Chefökonom Jim O’Neill prägnant zusammengefasst wurde: „Brasilien soll [...] der Weltwirtschaft das Rohstofflager oder der Lebensmittellieferant sein. Russland die

³⁰ http://www.mdic.gov.br/arquivos/dwnl_1298052907.pdf

Tankstelle, Indien die Denkfabrik und China die Werkhalle“ (Busch 2011, S. 10). Und von dieser Rollenverteilung kann Brasilien unter der aktuellen und stetig steigenden Nachfrage nach Rohstoffen stark profitieren, denn die Rohstoffpreise sind auf einem Rekordhoch. Während Brasilien im Jahr 2003 für Exporte im Wert von hundert US-Dollar Waren für neunzig US-Dollar importieren konnte, kann es heute mit Exporten von Zellulose, Erz sowie Soja in Höhe von hundert US-Dollar Computer, Maschinen sowie Landmaschinen um 140 US-Dollar anschaffen. Es kann angenommen werden, dass die Rohstoffpreise auch mittel- bis langfristig auf einem hohen Niveau bleiben (vergl. ebenda). Dies mag auch eine Ursache dafür sein, dass immer mehr internationale Konzerne in das brasilianische Agrobusiness investieren, um Zugang zu Rohstoff- und Energiequellen sowie zu landwirtschaftlicher Erzeugung zu haben und somit wettbewerbsfähig zu bleiben (vergl. Busch 2011, S. 10 f).

Das Agrobusiness ist in Brasilien im Vormarsch, wodurch sich jedoch auch die dafür notwendigen Anbau- und Weideflächen mehr und mehr ausbreiten und der Regenwald immer weiter zurückgedrängt wird (vergl. Kohlhepp 2010, S. 354). Von 1995 bis 2006 sind die Ackerflächen allein in Amazonien von 2 Millionen auf 7,4 Millionen Hektar angewachsen. „Auch die Gewinnung von Weideland durch Waldrodungen hat um ein Drittel an Fläche zugenommen, die Rinderzahl verdoppelte sich auf 31 Millionen“ (ebenda). In anderen Teilen Brasiliens ist die Entwicklung ähnlich (vergl. ebenda). Das wichtigste Exportgut des brasilianischen Agrobusiness ist nach wie vor Soja (vergl. <http://brasilienaktuell.blogspot.com/2011/01/agrobusiness-exportiert-2010-produkte.html>). 2010 machte es 22% der Agrobusinessexporte aus. Zucker und Ethanol stellten 18% und Fleisch 17,8% des Exports in diesem Bereich dar. Von den Agrobusinessexporten gingen 30,1% im Jahr 2010 nach Asien - Hauptabnehmer war China - und 26,7% in die EU (vergl. ebenda). Die weltweite Nachfrage nach Lebensmitteln und Biotreibstoffen ist Wind in den Segeln der Agrobusinesslobbyisten und Brasiliens Wirtschaft, genauso wie seine politische Macht als „Ernährer“ der Welt, sollen auch unter Präsidentin Rousseff weiter mit Hilfe des Agrobusiness wachsen (vergl. Hölzl 2010, S. 309 ff sowie Frenzel 2011). Erst im Mai 2011 erließ das brasilianische Parlament ein Gesetz, welches eine Amnestie für illegale Holzfäller vorsieht und die Schutzzonen des Regenwaldes halbiert (vergl. Frenzel 2011). Die brasilianische Landwirtschaftspolitik ist auf die Förderung des Agrobusiness ausgerichtet und gefährdet so die kleinbäuerlichen

Betriebe des Landes (vergl. Kohlhepp 2010, S. 365). Die seit der Kolonialzeit bestehende feudale Landverteilungssituation³¹, die mit Millionen von Landlosen einhergeht, sorgt zusätzlich für Konflikte (vergl. ebenda sowie <http://www.mstbrasilien.de>).³²

Neben dem Agrobusiness sind auch die Wasser- und Atomkraft stark wachsende Wirtschaftszweige in Brasilien (vergl. Fatheuer 2011). Die Devise der Regierung lautet: „Wir brauchen Energie, um zu wachsen“ (ebenda). Eine der Regionen, die für dieses Wachstum genützt werden sollen, ist das Amazonasgebiet, in dem auch das größte und umstrittenste Staudammprojekt Brasiliens entstehen soll, das den idyllischen Namen Belo Monte trägt. Das Wasserkraftwerk wäre das drittgrößte der Welt und sollte laut Regierung eine Kapazität von 11 000 Megawatt erreichen. Es wird jedoch von Kritikern bezweifelt, dass diese Kapazität auch während der Trockenzeit erreicht werden kann. Weitere Wasserkraftwerke sind vorgesehen. „Insgesamt sollen in der Amazonasregion etwa 45 000 Megawatt durch Wasserkraftwerke erzeugt werden, das entspricht der Leistung von über dreißig Atomkraftwerken“ (ebenda). Im Nordosten des Landes, der weit weniger mit Wasser gesegnet ist, setzt man eher auf Kernenergie. Drei neue Atomkraftwerke sind hier in Planung. Außerdem arbeitet Brasilien gemeinsam mit Frankreich an der Entwicklung von atomgetriebenen U-Booten und strebt den Export von angereichertem Uran an. Auch wenn sich Brasilien die Entwicklung der Atombombe verfassungsrechtlich selbst verboten hat, so will das Land offenbar dennoch in naher Zukunft eine beachtliche Rolle in der globalen Atompolitik spielen und somit seine Macht und seinen Einfluss auf eine weitere Säule stützen.

Ob Atomkraft, Staudämme oder Agrobusiness, so erfolgreich die Entwicklung der brasilianischen Wirtschaft unter der Ära Lula da Silva und Dilma Rousseff ist, so sehr sorgt sie auch für politischen Sprengstoff in ökologischen Fragen. So erlangte Marina Silva, die unter Lula da Silva zurückgetretene Umweltministerin, bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2010 knappe 20 Prozent der Wählerstimmen, was ein durchaus beachtliches Ergebnis ist. Lulas und Rousseffs Großprojekte und Amazonaspolitik sind inzwischen mehr als Themen von Umweltschützern sowie Indigenen. Es handelt sich hierbei um Materien, die nicht nur von nationaler Bedeutung,

³¹ „Nur 1% der Brasilianer besitzen 45% des Landes in Brasilien“ (<http://www.mstbrasilien.de/>).

³² Siehe auch Kapitel III. 9. 3.

sondern mittlerweile auch von internationalem Interesse sind (vergl. ebenda). Denn Umwelt-, Ernährungs- und Energiepolitik sind in der globalisierten und vernetzten Welt des 21. Jahrhunderts längst keine nationalen Angelegenheiten mehr.

Der große Hunger nach Rohstoffen in der Welt verleiht den entsprechenden Wirtschaftszweigen in Brasilien einen starken Aufschwung. Dennoch ist Brasiliens Wirtschaftsleistung keineswegs nur vom Handel mit Rohstoffen abhängig (vergl. Busch 2011, S. 11). Rohstoffe sind im brasilianischen Export vorherrschend und auf der Börse bedeutend, jedoch beherrschen sie nicht die ganze brasilianische Wirtschaft. „Deswegen ist die Gefahr, dass Rohstoffreichtum sich als ein Fluch erweisen könnte, also als ein Hindernis für die Entwicklung in Brasilien, geringer als etwa in Venezuela, wo die übermächtige Ölindustrie die gesamte Wirtschaft verdrängt“ (ebenda).

Gefährlich für Brasiliens Wirtschaft ist vielmehr eine andere Tatsache. Denn die brasilianische Industrie hat mit einem starken Real zu kämpfen (vergl. ebenda). Das mag zwar für Auslandsinvestitionen von Vorteil sein, jedoch nicht für den Export (vergl. ebenda sowie Fritz 2010, S. 341). Allen voran ist es die strikte Geldpolitik der Regierung Lula da Silvas gewesen, die dafür sorgte, dass der Währungskurs von 4 Real je US-Dollar im Jahr 2002 auf 1,60 US-Dollar je brasilianischem Real Mitte 2008 kletterte (vergl. Fritz 2010, S. 341). Mittlerweile hat sich der Real bei 1,71 pro US-Dollar eingependelt (vergl. [http://www.finanzen.net/devisen/us_dollar-real-kursvom 24.2.12](http://www.finanzen.net/devisen/us_dollar-real-kursvom_24.2.12)). Durch aus dem Ausland strömendes Finanzkapital, aufgrund des extrem hohen Realzinsniveaus von durchgehend ca. 10 Prozent, sowie die Einnahmen aus den Rohstoffexporten wird der Real ebenfalls aufgewertet und gefährdet dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Industrie (vergl. Busch 2011, S. 11 sowie Fritz 2010, S. 341).

Dennoch ist der Rohstoffhandel essentiell für Brasiliens Fortschritt (vergl. Busch 2011, S. 12). Denn die daraus lukrierten Einnahmen dienen auch als wichtiger Katalysator für Forschung und Entwicklung. Auch in den Vereinigten Staaten des ausgehenden 19. Jahrhunderts diente die Landwirtschaft als Grundlage für die Weiterentwicklung zur Industriemacht. Dies ist ein Weg, den sich nun scheinbar auch Brasilien zunutze machen möchte (vergl. ebenda).

IV. 5. Rivalitäten und Partnerschaften³³

Die brasilianische Außenpolitik genießt einen hervorragenden Ruf, was nicht zuletzt auf Brasiliens Außenministerium, den *Itamaraty*, zurückzuführen ist, der seine Politik nahezu völlig partei- und regierungsunabhängig langfristig ausrichten kann (vergl. Birle/ Gratius 2010, S. 297). Brasilien zählt keineswegs zu den größten Militärmächten der Welt und hätte es nicht seine sehr erfahrene Diplomatie, so würde Brasilien nicht die globale Macht innehaben, die ihm als BRICS-Staat neben China, Indien, Russland und Südafrika zukommt. Es ist also Brasiliens Talent zur Bildung von Allianzen, das das Land als *soft-power* und „Konsensmacht“ (ebenda) auszeichnet (vergl. ebenda). „Seit dem Ende der Militärdiktatur 1985 sind Demokratie, Integration und friedliche Konfliktbeilegung die zentralen Bezugspunkte der brasilianischen Außenpolitik“ (Birle/ Gratius 2010, S. 299). Da Silvas Regierung verfolgte „eine offensive und aktive Außenpolitik“ (ebenda) ,um Brasilien in globale Entscheidungsprozesse stärker zu integrieren - was vor allem mit einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat einhergehen soll - und war bemüht, den Reformprozess des von den Industrienationen des Nordens dominierten multilateralen Systems im Sinne der Entwicklungs- und vor allem der Schwellenländer voranzutreiben (vergl. Birle/ Gratius 2010, S. 299). Lulas außenpolitische Ziele werden unter Dilma Rousseff weiterhin verfolgt, auch wenn sich diese etwas diplomatischer als ihr Vorgänger zu geben scheint (vergl. <http://www.bbc.co.uk/news/world-latin-america-16288184>). Immerhin spricht man seit Obamas Staatsbesuch in Brasilia im März 2011 von einem „neuen Kapitel“ (ebenda) der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Brasilien (vergl. ebenda).

Im Folgenden sollen die derzeit wichtigsten bilateralen Beziehungen Brasiliens und neueren regionalen Integrationsentwicklungen angeschnitten werden, bevor der bilaterale Annäherungsprozess zwischen Brasilien und der Europäischen Union erörtert wird.

³³ Siehe auch Kapitel II. 6.

IV. 5. 1. Brasilien, USA und die amerikanische Wirtschaftsintegration

Brasiliens Verhältnis zu den Vereinigten Staaten war schon immer zwiespältig. Denn einerseits dienten die USA bereits seit Brasiliens Unabhängigkeit dem Land als Vorbild. Andererseits sind der Gram und der Zorn der Brasilianer gegenüber der übermächtigen und als arrogant geltenden Supermacht fast genauso alt. Diese Antinomie findet unter der Präsidentschaft Luiz Inácio Lula da Silvas einen neuen Höhepunkt (vergl. Smith 2008, S. 349 ff).

Unter Präsident Lula sollte Brasilien zielstrebig die Position eines gleichrangigen Partners neben den USA auf dem amerikanischen Kontinent verfolgen. Während die USA nach wie vor die Führungsmacht in Nordamerika behalten sollten, sollte Brasilien diese Rolle für Südamerika einnehmen. Dieser alte politische Traum der *grandeza brasileira* (Smith 2008, S. 349) war bereits Teil der brasilianischen Außenpolitik während der Militärdiktatur sowie in der anschließenden Phase der Demokratisierung und unter Lulas Vorgänger Fernando Henrique Cardoso und sollte nun endlich Wirklichkeit werden. Wenn man bezüglich der Machtverteilung unter den Ländern der Welt von einem Nullsummenspiel ausgeht, so würde ein solcher Machtzuwachs auf Seiten Brasiliens mit einem deutlichen Verlust von Macht und Einfluss der USA auf dem amerikanischen Kontinent und damit auch auf globaler Ebene einhergehen.

Was die Handelspolitik betrifft, steht Brasilien zu den USA in immer schärferer Opposition. Vor allem im Rahmen der WTO-Verhandlungen sparte Brasilien nicht mit Kritik an der protektionistischen Handelspolitik der USA. Dadurch und durch die deutlichen Aufforderungen an die Industrienationen, die Agrarsubventionen einzustellen, machte sich Lulas Brasilien nicht nur zum Anwalt seiner eigenen Bauern, sondern aller Schwellen- und Entwicklungsländer, die unter der von den reichen industrialisierten Staaten diktierten Handelspolitik zu leiden haben (vergl. Smith 2010, S. 349 ff).

Im Sinne einer von den USA weniger abhängigen Handelspolitik für Südamerika wurde 1991 der Mercosur beziehungsweise auf portugiesisch Mercosul, der *Mercado Comum*

*do Sul*³⁴, gegründet (vergl. Gratius 2003, S. 75). Der Integrationsprozess Südamerikas zählt seitdem zu den außen- sowie handelspolitisch wichtigsten Anliegen Brasiliens (vergl. Hofmeister 2010, S. 399). Jedoch haben sich, nach einigen Integrationserfolgen während der Neunzigerjahre, die integrationspolitischen Initiativen Brasiliens aufgesplittert und stehen nicht immer miteinander im Einklang. Zusätzlich blieb die regionale Integration Südamerikas unter den Präsidenten Fernando Henrique Cardoso und Lula da Silva zeitweise durch ihr globales multilaterales Engagement auf der Strecke. Obwohl es im 21. Jahrhundert einige Versuche zu einer Intensivierung des südamerikanischen Integrationsprozesses gegeben hat, waren diese eher von Meinungsverschiedenheiten und Rückschlägen gezeichnet (vergl. ebenda).

Doch auch der Fortschritt im Aufbau der panamerikanischen Freihandelszone FTAA, Free Trade Area of the Americas, beziehungsweise ALCA, Área de Livre Comércio das Américas, ist ins Stocken geraten (vergl. <http://de.wikipedia.org/wiki/FTAA>). Diese von den USA projektierte und propagierte Freihandelszone für den gesamten amerikanischen Kontinent wird von Brasilien mit Argusaugen betrachtet (vergl. Smith 2008, S. 351 f). Brasilien zeigte sich vorsichtig offen, was eine solche Freihandelszone betrifft und wollte bei deren Planung und Aufbau entscheidend mitwirken. Die USA waren bemüht, das Projekt FTAA nach ihren eigenen Vorstellungen zu gestalten und den anderen Staaten die Spielregeln vorzuschreiben. Brasilien unter Lula war jedoch keineswegs bereit, sich in handelspolitischen Belangen von den Vereinigten Staaten Vorschriften machen zu lassen und verlangte von den USA, ihre protektionistische Handelspolitik zu beenden und ihre Handelsbarrieren aufzuheben, da sonst nicht mit der Kooperation von Seiten Brasiliens im Sinne der FTAA zu rechnen wäre (vergl. ebenda). Auch wenn sich die Beziehungen zu den USA unter Dilma Rousseff etwas entspannt haben, ist das Entstehen der FTAA nach wie vor ungewiss (vergl. ebenda sowie <http://www.bbc.co.uk/news/world-latin-america-16288184> sowie Hofmeister 2010, S. 399). Genauso ungewiss ist die weitere Entwicklung des Integrationsprozesses innerhalb Lateinamerikas, die von Brasilien, der politisch sowie wirtschaftlich größten Macht der Region, abhängt (vergl. Hofmeister 2010, S. 399).

³⁴ Mitgliedsländer des Mercosul sind Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay; Venezuela unterzeichnete den Beitritt zwar im Jahr 2006, es wurde aber noch nicht formell aufgenommen. Bolivien, Chile, Ecuador, Kolumbien und Peru sind assoziierte Länder. (vergl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Mercosur>)

IV. 5. 2. Brasilien und Indien

India and Brazil together can build a strong political force
that is capable of making a contribution, so that the
trade geography of the world can change for the better.

*Luiz Inácio Lula da Silva*³⁵

Während Brasilien versucht, sich von den USA klar abzugrenzen, sucht das Land die Nähe einer anderen aufstrebenden Macht, nämlich jene Indiens (vergl. Smith 2008, S. 351). 2004 begründeten die beiden Länder eine „strategische Allianz“ (vergl. ebenda).

In diesem Sinne vereinbarten Brasilien und Indien auch ein gemeinsames Zollabkommen (vergl. ebenda). Somit bezifferte sich der intensiviertere Handel zwischen den beiden Wirtschaftsmächten im Jahr 2009 mit einem Wert von 5,6 Milliarden US-Dollar (vergl. http://www.chinadaily.com.cn/world/2010-04/16/content_9736918.htm). Die beiden Länder möchten ihre gegenseitigen Investitionen auf dem Energiesektor, in der Landwirtschaft, in der Infrastruktur und im Bauwesen sowie in der Pharmazie und im Bergbau steigern. Auch ein Handelsübereinkommen zwischen Indien und dem Mercosur ist seit Juni 2009 in Kraft.

Neben den handelspolitischen Annäherungen sind Brasilien und Indien auch eine verteidigungspolitische Kooperation eingegangen und entwickeln in deren Rahmen gemeinsam ein Militärflugzeug. Die beiden Länder betrachten sich außerdem als „Anwälte“ der Entwicklungsländer und setzen sich offensiv in den nach wie vor vom Westen dominierten internationalen Institutionen für mehr Mitsprache der armen Länder ein. Vor allem im Rahmen der Welthandelsorganisation, aber auch im Internationalen Währungsfonds sowie in den Vereinten Nationen fordern sie mehr Mitgestaltungsrechte für Entwicklungs- und Schwellenländer. In diesem Sinne sind Brasilien und Indien bemüht, durch gemeinsame Positionen nicht nur die Doha-Runde zu einem für sie günstigen Ergebnis zu führen, sondern auch in Klimafragen, wie auf der UN-Klimakonferenz im mexikanischen Cancún, ihre als aufstrebende Schwellenländer ähnlich

³⁵ Zit. nach Smith 2008, S. 351

gelagerten Interessen durchzusetzen (vergl. ebenda). Zusammen haben die beiden Länder 1,2 Milliarden Einwohner, die USA und die EU kommen zusammen nur auf etwas mehr als 800 Millionen (vergl. Smith 2008, S. 351 sowie http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Union sowie <http://de.wikipedia.org/wiki/USA>).

IV. 5. 3. Brasilien und China

Auch Brasiliens Beziehungen zu China werden immer intensiver (vergl. Sangmeister/Schönstedt 2010, S. 386 f). China war überhaupt eines der ersten Länder, das das enorme Potential des südamerikanischen Riesen erkannte. So ging China als erster Staat der Welt mit Brasilien eine „strategische Partnerschaft“ ein. Vor allem Brasiliens Rohstoffreichtum macht das Land für China besonders interessant. Brasiliens Exporte in die Volksrepublik China wiesen während der Jahre 2002 bis 2006 Zuwachsraten von mehr als 40 Prozent im Jahr auf, weshalb es nicht verwundert, dass - wie bereits in Kapitel IV. 2. erwähnt - China die USA als Brasiliens wichtigsten Handelspartner im Jahr 2009 abgelöst hat (vergl. ebenda). Während Brasilien aus China fast ausschließlich industriell gefertigte Produkte importiert, sind seine wichtigsten Exportgüter nach China, von denen über 70 Prozent Primärprodukte ausmachen, unter anderem Metalle, Soja, Holz und Erdöl (vergl. ebenda sowie The Economist, 14. 1. 2012). „Brasilien ist [aber] auch eines der wenigen lateinamerikanischen Länder, die in nennenswerter Größenordnung industrielle Fertigprodukte wie Motoren und Autoteile nach China ausführen“ (Sangmeister/ Schönstedt 2010, S. 386). Dennoch gab der Automobilexport bereits Anlass zu Verstimmungen zwischen den beiden Wirtschaftsmächten (vergl. The Economist, 14. 1. 2012). Denn es ist vor allem China, das in letzter Zeit den brasilianischen Markt mit seinen Autos und anderen Massenprodukten überschwemmte. Dilma Rousseffs Regierung hat bereits entsprechend reagiert und die Steuern auf Autos, deren Bestandteile zu weniger als 65 Prozent aus Brasilien stammen, um 30 Prozentpunkte erhöht. Durch den Aufschwung in Asien hat auch Brasilien unter der „westlichen Krankheit“ Deindustrialisierung zu leiden und die Regierung versucht, mit kurzfristigen Reaktionen wie dieser gegenzusteuern. Dass solche Maßnahmen schon sehr

nahe an einen Verstoß gegen die Regeln der WTO herankommen, in der Brasilien als ernst zu nehmender Akteur eine größere Rolle spielen möchte und in deren Rahmen es lautstark die protektionistische Handelspolitik der entwickelten Industrienationen anprangert, sollte hier nicht unerwähnt bleiben. Der chinesische Staatskonzern und Autobauer JAC Motors, aber auch Jaguar Land Rover und BMW planen bereits aufgrund dieser neuen Importsteuer in Brasilien Werkshallen bauen zu lassen. Gleichzeitig treffen Hersteller aus Brasilien auf beachtliche nicht-tarifäre Handelserschwernisse in China, wie zum Beispiel das geschäftshindernde Vorgehen von staatlichen „Einkaufsleitern“ (vergl. ebenda). Chinas offensive Exportpolitik, die alle Regionen der Welt erfasst, stellt eine enorme Herausforderung für Brasilien dar (vergl. ebenda sowie Busch 2011, S. 12). Die brasilianische Industrie wurde durch einen starken Real, hohe Steuern und Zinssätze, schlecht ausgebildete Arbeitskräfte sowie eine unterentwickelte Infrastruktur in ihrer Entwicklung stark gebremst (vergl. ebenda). In ganz Lateinamerika wird der Handel mit China immer intensiver, was sich wiederum negativ auf den innerlateinamerikanischen Handel von industriell hergestellten Waren auswirkt (vergl. The Economist, 14. 1. 2012). Der ehemalige Industrieminister Sérgio Amaral, Vorsitzender des Brasilien-China Handelsrats, meint, „Brazil should lead a move to tear down all trade barriers within Latin America, thus turning the Chinese challenge into an opportunity“ (The Economist, 14. 1. 2012).

Trotz dieser Spannungen gibt es einige Bereiche, in denen China und Brasilien eng zusammenarbeiten (vergl. Sangmeister/ Schönstedt 2010, S. 386 f). Im Rahmen der strategischen Partnerschaft, die sich unter Präsident Luiz Inácio Lula da Silva weiter intensiviert hat, betreiben die beiden Staaten gemeinsam einen Erderkundungssatelliten zur Entdeckung natürlicher Ressourcen (*China-Brazil Earth Resources Satellites-Project – CBERS*). Des Weiteren bauen der brasilianische Flugzeughersteller *Embraer* und *Harbin Aviation Industry* aus China gemeinsam das Mittelstreckenflugzeug ERJ 145 (vergl. ebenda). „Im Mai 2004 wurde zudem die Zusammenarbeit im Bereich Nukleartechnologie vereinbart, welche die Lieferung von brasilianischem Uran nach China vorsieht sowie die Beteiligung Chinas an der Finanzierung des brasilianischen Nuklearprogramms“ (Sangmeister/ Schönstedt 2010, S. 387).

IV. 6. Brasilien und die Europäische Union

IV. 6. 1. Die Kooperationsstrategie zwischen EU und Lateinamerika

Bereits seit Mitte der Neunzigerjahre des Zwanzigsten Jahrhunderts ist die Europäische Union verstärkt bemüht, die Beziehungen zu den Staaten Lateinamerikas zu vertiefen und auszubauen (vergl. http://europa.eu/legislation_summaries/other/r14003_de.htm). Begonnen wurde dieser Annäherungsprozess mit der 1995 eingeleiteten Kooperationsstrategie (vergl. ebenda). Diese Kooperation mündete in eine strategische Partnerschaft und sollte weiterhin mehr und mehr ausgebaut werden (vergl. http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/latin_america/r14004_de.htm sowie <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52000DC0670:DE:HTML>).

Lateinamerika hatte sich bereits zu Beginn der Neunzigerjahre des vorigen Jahrhunderts als Wachstumsmarkt mit hohem Ausbaupotential erwiesen und schien daher für den Export europäischer Güter ein lukrativer Partner zu sein (vergl. http://europa.eu/legislation_summaries/other/r14003_de.htm). Doch auch der politische Dialog zwischen Lateinamerika und der Europäischen Union wurde immer intensiver. Dies ist unter anderem auf die regelmäßigen Treffen zwischen der Rio Gruppe und der EU auf Ministerebene zurückzuführen.

Außerdem waren die historische und kulturelle Verbundenheit dieser beiden Regionen und die fortschreitende Konsolidierung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit innerhalb Lateinamerikas, jedoch auch die verbesserte wirtschaftliche Situation und der Integrationsgrad unter den lateinamerikanischen Staaten eindeutige Indikatoren für eine gezielte Annäherung zwischen EU und Lateinamerika. Die EU gilt in dieser Region jedoch nicht nur als „Geschäftspartner“ und bedeutender ausländischer Direktinvestor, sondern auch als größter Geldgeber in der Entwicklungszusammenarbeit, die von Anbeginn mit technischer Unterstützung einherging (vergl. ebenda).

Darauf aufbauend wurde eine Kooperationsstrategie für den Zeitraum von 1996 bis 2000 entwickelt, um die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen EU und Lateinamerika zu festigen und auszubauen (vergl. http://europa.eu/legislation_

summaries/other/r14003_de.htm). Die zentralen Themen innerhalb dieses politischen Dialogs waren „Erhaltung des Friedens und der Stabilität der Region; Unterstützung des demokratischen Prozesses durch die Gemeinschaft; Verteidigung und Förderung der Menschenrechte“ (ebenda). Teil dieser Strategie ist es jedoch auch, Lateinamerika besser auf der internationalen „Politbühne“ zu positionieren sowie das Verhältnis der amerikanischen Staaten untereinander zu verbessern. Auch der Umweltschutz wird als zentrales Thema anvisiert (vergl. ebenda).

In dieser Phase der Beziehungen liegt somit ein eindeutiger Schwerpunkt auf der Entwicklungszusammenarbeit (vergl. http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/latin_america/r14004_de.htm). Die EU präsentiert sich hier generell als Garant für Entwicklung und Menschenrechte. Im Rahmen der Kooperationsstrategie soll jedoch auch die Basis für den weiteren Ausbau der Beziehungen zwischen EU und Lateinamerika geschaffen werden (vergl. ebenda).

IV. 6. 2. Die Strategische Partnerschaft zwischen EU und Lateinamerika

Die Ziele, die durch die Kooperationsstrategie erreicht wurden, waren nach Meinung der Europäischen Kommission durchaus zufriedenstellend (vergl. http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/latin_america/r14004_de.htm). So konnten die Demokratien Lateinamerikas weiter konsolidiert und auch die Wirtschaftsintegration, zum Beispiel durch die Beitritte zur Welthandelsorganisation, vorangetrieben werden (vergl. ebenda). Trotzdem wäre es nach wie vor unumgänglich, folgende Herausforderungen zu erkennen und zu bearbeiten, so die Europäische Kommission in ihrer „Mitteilung [...] vom 9. März 1999 über eine erneuerte Partnerschaft EU-Lateinamerika für den Beginn des 21.

Jahrhunderts“ (ebenda): „Konsolidierung der demokratischen Staatsordnung; harmonische Eingliederung in die Weltwirtschaft; Fortschritte bei den Regionalintegrationsbestrebungen; eine gerechtere Verteilung des wirtschaftlichen Reichtums, der eine gewisse makroökonomische Stabilisierung vorangehen muss; Industrialisierung unter Wahrung der Grundsätze einer zukunftsfähigen Entwicklung; verstärkte Investitionen in die Entwicklung von Humankapital“ (ebenda).

Somit fand im Juni 1999 der erste EU-Lateinamerika-Karibik Gipfel in Rio statt, um eine strategische biregionale Partnerschaft aufzubauen (vergl. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52000DC0670:DE:HTML>). Als Basis dieser Partnerschaft sollten folgende drei Punkte dienen: „intensiverer politischer Dialog; solide wirtschaftliche und finanzielle Beziehungen auf der Basis einer umfassenden und ausgewogenen Liberalisierung von Handel und Kapitalverkehr; und dynamische Zusammenarbeit in Schlüsselbereichen, insbesondere in den Bereichen Bildung, Soziales und Kultur sowie in der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung“ (ebenda). Diesem Gipfel folgten noch einige weitere, unter anderem in Spanien, Österreich und Peru, um die strategische Partnerschaft mit Lateinamerika weiter auszubauen (vergl. <http://de.wikipedia.org/wiki/EU-Lateinamerika-Gipfel>).

„Die strategische Partnerschaft steht für die Vision einer Neuordnung der internationalen Beziehungen, die auf multilaterale[...] Kooperation und Bearbeitung globaler Probleme setzt“ (Westphal 2003, S. 199). Ein wesentliches Kernstück der strategischen Partnerschaft ist somit der auf EU-Ebene oft zitierte Multilateralismus (vergl. http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/latin_america/r14004_de.htm). Die bedeutendsten Vorhaben in diesem Rahmen sind die Reformierung der Vereinten Nationen, Konfliktprävention, die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Kontrolle von Migration und die Bekämpfung von illegalen Handelsaktivitäten sowie die Förderung von Menschenrechten, Demokratie, nachhaltiger Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit sowie finanzieller Solidität (vergl. ebenda).

Auf zwei dieser Anliegen soll im folgenden kurz gesondert eingegangen werden:

Konfliktprävention sollte laut EU in allen bedeutenden Politikbereichen berücksichtigt werden (vergl. Six 2007, S. 17). Somit auch im Handel von Klein- und Leichtwaffen. Trotz angeblicher Anstrengungen seitens der EU ist die Kontrolle über den Export dieser Waffen noch sehr inkohärent. Dies führt zum Absurdum, dass die EU ein Hauptexporteur von Waffen nach Lateinamerika ist, während sie bemüht ist, Sicherheits- und Entwicklungspolitik miteinander zu verbinden (vergl. ebenda).

Genau *das* versucht die EU auch im Bereich der Migration (vergl. Six 2007, S.19 f). Die EU verfolgt im Rahmen der strategischen Partnerschaft ihre „klassische“ Migrationspolitik. Sie kategorisiert Migration als Sicherheitsproblem und Unsicherheit im Ursprungsland als Migrationsgrund. Die Migration aus Lateinamerika in die EU ist in der letzten Zeit deutlich angestiegen. Laut EU soll einerseits durch Entwicklungspolitik den Beweggründen für Migration entgegengewirkt werden, andererseits sind auch die Staaten Lateinamerikas dazu aufgefordert, durch entsprechende Kontrollen Migration einzudämmen (vergl. ebenda).

Im Vergleich zur Kooperationsstrategie verbindet die strategische Partnerschaft auch vielmehr die Entwicklungszusammenarbeit mit dem Ausbau beziehungsweise der Liberalisierung der Handelsbeziehungen (vergl. http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/latin_america/r14004_de.htm). Nach Meinung der EU muss der Kampf gegen Hunger und Armut mit der Liberalisierung der Märkte einhergehen, was jedoch von Teilen der Wissenschaft und vielen NGOs stark in Frage gestellt wird (vergl. Choplin/Strickner/Trouvé 2011, S. 16).

IV. 6. 3. Die EU und der Mercosur/ Mercosul

Brasilien, das größte und mit knapp 195 Millionen Einwohnern bevölkerungsreichste Land Lateinamerikas, ist Mitglied des Mercosur (portugiesisch: Mercosul) einem Binnenmarkt, dem als Mitgliedstaaten außerdem Argentinien, Paraguay und Uruguay sowie als assoziierte Staaten Chile und Bolivien, Peru, Ecuador und Kolumbien angehören (vergl. http://www.weltalmanach.de/staat/staat_detail.php?fwa_id=brasilie sowie http://www.mercosur.int/t_generic.jsp?contentid=655&site=1&channel=secretaria&seccion=2). Die Europäische Union bemüht sich um die Errichtung einer Freihandelszone mit dem Mercosur und will die Kooperation mit den Mercosur-Mitgliedstaaten intensivieren (vergl. http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with

[_third_countries/latin_america/r14004_de.htm](#)). Dazu wurde das interregionale Kooperationsabkommen EG-Mercosur im Dezember 1995 unterzeichnet und trat im Juli 1999 in Kraft (vergl. ebenda).

Mit diesem Abkommen wurden agro-industrielle sowie industrielle Standards und technische Normen vereinheitlicht (vergl. Westphal 2003, S. 190). Kleine und mittlere Unternehmen wurden besonders unterstützt (vergl. ebenda). „Die Verhandlungen zur Erleichterung von Geschäftsbeziehungen (*Business Facilitation Measures*), zur Liberalisierung von Dienstleistungen und zum Schutz des geistigen Eigentums im Rahmen der Assoziationsverhandlungen mit dem MECOSUR dienen insbesondere dem Erhalt, Schutz und Ausbau der Marktposition der europäischen Firmen“ (ebenda).

Die EU bestand bereits nach der Gründung der WTO im Jahr 1994 auf Gesprächen zur weiteren Liberalisierung der Weltmärkte, welche im Jahr 2001 in Doha, Katar, ihren Anfang nahmen (vergl. <http://www.euractiv.com/de/handel/eu-brasilien-begrunden-strategische-partnerschaft/article-165275> sowie Choplin/Strickner/Trouvé 2011, S. 16). Aufgrund des globalen Konflikts im Rahmen der Doha-Runde sind die Gespräche zwischen EU und Mercosur jedoch ins Stocken geraten. Während nämlich EU und USA den Abbau von Zöllen und die Öffnung der Märkte von den Entwicklungs- und Schwellenländern fordern, verlangen diese wiederum von den USA und der EU die Kürzung ihrer Agrarsubventionen sowie die Reduktion von Agrarimportzöllen.³⁶ Da hier jedoch bis zum heutigen Tag auf multilateraler Ebene im Rahmen der WTO kein Ergebnis in Aussicht ist, verfolgt die EU nun ihre Handelsinteressen vermehrt auf bilateraler Ebene (vergl. ebenda).

IV. 6. 4. Die Strategische Partnerschaft mit Brasilien

Der Europäischen Union liegt viel daran, die Beziehungen zu den einzelnen lateinamerikanischen Staaten zu intensivieren und eben auch zu diversifizieren (vergl. http://eur-lex.europa.eu/smartapi/cgi/sga_doc?smartapi!celexplus!prod

³⁶ Vergl. Manz 2007, S. 29

!DocNumber&lg=de&type_doc=COMfinal&an_doc=2000&nu_doc=670). Dieses Anliegen wurde jedoch schon am ersten EU-Lateinamerika-Karibik-Gipfeltreffen in Rio 1999 ausgesprochen (vergl. ebenda).

Auch wenn die Außenpolitik der EU bei weitem noch nicht sehr kohärent ist, so weiß die EU doch ihren wesentlichen Eigeninteressen durch die Kombination von Geoökonomie und Geopolitik geschickt nachzugehen (vergl. Six 2007, S. 21). Beim ersten EU-Brasilien Gipfel am 4. Juli 2007 in Lissabon wurde eine strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Brasilien abgeschlossen (vergl. <http://www.euractiv.com/de/handel/eu-brasilien-begrunden-strategische-partnerschaft/article-165275>). Damit wurde ein Trend fortgesetzt, der sich bereits durch frühere Verbindungen dieser Art mit anderen BRIC-Staaten abzeichnete (vergl. ebenda). Brasilien ist das wirtschaftlich stärkste Land Lateinamerikas und war im Jahr 2009 der zehntgrößte Handelspartner der Europäischen Union (vergl. ebenda sowie <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/102&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>). Eine zentrale Verpflichtung der strategischen Partnerschaft ist es, die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu festigen und zu erweitern (vergl. http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/latin_america/r14021_de.htm). Im Jahr 2009 wurden Waren im Wert von 21,6 Milliarden Euro aus der EU nach Brasilien exportiert und im Wert von 25,7 Milliarden aus Brasilien in die EU importiert (vergl. <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/102&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>). Auch wenn das Handelsvolumen im Vergleich zum Jahr 2008 aufgrund der globalen Stagnation zurückging, ist dieses nach wie vor beachtenswert (vergl. ebenda). Im Jahr 2010 stiegen die europäischen Exporte nach Brasilien mit 31,3 Milliarden Euro schon wieder auf ein neues Rekordhoch an (vergl. <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/141&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>). Mit 32,4 Milliarden Euro im selben Jahr konnten die europäischen Importe aus Brasilien dennoch nicht ihren Wert von 35,9 Milliarden Euro des Jahres 2008 erreichen (vergl. ebenda).

Von essentieller Bedeutung für die EU ist Brasilien als weltweit wichtigster Produzent von Biotreibstoffen und –ölen (vergl. <http://www.euractiv.com/de/handel/eu-brasilien->

begründen-strategische-partnerschaft/article-165275). Der portugiesische Ölkonzern Galp Energia hat sich im Rahmen des EU-Brasilien Gipfels am 4. Juli 2007 durch ein Abkommen mit der brasilianischen Petrobras die Produktion von 600 000 Tonnen Pflanzenöl gesichert. Der brasilianische Regenwald, der größte Produzent von Sauerstoff, kommt durch die immer größer werdende Produktion von Biotreibstoffen und -ölen mehr und mehr in Bedrängnis(vergl. ebenda).³⁷

Ein Widerspruch besteht darin, dass sich die beiden Partner jedoch gleichzeitig verpflichtet haben, sich gemeinsam für die Belange „Frieden und Sicherheit, Reform der Vereinten Nationen, Ausmerzung der Armut, [und eben auch M. S.]Umweltschutz, Energie [und M. S.] Klimawandel“ (http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/latin_america/r14021_de.htm) einzusetzen(vergl. ebenda). Natürlich hat Brasilien ein nachvollziehbares Interesse daran, mit der EU Geschäfte zu machen, was dem Land auch gut gelingt

(vergl. <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/102&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en> sowie <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/141&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>). Immerhin hat Brasilien gegenüber der Union eine positive Handelsbilanz(vergl. ebenda). Jedoch hat es oft den Anschein, dass Themen wie Umwelt und nachhaltige Entwicklung, die für beide Seiten Vertragsbestandteile sind, in diesem Zusammenhang nicht ausreichend beachtet werden.

Auch die Punkte Sicherheit und Armut sind für beide Akteure von zentraler Bedeutung (vergl. http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/latin_america/r14021_de.htm). In weiten Teilen Brasiliens, wie zum Beispiel im Bundesstaat Pará, der so groß wie Westeuropa ist, sind Exekutive und Legislative kaum vorhanden, weshalb Amazonasbewohner durch Piraten, und Landlose durch Killerkommandos im Auftrag von Großgrundbesitzern ermordet werden (vergl. Schmidt-Häuer 2011). Auch die EU hat aus bereits erwähnten migrationspolitischen, jedoch auch aus wirtschaftspolitischen Gründen (Kaufkraft und

³⁷ Siehe zum Agrobusiness auch Kapitel IV. 4.

Investitionserleichterung), ein hohes Interesse an einer Verbesserung der Sicherheitslage sowie am Kampf gegen Armut.

Zusätzlich sind die Themen Seeverkehr, Informationsgesellschaft, regionale Entwicklung, Kultur und Bildung zentrale Anliegen der strategischen Partnerschaft (vergl. http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/latin_america/r14021_de.htm). Das gemeinsame Communiqué vom 1. Juli 2011 betont die Zufriedenheit der beiden Akteure, EU und Brasilien, über den fortgeschrittenen Ausbau der Beziehungen zueinander und das Ansinnen, diese weiter zu vertiefen (vergl. http://www.eeas.europa.eu/brazil/docs/2011_eu-brazil_joint_committee_en.pdf). So soll zum Beispiel gemeinsam Kernenergieforschung betrieben werden. Beide Seiten bedauern den Stillstand der Doha-Verhandlungen und betonen die Wichtigkeit, diese zu einem positiven Ende zu führen. Auch ein EU-Mercosur-Assoziierungsabkommen sollte endlich abgeschlossen werden, so die EU und Brasilien. Der letzte EU-Brasilien-Gipfel fand am 4. Oktober 2011 in Brüssel statt, an dem der Aktionsplan für die Jahre 2012-14 von den Staats- und Regierungschefs abgesegnet wurde (vergl. ebenda). Die fünf Hauptpunkte des Aktionsplans sind:

- “Promoting peace and comprehensive security through an effective multilateral system;
- Enhancing the Economic, Social and Environmental Partnership to promote sustainable development;
- Promoting regional cooperation;
- Promoting science, technology and innovation;
- Promoting people-to-people exchanges”

(http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/124878.pdf).

Auch die beiderseitigen Bemühungen um ein positives Abschließen der Doha-Runde sowie des EU-Mercosur-Assoziierungsabkommens wurden erneut betont (vergl. http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/124878.pdf). „Solange die EU [jedoch] ihren Agrarmarkt nicht öffnet, wird ein Freihandelsabkommen, sei es bilateral oder inter-regional, nicht unterzeichnet werden. Im Gegenzug wird Brasilien seine Zollbarrieren für Dienstleistungen und bestimmte

Industrieprodukte [„wie zum Beispiel der Automobilindustrie, M. S.] aufrechterhalten“ (Birle/ Gratius 2010, S. 314).

Trotz dieser handelspolitischen Konflikte stellt die strategische Partnerschaft zwischen Europäischer Union und Brasilien dennoch eine Wertegemeinschaft dar, in der man internationale Positionen miteinander abstimmt, um gemeinsam regionale sowie internationale Konflikte zu schlichten und das Einhalten demokratischer Prinzipien und Normen einzumahnen (vergl. Birle/ Gratius 2010, S. 315). Im Rahmen der strategischen Partnerschaft wird zwar von einer Reform der Vereinten Nationen gesprochen, dass diese aber auf eine Erweiterung der Zahl der ständigen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat hinausläuft, ist angesichts der ablehnenden Haltung von Seiten der EU-Mitgliedsstaaten Frankreich und Großbritannien mehr als fraglich.

Insgesamt kann aber gesagt werden, dass - auch wenn die strategische Partnerschaft Themen wie Sicherheit, Umwelt, Wissenschaft und Kultur mit einschließt - es trotzdem in erster Linie die Wirtschaftsbeziehungen sind, die „die Geschwindigkeit und das Ausmaß der Weiterentwicklung der Partnerschaft bestimmen“ (Westphal 2003, S. 191). Dies gilt sowohl für die interregionale strategische Partnerschaft zwischen EU und Lateinamerika als auch für die bilaterale zwischen der Europäischen Union und Brasilien (vergl. ebenda sowie Hoffmann 2000, S. 193 und Westphal 2003, S. 193 f). Vor allem die USA und ihr Engagement im Rahmen des 1994 in Kraft getretenen NAFTA³⁸-Vertrages, dem Mexiko seit dem selben Jahr angehört, sowie das Freihandelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Chile „riefen auf Seiten der EU Befürchtungen über künftige Terrainverluste auf dem lateinamerikanischen Markt hervor, denen es mit eigenen Initiativen entgegenzuwirken galt“ (Hoffmann 2000, S. 193; vergl. hierzu auch Westphal 2003, S. 193 f). Diese Befürchtungen bestanden durchaus zu Recht, denn zwischen den Jahren 1994 und 1997 schrumpfte der Anteil der Europäischen Union am Außenhandel Mexikos um fast 50 Prozent (vergl. Westphal 2003, S. 193 f). Die europäische Antwort war ein Assoziationsabkommen zwischen Mexiko und der EU (vergl. ebenda). Während also der Wirtschaftskonkurrent USA einen wesentlichen „Antriebsmotor“ in der Entwicklung der - im wahrsten Sinne des Wortes - strategischen Partnerschaften der EU darstellte, finden diese - und vor allem jene mit Brasilien - in letzter Zeit eine neue

³⁸ North American Free Trade Agreement

Rechtfertigung im schier unaufhaltsam erscheinenden Aufstieg Chinas in der Weltwirtschaft (vergl. Westphal 2003, S.191, 193 f sowie Hoffmann 2000, S. 193).

Damit Europa nicht noch stärker von China als bedeutender Handelspartner Brasiliens verdrängt wird, sollte den wiederholten offiziellen Absichtserklärungen in Reden und Presseaussendungen von EU und Brasilien, sich im Rahmen der Doha-Runde und bezüglich eines EU-Mercosur-Assoziierungsabkommens näher kommen zu wollen und zu müssen, endlich ein konsequentes Handeln folgen. Dabei wird es unumgänglich sein, dass sich die Europäische Union und Brasilien auf einen für beide Seiten akzeptablen und verträglichen Kompromiss einigen, der beidseitiges und nachhaltiges Wirtschaftswachstum im Rahmen der neuen globalen Wirtschaftsentwicklungen garantiert.

V. Conclusio

Brasilien hat seit seiner offiziellen Entdeckung im April des Jahres 1500 durch den portugiesischen Seefahrer Pedro Álvares Cabral eine facettenreiche Geschichte durchlebt. Wurde das Land von seinen portugiesischen Kolonialherren, die vom Gewürzhandel in Asien verwöhnt waren, anfangs nur geringschätzig als Holzlieferant betrachtet, schätzten die Portugiesen Brasilien im Laufe seiner Kolonialisierung mehr und mehr für seine fruchtbaren Ackerböden und die daraus gezogenen Agrarprodukte wie Kaffee, Zucker und Tabak, aber auch für seine Goldvorkommen. Gleichzeitig wurde von portugiesischer Seite stets beharrlich darauf geachtet, die riesige Kolonie in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu unterdrücken, um so die Abhängigkeit vom Mutterland für Jahrhunderte zu gewährleisten. Diese Abhängigkeit sollte erst ab 1808 durch die Verlegung der königlichen Residenz von Lissabon nach Rio de Janeiro - aufgrund der Besetzung Portugals durch die napoleonischen Truppen - schrittweise abgebaut, jedoch gleichzeitig durch die wirtschaftliche Abhängigkeit aus dem Außenhandel, allen voran mit Kaffee, ersetzt werden.

Das größte Land Lateinamerikas wuchs von der einfachen Kolonie zum Portugal gleichgestellten Königreich und schließlich zum unabhängigen Kaiserreich heran, bevor es sich 1889 in eine Republik mit demokratischen Grundsätzen verwandelte, die schließlich nach einer wechselvollen Phase von politischer Instabilität in der Militärdiktatur endete. Die brasilianische Militärdiktatur, die von 1964 bis 1985 andauern sollte, bildet in Brasiliens Geschichte eine Zäsur. Das Regime forderte tausende Opfer und polarisiert die Bevölkerung Brasiliens bis zum heutigen Tag. Heute ist Brasilien längst eine konsolidierte Demokratie und setzt sich an der Seite anderer Staaten, zum Beispiel im Rahmen der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti, für Frieden und Stabilität in der Welt ein.

Es konnte sich jedoch nicht nur Brasiliens politisches System konsolidieren, sondern auch seine Wirtschaft. Brasilien ist längst nicht mehr bloßer Produzent von Agrarprodukten, sondern versorgt Lateinamerika und den Rest der Welt mit industriell hergestellten

Lebensmitteln, hochwertigen technischen Maschinen und Motoren und anderen industriell gefertigten Produkten. Das vormals staatliche Unternehmen Embraer, heute neben Boeing und Airbus einer der größten Flugzeughersteller der Welt, ist eines von vielen Beispielen, wie sich Brasiliens Industrie erfolgreich in der Welt etablieren konnte.

Auch wenn Brasiliens Industrie in einigen Bereichen, wie im Nahrungsmittel- und Textilsektor sowie in der Metallverarbeitung, sehr erfolgreich ist, kann es der billigen Massenproduktion aus China dennoch nicht Paroli bieten. In einer globalisierten Welt, deren Weltbevölkerung rapide ansteigt und Lebensmittel und Rohstoffe immer knapper und wertvoller werden, hat Brasilien jedoch seine Chancen für wirtschaftlichen und politischen Aufstieg im Rohstoff- und Agrarsektor gefunden. Die weltweit steigende Nachfrage nach Agrarprodukten wie Soja, Biotreibstoffen oder Fleisch und der vor allem durch China angeheizte Wettlauf um Rohstoffe wie Erdöl, Lithium und Eisen machen Brasilien heute zu einem *global player*, auf den die industrialisierten Staaten der Welt nicht verzichten können.

Brasilien strebte über Jahrhunderte eine Position in der Welt an, die es tatsächlich erst während der letzten 10 Jahre einzunehmen begonnen hat. Hing Brasiliens Wirtschaft jahrhundertlang vom Export ab, bildete dieser im Jahr 2011 nur noch 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Heute hängen die Industrienationen mehr von Brasiliens Exporten ab als diese selbst.

Diese neue Position in der Weltwirtschaft hat sich auch auf das politische Selbstbild Brasiliens niedergeschlagen. Stets dienten dem Land die mächtigen USA im Norden des Kontinents, die bis zum Jahr 2009 Brasiliens wichtigster Handelspartner waren, als politisches und wirtschaftliches Vorbild. Gleichzeitig übernahmen die Vereinigten Staaten, nicht zuletzt aufgrund Brasiliens langjähriger wirtschaftlicher Abhängigkeit von diesen und der Dominanz der USA am gesamten amerikanischen Kontinent, die Rolle des brasilianischen Feindbildes, die davor die portugiesischen Kolonialherren innehatten. In diesem Kontext sind auch die wechselhaften diplomatischen Beziehungen Brasiliens zu den USA zu betrachten, die heute unter der Pragmatikerin Dilma Rousseff besser zu sein scheinen als unter ihrem Amtsvorgänger Luiz Inácio Lula da Silva. Dennoch sind die US-brasilianischen Beziehungen nach wie vor von Brasiliens neuem selbstbewussten

Auftreten und klar formulierten Forderungen, wie jene, die Agrarsubventionen und Importzölle der USA abzubauen, geprägt.

Brasiliens Beziehungen zur Europäischen Union konnten am Ende des 20. Jahrhunderts beziehungsweise während des beginnenden 21. Jahrhunderts im Rahmen der strategischen Partnerschaft zwischen EU und Lateinamerika und vor allem durch jene zwischen EU und Brasilien selbst intensiviert und ausgebaut werden. Dies betrifft sowohl die Entwicklungszusammenarbeit als auch die wirtschaftlichen Beziehungen. Dabei handelt es sich jedoch mehr um eine Reaktion als um Eigeninitiative. Denn Auslöser dafür waren die USA, die durch Freihandelsabkommen mit lateinamerikanischen Staaten begannen, die Europäer vom Wirtschaftsstandort Lateinamerika zu verdrängen. Zwar hat die strategische Partnerschaft die beiden Akteure, EU und Brasilien, politisch und wirtschaftlich einander näher gebracht, was durchaus begrüßenswert ist, es ist aber dennoch die EU, die im Rahmen dieses Annäherungsprozesses die Agenda und Schwerpunkte setzt. Brasilien wird jedoch auch hier mehr und mehr zum selbstbewussten Akteur mit klaren Zielen und Forderungen.

Sowohl ein Freihandelsabkommen zwischen Brasilien und den USA im Rahmen der von den USA projektierten gesamtamerikanischen Freihandelszone FTAA als auch ein solches Abkommen zwischen EU und Mercosur oder lediglich zwischen EU und Brasilien liegt aufgrund des Konflikts über US-amerikanische und europäische Agrarsubventionen und Importzölle nach wie vor in weiter Ferne. Doch selbst die Wirtschaftsintegration im Rahmen des Mercosur beziehungsweise Mercosul ist, nach anfänglichen Integrationsfortschritten in den Neunzigerjahren des 20. Jahrhunderts, längst ins Stocken geraten.

Brasilien ist bemüht, seine neue Position in der Weltwirtschaft weiter zu festigen und sieht hierzu in der Rolle als Anwalt der Entwicklungs- und Schwellenländer eine Möglichkeit. Als solcher tritt Brasilien in der WTO beziehungsweise im Rahmen der Doha-Runde auf, jedoch auch auf den BRICS-Gipfeltreffen gemeinsam mit Russland, Indien, China und Südafrika. Diese Länder sind gewillt, das vom Westen dominierte multilaterale System und die darauf beruhenden internationalen Organisationen wie die Vereinten

Nationen zu reformieren und den gegebenen Wirtschafts- und Machtverhältnissen des 21. Jahrhunderts anzupassen.

Vor diesem Hintergrund spielt Brasilien jedoch eine Doppelrolle. Einerseits setzt es gegenüber den USA und der Europäischen Union auf die Rolle des Entwicklungslandes, das im Gegensatz zu den alten Industrienationen keine Bringschuld in der Klimapolitik hat und von diesen fairen Wettbewerb im Welthandel, vor allem von Agrarprodukten, fordert. Andererseits schützt Brasilien seinen eigenen Markt und Industriestandort gegenüber der billigen Konkurrenz, allen voran aus China, mit hohen Importzöllen. Wenn Brasilien innerhalb der WTO als ernst zu nehmender Partner mehr Mitsprache erlangen möchte, wird es unumgänglich sein, diese zweigleisige Handelspolitik einzustellen.

Brasilien möchte jedoch nicht nur in der Welthandelsorganisation in Entscheidungsprozesse stärker eingebunden werden, sondern eben auch in den Vereinten Nationen beziehungsweise im UN-Sicherheitsrat, für den es einen ständigen Sitz einfordert. Zwar ist Brasilien keine militärische Größe unter den Mächten der Welt, jedoch setzt das Land sehr erfolgreich auf „soft power“, beispielsweise durch das Schmieden von Allianzen mit anderen Schwellenländern. Diese Erfolge sind vor allem auf Brasiliens hervorragenden diplomatischen Dienst zurückzuführen. Auch wenn sich die Europäische Union im Rahmen der strategischen Partnerschaft mit Brasilien eine Reform der Vereinten Nationen offiziell auf die „Fahnen geheftet“ hat, ist es momentan mehr als unwahrscheinlich, dass Frankreich oder Großbritannien einer Reform, in der die Zusammensetzung des UN-Sicherheitsrats erweitert werden würde, zustimmen. Fraglich ist jedoch, wie lange der Westen seine alten Machtstrukturen auf dem internationalen Parkett aufrecht erhalten kann, ohne seine Stellung mit den jungen und aufsteigenden Mächten teilen zu müssen.

Auch wenn Brasilien auf eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte vor allem der letzten 10 Jahre zurückblicken kann, steht das Land dennoch vor großen Herausforderungen. Zwar konnten durch wirtschaftlichen Aufstieg und staatliche Förderprogramme wie *bolsa familia* soziale Misstände gemildert, jedoch noch lange nicht aufgehoben werden. Millionen von Menschen leben nach wie vor unter der Armutsgrenze. Auch die Gewalt, sowohl in Brasiliens Städten als auch in ländlichen Regionen wie im Bundestaat Pará, ist

noch immer ein großes Problem. Im Rahmen der Vorbereitungen auf die Fußball WM im Jahr 2014 und die Olympischen Spiele im Jahr 2016 ist man bemüht, dieses Problems Herr zu werden. Hinzu kommen die Opfer, die die ehrgeizige Wirtschaftspolitik Brasiliens fordert. Dazu zählen einerseits Kleinbauern, Landlose und Indigene, deren Interessen im Rahmen des flächenintensiven Agrobusiness auf der Strecke bleiben und andererseits der Regenwald, der durch diese boomende Landwirtschaftspolitik immer weiter zurückgedrängt wird. Wachstum geschieht hier eindeutig auf Kosten einer nachhaltigen Sozial- und Umweltpolitik.

Brasilien birgt großes Potential in sich. Dies sind nicht nur fruchtbare Böden und zahlreiche Bodenschätze, die dem Land zum weiteren Aufstieg verhelfen können. Brasilien kann stabile politische Verhältnisse aufweisen und eine junge aufstrebende Bevölkerung. Mit seinem Geschick, zu vermitteln und Allianzen zu bilden, und seiner kulturellen Nähe einerseits zu den alten Mächten des Westens sowie seiner politischen Nähe andererseits zu den aufstrebenden BRICS-Staaten, kann es eine bedeutende Brückenfunktion innerhalb eines sich neu formierenden Multilateralismus erfüllen. Wenn es Brasilien schafft, sein Wachstum langfristig im Rahmen einer nachhaltigeren Politik weiter aufrechtzuerhalten, wird sowohl seine gesamte Bevölkerung stärker davon profitieren, als auch das Land selbst weiter an Einfluss und Macht innerhalb der internationalen Organisationen und Institutionen gewinnen.

VI. Anhang

VI. 1. Literaturverzeichnis

- Barrios, Harald (1999), Die Außenpolitik junger Demokratien Südamerikas; Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay, Leske + Budrich, Opladen
- Bernecker, Walther L./ Pietschmann, Horst/ Zoller, Rüdiger (2000), Eine kleine Geschichte Brasiliens, Suhrkamp, Frankfurt am Main
- Birlé, Peter/ Grätius, Susanne (2010), Die Außenpolitik in: Sergio Costa/Gerd Kohlhepp/ Horst Nitschack/ Hartmut Sangmeister(2010), Brasilien heute. Geographischer Raum, Politik, Wirtschaft, Kultur., Bibliotheca Ibero-Americana, Vervuert Verlag, Madrid, Frankfurt am Main
- Borg, Erik (2001), Steinbruch Gramsci: Hegemonie im internationalen politischen System, <http://www.sopos.org/aufsaetze/3bbdcd9ea0c9f/1.phtml>
- Busch, Alexander (2011), Wirtschaftsmacht Brasilien, Hanser Verlag, München
- Cassata, Donna (2011), State Department Faces Pressure to Cut Spending, The Fiscal Times, <http://www.thefiscaltimes.com/Articles/2011/10/12/AP-State-Department-vs-Congress.aspx#page1>
- Choplin, Gérard/Strickner, Alexandra/Trouvé, Aurélie(2011), Die Geschichte der GAP, in: dies., Ernährungssouveränität: Für eine andere Agrar- und Lebensmittelpolitik in Europa, Mandelbaumverlag, Wien
- Clinton, Hillary (2011), America's Pacific Century, Foreign Policy, [http://www.foreignpolicy.com/articles/2011/10/11/americas_pacific_century Companies_Look_Abroad_for_Acquisitions#](http://www.foreignpolicy.com/articles/2011/10/11/americas_pacific_century_Companies_Look_Abroad_for_Acquisitions#)
- Der Neue Brockhaus (1960), Zweiter Band, F. A. Brockhaus, Wiesbaden
- Dilger, Gerhard (2011), Unser Kompass zeigt gen Süden, Fortschritte und Hindernisse auf dem Weg zur regionalen Integration Südamerikas, Le Monde diplomatique, 8.4.2011
- Domm, Patti (2011), Brazil's Cash Rich Companies Look Abroad for Acquisitions, CNBC, http://www.cnbc.com/id/42448802/Brazil_s_Cash_Rich_

- Erling, Johnny (2011), China rüstet auf – und schweigt über seine Absichten, Welt Online, <http://www.welt.de/politik/ausland/article12702385/China-ruestet-auf-und-schweigt-ueber-seine-Absichten.html>
- Farzad, Roben (2011), Angola and Brazil Are Buying Portuguese Companies, Bloomberg Businessweek, <http://www.businessweek.com/magazine/angola-and-brazil-are-buying-portuguese-companies-09152011.html>
- Fatheuer, Thomas (2011), Das brasilianische Modell. Entwicklung ist Umverteilung plus Großprojekte, Le Monde diplomatique, 11.3.2011
- Frenzel, Veronica (2011), Wie geht es dem Amazonas-Regenwald?, Geo Special, 5/2011
- Fritz, Barbara (2010), Orthodoxie und Sozialpolitik. Zur gemischten Bilanz der brasilianischen Wirtschaftspolitik, in: Sergio Costa/Gerd Kohlhepp/ Horst Nitschack/ Hartmut Sangmeister(2010), Brasilien heute. Geographischer Raum, Politik, Wirtschaft, Kultur., Bibliotheca Ibero-Americana, Vervuert Verlag, Madrid, Frankfurt am Main
- Gratius, Susanne (2003), MERCOSUR – Gravitationszentrum in Südamerika?, in: Klaus Bodemer/ Susanne Gratius (2003), Lateinamerika im internationalen System: Zwischen Regionalismus und Globalisierung, Leske + Budrich, Opladen
- Haddad, Mônica A. (2009), A Spatial Analysis of Bolsa Família: Is Allocation Targeting the Needy?, in: Joseph L. Love/ Werner Baer (2009), Brazil under Lula, Palgrave Macmillan, New York
- Hierländer, Jeannine (2012), „Lifestyle-Supermacht“. Weltbank: Europa muss mehr arbeiten, Die Presse, 26. 01. 2012
- Hoffmann, Karl-Dieter (2000), Die EU und Lateinamerika: Chancen und Grenzen einer *special relationship*, in: Klaus Schubert, Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (2000), Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik, Leske + Budrich, Opladen
- Hofmeister, Wilhelm (2010), Brasilien und die regionale Wirtschaftsintegration, in: Sergio Costa/Gerd Kohlhepp/ Horst Nitschack/ Hartmut Sangmeister(2010), Brasilien heute. Geographischer Raum, Politik, Wirtschaft, Kultur., Bibliotheca Ibero-Americana, Vervuert Verlag, Madrid, Frankfurt am Main
- Hölzl, Marcus (2010), Brasilien auf dem Weg zum *Global Player*? Das außenpolitische Vermächtnis Lulas, Dissertation, Universität Wien, Wien

- Jacob, Ernst (1974), Grundzüge der Geschichte Brasiliens, Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt, Darmstadt
- Jaffrelot, Christophe (2011), Gemeinsam gegen den Westen. Bei Bedarf können Indien und China ihre Rivalitäten zurückstellen, Le Monde diplomatique, <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2011/05/13/a0047.text.name,ask7IONKY.n,0>
- Kaiser, Stefan/ Simons, Stefan (2011), Ein Action-Thriller ohne Happy End, Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,795974,00.html>
- Khanna, Parag (2011), Look South, Not East, Foreign Policy, http://www.foreignpolicy.com/articles/2011/11/11/look_south_not_east
- Kohlhepp, Gerd (2010), Strukturprobleme der Agrarwirtschaft, in: Sergio Costa/Gerd Kohlhepp/ Horst Nitschack/ Hartmut Sangmeister(2010), Brasilien heute. Geographischer Raum, Politik, Wirtschaft, Kultur., Bibliotheca Ibero-Americana, Vervuert Verlag, Madrid, Frankfurt am Main
- König, Hans-Joachim (2009), Kleine Geschichte Lateinamerikas, Reclam, Stuttgart
- Konzett, Eva (2011), Nach Brasilien die EU: Portugals zweite Chance, Wirtschaftsblatt, <http://www.wirtschaftsblatt.at/archiv/nach-brasilien-die-eu-portugals-zweite-chance-482401/index.do>
- Manz, Thomas (2007), Allianzen und Gruppen im Global Governance-System – Multilateralismus zwischen partikularen Interessen und universellen Anforderungen, Friedrich Ebert Stiftung, http://www.fes.de/ipg/inhalt_d/pdf/04_Manz_D.pdf
- Manz, Thomas (2008), Multilateralismus des Südens – Neue Allianzen zwischen Schwellenländern, in: Ditmar Staffelt, Deutschland in der Globalisierung: Chancen und Herausforderungen, Keyser Verlag, Berlin,
- Maresch, Rudolf (2000), Europa – mon amour, Der alte Kontinent bläst zur Aufholjagd und erfährt seine Grenzen, <http://www.rudolf-maresch.de/texte/35.pdf>
- Nye, Joseph S. Jr. (1990), Bound to Lead, The Changing Nature of American Power, Basic Books, New York
- Nye, Joseph S. Jr. (2002), The Paradox of the American Power, Why the World's Only Superpower Can't Go It Alone, Oxford University Press, Oxford, USA

- Nye, Joseph S. Jr. (2011), Macht im 21. Jahrhundert : politische Strategien für ein neues Zeitalter, Siedler Verlag, München
- Nye, Joseph S. Jr. (2011a), The War on Soft Power, Foreign Policy, http://www.foreignpolicy.com/articles/2011/04/12/the_war_on_soft_power?page=0,1
- Pignotti, Dario (2011), Dilma im Lula-Land, Brasiliens neue Präsidentin kämpft mit alten Strukturen, Le Monde diplomatique, 14. 10. 2011
- Rachman, Gideon (2011), Think Again: American Decline, Foreign Policy, http://www.foreignpolicy.com/articles/2011/01/02/think_again_american_decline?page=full
- Rehrmann, Norbert (2005), Lateinamerikanische Geschichte; Kultur, Politik, Wirtschaft im Überblick, Rowohlt, Hamburg
- Rocha, Geisa Maria (2010), Null Hunger, In Brasilien geht die Ära Lula zu Ende. Eine wirtschaftliche Bilanz, Le Monde diplomatique, 10.9.2010
- Rode, Reinhard (2010), Der schleichende Niedergang des Westens: Multilateralismus als Gegenmittel, LIT Verlag, Berlin
- Rossi, Clovis (2010), Des riches plus riches, des pauvres toujours pauvres, Courrier international, 30. 9. 2010
- Sangmeister, Hartmut/ Schönstedt, Alexa (2010), Zwischen Globalisierung und Regionalisierung, in: Sergio Costa/Gerd Kohlhepp/ Horst Nitschack/ Hartmut Sangmeister(2010), Brasilien heute. Geographischer Raum, Politik, Wirtschaft, Kultur., Bibliotheca Ibero-Americana, Vervuert Verlag, Madrid, Frankfurt am Main
- Schmalz, Stefan/ Ebenau, Matthias (2011), Auf dem Sprung – Brasilien, Indien und China, Zur gesellschaftlichen Transformation in der Krise, Dietz Verlag, Berlin
- Schmidt, Helmut (2004), Die Mächte der Zukunft : Gewinner und Verlierer in der Welt von morgen, Siedler Verlag, München
- Schmidt-Häuer, Christian (2011), Die Flusspiraten von Pará, Die Zeit, 30. 6. 2011
- Sileitsch, Hermann (2011), Double Dip für zwei Weltmächte, Wiener Zeitung, 31. 12. 2011
- Six, Clemens (2007), Entwicklung als Risikominimierung? Sicherheitsdiskurse in der Europäischen Entwicklungspolitik, Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung, Wien
- Smith, Peter H. (2008), Talons of the Eagle, Oxford University Press, New York, Oxford

- The Economist (2012), Brazil's trade policy, Seeking protection, 14. 1. 2012
- Welter, Patrick (2012), Lehren aus Washington, Frankfurter Allgemeine Zeitung, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/schuldenkrise-lehren-aus-amerika-11595321.html>
- Westphal, Kirsten(2003), Die strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika: Konkretes Handlungsmodell oder nur Vision?, in: Klaus Bodemer/ Susanne Grätius (2003), Lateinamerika im internationalen System: Zwischen Regionalismus und Globalisierung, Leske + Budrich, Opladen
- Wiener Zeitung (2012), Griechenland steht nun vor „geordneter Pleite“, 21./ 22. 1. 2012
- Wiener Zeitung (2012), Zeit der langen Kriege ist vorbei, 7./ 8. 1. 2012
- Zweig, Stefan (1997), Brasilien, Ein Land der Zukunft, Insel Verlag, Frankfurt am Main, Leipzig

Internetquellen:

- <http://brasilienaktuell.blogspot.com/2011/01/agrobusiness-exportiert-2010-produkte.html>
- <http://brasil-web.de/Brasilien/Informationen/Industrie.html>
- http://de.wikipedia.org/wiki/Arnold_Wolfers
- <http://de.wikipedia.org/wiki/EU-Lateinamerika-Gipfel>
- http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Union
- http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ischer_Binnenmarkt
- <http://de.wikipedia.org/wiki/FTAA>
- <http://de.wikipedia.org/wiki/FTAA>
- <http://de.wikipedia.org/wiki/G8>
- http://de.wikipedia.org/wiki/Gemeinsame_Au%C3%9Fen-_und_Sicherheitspolitik
- http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_Chinas
- http://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich_Triepel
- http://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler_W%C3%A4hrungsfonds

- http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Mitglieder_der_WTO
- <http://de.wikipedia.org/wiki/Mercosur>
- <http://de.wikipedia.org/wiki/USA>
- <http://devisen-handeln.org/forex-news/finanzmarkt/brasilien-in-der-wirtschaftskrise>
- <http://en.mercopress.com/2011/12/16/fdi-in-brazil-jumped-four-times-since-2005-totalling-661bn-us-main-investor>
- <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52000DC0670:DE:HTML>
- http://eur-lex.europa.eu/smartapi/cgi/sga_doc?smartapi!celexplus!prod!DocNumber&lg=de&type_doc=COMfinal&an_doc=2000&nu_doc=670
- http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/latin_america/r14004_de.htm
- http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/latin_america/r14021_de.htm
- http://europa.eu/legislation_summaries/other/r14003_de.htm
- <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/102&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>
- <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/141&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
- <http://sdden.wordpress.com/2009/10/12/land-reform-under-lula-one-step-forward-one-step-back-2/>
- <http://www.bbc.co.uk/news/world-latin-america-16288184>
- <http://www.bmwfj.gv.at/Wirtschaftspolitik/Wirtschaftspolitik/Seiten/LissabonStrategie.aspx>
- http://www.chinadaily.com.cn/world/2010-04/16/content_9736918.htm
- http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/124878.pdf
- http://www.eeas.europa.eu/brazil/docs/2011_eu-brazil_joint_committee_en.pdf
- <http://www.euractiv.com/de/handel/eu-brasilien-begrunden-strategische-partnerschaft/article-165275>
- http://www.finanzen.net/devisen/us_dollar-real-kurs

- http://www.mdic.gov.br/arquivos/dwnl_1275504361.pdf
- http://www.mdic.gov.br/arquivos/dwnl_1275504684.pdf
- http://www.mdic.gov.br/arquivos/dwnl_1275505327.pdf
- http://www.mdic.gov.br/arquivos/dwnl_1298052907.pdf
- http://www.mercosur.int/t_generic.jsp?contentid=655&site=1&channel=secretaria&seccion=2
- <http://www.mstbrasilien.de>
- <http://www.nationsencyclopedia.com/Americas/Brazil-FOREIGN-INVESTMENT.html>
- <http://www.neues-deutschland.de/artikel/196452.ein-riesiger-kolonialer-bauernhof.html>
- <http://www.pt.org.br/>
- <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,726369,00.html>
- <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,795569,00.html>
- <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,805987,00.html>
- <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,807632,00.html>
- <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,810051,00.html>
- http://www.weltalmanach.de/staat/staat_detail.php?fwa_id=brasilie
- <http://www.wirtschaftslexikon24.net/d/allianz-fuer-den-fortschritt/allianz-fuer-den-fortschritt.htm>
- http://www.wto.org/english/thewto_e/whatis_e/tif_e/org3_e.htm
- <http://www.zeit.de/wirtschaft/2011-10/bip-usa-zuwachs>
- <https://www2.psdb.org.br/>

VI. 2. Abstract (Deutsch)

Während die westlichen Industrienationen, allen voran die USA und die Staaten der Europäischen Union, am Beginn des 21. Jahrhunderts mit einer Deindustrialisierung, Abwanderung von Arbeitsplätzen in „Billiglohnländer“ und der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit 1929 zu kämpfen haben, profitieren die aufstrebenden Schwellenländer, vor allem die BRICS-Staaten, von einem scheinbar unaufhaltsamen Wirtschaftswachstum. Zu diesen Ländern zählt auch Brasilien, das sich im Laufe seiner Geschichte von der politisch wie wirtschaftlich unterdrückten portugiesischen Kolonie zu einer konsolidierten Demokratie und Wirtschaftsmacht entwickelt hat. In einer Zeit, in der Rohstoffe und Lebensmittel immer knapper und teurer werden, ist Brasilien, als bedeutender Exporteur dieser Güter, bestrebt, seine wirtschaftliche und politische Macht sowohl auf regionaler als auch auf globaler Ebene auszubauen. Dies sollte vor allem durch anhaltendes Wirtschaftswachstum sowie im Rahmen von „soft power“ mit Hilfe von Allianzen mit anderen Entwicklungs- und Schwellenländern erfolgen.

Im Rahmen der hier vorliegenden Arbeit soll dieses Streben nach Macht und die sich im Wandel befindende Rolle Brasiliens in der Welt untersucht werden. Dazu werden anfangs die Begriffe „Macht“ und „Hegemonie“ näher beleuchtet, um anschließend den wirtschaftlichen wie politischen Machtverlust der USA und der Europäischen Union darzulegen, welchem danach die neuen Allianzen der aufstrebenden Schwellenländer, beispielsweise im Rahmen der WTO, gegenübergestellt werden. Nach einem Abschnitt über Brasiliens historische Entwicklung von der portugiesischen Kolonie bis zum Brasilien unter Präsidentin Rousseff werden die wirtschaftliche Positionierung des Landes auf dem Weltmarkt sowie Brasiliens Beziehungen zu anderen Wirtschaftsmächten innerhalb der sich herausbildenden neuen internationalen Wirtschaftsordnung näher erörtert. Dabei wird der strategischen Partnerschaft zwischen Brasilien und der Europäischen Union besonderes Augenmerk geschenkt.

VI. 3. Abstract (English)

At the beginning of the 21st century the industrialised countries, especially the United States of America and the member countries of the European Union, are facing the worst financial and economic crisis since 1929. While the US and Europe are struggling with socio-economic challenges, such as deindustrialisation and rising unemployment, a number of threshold countries, particularly China, India, but also Brazil, are profiting by an economic growth that seems to be inexorable. As one of the world's largest exporters of agricultural goods and raw materials, Brazil benefits from the increasing global demand for these products and their rising prices. Under these circumstances Brazil is trying to improve and strengthen its economic and political position in the world and demands to have more say in the international agenda setting, e. g. by claiming permanent membership in the United Nations security council.

The aim of this thesis is to examine Brazil's aspirations to economic and political power in the multilateral system and its rising position in a changing economic order towards the US, the EU and other emerging countries. In the first part of the thesis the terms of "power" and "hegemony" will be analysed to discuss afterwards the economic and political decline of the United States and the EU. In addition to that the new alliances among the emerging nations in the WTO and other organisations will be analysed. The second part describes the historical development of Brazil since its colonial times until today at the beginning of the 21st century. The third part of the thesis analyses Brazil's position on the global market and its relations to other economic powers. Particular attention will be paid to the strategic partnership between the European Union and Brazil.

Curriculum Vitae

Michael Sorger

Geburtsdatum: 8. 11. 1984 in Villach/ Österreich

Staatsbürgerschaft: Österreich

Sprachen: Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch

e-mail: michaelSORGER@hotmail.com

Ausbildung:

1995-2003: Bundesgymnasium XIX, Gymnasiumstraße, 1190 Wien

2003-2004: Zivildienst: Rettungssanitäter beim Österreichischen Roten Kreuz

seit Herbst 2004: Politikwissenschaft, Universität Wien

Rechtswissenschaften, Universität Wien

Projekte und Praktika:

Sommersemester 2007: "Lerntrampolin": Nachhilfeunterricht für Migrantenkinder mit Sprachdefizit

Mai/Juni 2008: Institut für Sicherheitspolitik und Friedensforschung Hamburg (IFSH)
- Centre for OSCE Research (CORE):

u.a. Vorbereitung und Teilnahme am OSCE-Chairmanship-Kurs der Delegation des Kasachischen Außenministeriums

September 2010 bis Juli 2011: Vorstandsmitglied des Uni Management Clubs Wien

Seit Herbst 2010: Transparency International Österreich: Arbeitsgruppe Jugend und Studierende